

munen vereinbar ist. Das ist Ihnen auch nicht neu, aber Sie wollen es lieber verschweigen.

Drittens möchte ich mich noch auf einen bekannten Sozialdemokraten beziehen, der uns mittlerweile lieber berät als Sie; ich spreche von Herrn Vahrenholt. Er kommt aus dem Bereich der Windenergie, kennt alle Entwicklungen und Chancen und sagt zum wiederholten Male: Gebt den Erneuerbaren eine größere Chance, indem ihr die Laufzeit der bestehenden Kernkraftwerke verlängert, denn die erneuerbaren Energien brauchen Zeit, um wirtschaftlich zu werden.

Das, was Sie, Herr Groschek, vorgetragen haben, ist eine Unverschämtheit.

(Widerspruch von der SPD)

Sie behaupten, es sei gesetzesbrecherisch, wenn wir eine Debatte darüber für sinnvoll halten, ob wir unsere sicheren Kernkraftwerke länger laufen lassen, als bisher geplant. Das ist eine Unverschämtheit! Ich weise das zurück.

(Beifall von CDU und FDP – Lebhafter Widerspruch von der SPD)

Im Hinblick auf die Standorte in Nordrhein-Westfalen ist zu sagen, dass Sie hier lange genug regiert haben, um sie aus dem Landesentwicklungsplan herausnehmen zu können. Das haben Sie aber nicht getan, sondern wir.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich würde Sie Ihnen gerne noch einmal einzeln nennen. Was Sie gesagt haben, ist eine Frechheit und nicht akzeptabel.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Thoben. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich **schließe** deshalb die **Aktuelle Stunde**.

Ich rufe auf:

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/7000 und 14/7900
in der Fassung nach der zweiten Lesung
Drucksachen 14/8000 bis 14/8006, 14/8008,
14/8010 bis 14/8015 und 14/8020

Änderungsanträge
der Fraktion der SPD
Drucksachen 14/8582 bis 14/8585

Änderungsanträge
von Rüdiger Sagel – fraktionslos
Drucksachen 14/8586 bis 14/8589

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8591

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur dritten Lesung
Drucksache 14/8550

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/8581

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8592

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2008 bis 2012 mit Finanzbericht 2009 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 14/7001

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/8551

Sowie:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2009

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/7002 und 14/7900
in der Fassung nach der zweiten Lesung
Drucksache 14/8017

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur dritten Lesung
Drucksache 14/8552

dritte Lesung

Ich eröffne die Beratung und gebe Frau Kraft von der SPD-Fraktion das Wort.

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden und entscheiden heute über den Haushaltsentwurf 2009, wohl wissend, dass das, über was wir heute beschließen, das Papier nicht wert ist, auf dem es steht. Dieser Haushalt ist reine Makulatur.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und doch lässt sich daran einiges deutlich machen. Ich versuche, das in wenigen Worten zusammenzufassen. Bisher – so können wir feststellen – ist die Landesregierung auf der Konjunkturwelle gesurft, jetzt herrscht Flaute, kein Gegenwind, und die Fakten sprechen eine Sprache für sich. Bis dato haben wir rund 7,5 Milliarden € Steuermehreinnahmen in diesem Land, und der heute vorliegende Haushalt hat einen Rekordschuldenstand von 120,5 Milliarden € zum Gegenstand. Das ist die Wahrheit über diesen Haushalt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von der CDU)

Das ist ein Haushalt, bei dem wir das Schuldeneinde, Herr Kollege Stahl, noch gar nicht erreicht haben, denn im Nachtrag, an dem schon kräftig gearbeitet wird, kommt noch X hinzu. Die Einnahmen sinken weiter, und die Ausgaben steigen weiter. Diese Entwicklung werden wir in den nächsten Wochen und Monaten sehen.

(Zuruf von der SPD: Ausgabenrekord!)

Das wäre schon schlimm genug. Aber noch schlimmer sind die Nachrichten, die uns in den letzten Tagen erreichten. Die Berechnungen haben ergeben, dass Nordrhein-Westfalen 2008 Nehmerland im Länderfinanzausgleich geworden ist. Nordrhein-Westfalen stürzt im Vergleich der Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland ab. Das ist die Wahrheit über Ihre Leistung als Landesregierung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, ich kann mich dunkel erinnern: Wollten Sie nicht damals Bayern angreifen?

(Ralf Jäger [SPD]: Ja!)

Haben Sie nicht gesagt, Sie werden Bayern in zehn Jahren einholen, wenn nicht sogar überholen? Diese Tendenz ist mit der Tatsache Nehmerland gescheitert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und die Lage spitzt sich weiter zu.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Für die SPD!)

Wir wissen, wie ernst sie ist. Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist die größte Herausforderung seit Jahrzehnten. Die Konjunkturpakete I und II sind der Feuerwehreinsatz, der dringend notwendig war und richtig und alternativlos ist. Ich hoffe, dass die FDP im Bundesrat ihre Obstruktionspolitik an dieser Stelle beendet und mitmacht. Dazu erwarte ich heute von Ihnen eine klare Aussage, Herr Kollege Papke, wie Sie sich dazu verhalten.

(Beifall von der SPD)

Aber entscheidend ist: Obwohl diese Maßnahmen, die von Bundesseite in Gang gesetzt worden sind, von uns mit unterstützt werden, brauchen wir auch

eigene konjunkturelle Impulse in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Nordrhein-Westfalen braucht ein eigenes Konjunkturprogramm, Herr Ministerpräsident. – Sie haben eines vorgelegt und dabei ganz tief in die Trickkiste gegriffen. Der Finanzminister hat alles akribisch aufgelistet, was schon im Sommer als Investitionen im Haushalt gestanden hat; auch Bundesmittel sind mit eingeflossen. Das haben Sie, Herr Ministerpräsident, als Konjunkturprogramm Nordrhein-Westfalen verkauft. Glauben Sie, dass die Menschen draußen nicht merken, dass Sie keine eigenen Initiativen vorlegen? Ich sage Ihnen: Die Menschen spüren das und wissen, dass Sie nicht genug für unser Land tun.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir haben Ihnen unsere Position dazu vorgelegt – sehr konkret mit dem NRW-Pakt 2009. Damit würden 2,4 Milliarden € an Investitionen ausgelöst. Mit geringem Mitteleinsatz würde ein hoher Effekt für die Wirtschaft, für die Arbeitsplätze in unserem Land und für die Konjunktur erzielt. Das ist ein konkreter Vorschlag von uns für ein solches Programm. Aber keinerlei Prüfungen, keinerlei Übernahme auch nur einzelner Ideen, die wir dort zusammengefasst haben, von Ihnen!

Meine Damen und Herren, Konjunkturmaßnahmen sind wichtig. Aber bei dieser Krise stellen sich auch ganz andere Fragen: Was braucht unser Land jetzt? Was ist Aufgabe von Politik in einer solchen Zeit? Ich sage: Diese Wirtschaftskrise ist im Schwerpunkt eine Vertrauenskrise.

(Beifall von der SPD)

Wenn wir eine Vertrauenskrise diagnostizieren, ist es Aufgabe von Politik, jetzt Perspektiven aufzuzeigen, Zuversicht zu vermitteln – aber das nicht blind und nicht aufgesetzt. Die Menschen erwarten von uns als Politiker, dass wir die Situation analysieren, aus den Fehlern lernen und jetzt Strukturen verändern, damit das nicht wieder passiert.

(Beifall von der SPD)

Diese Strukturveränderungen müssen auf unterschiedlichen Ebenen stattfinden. Wir sprechen sehr viel über das, was Richtung Märkte, insbesondere Richtung Finanzmärkte, passieren muss. Dort brauchen wir neue Regeln oder überhaupt erst einmal Regeln. Peer Steinbrück hat neue Regeln für den Finanzmarkt vorgelegt. Wir brauchen auch ganz dringend einen TÜV für Finanzmarktprodukte; das ist unabdingbar. Wir müssen auch an Basel II ran. Dieses Regelwerk, das eigentlich zum Schutz gedacht ist, wirkt im Moment als Brandbeschleuniger. Deshalb müssen wir Basel II verändern, und auch dazu brauchen wir politische Initiativen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Eines aber erwarten die Menschen mit Sicherheit von uns: Wir müssen jetzt den unredlichen Finanzinvestoren, den Heuschrecken, das Handwerk legen, die unsere mittelständischen Unternehmen beim Eigenkapital aussaugen und sich mit den Gewinnen von dannen machen. Das muss ein Ende haben; hier müssen wir eine gemeinsame Initiative auf den Weg bringen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn ich sage, wir müssen Strukturen verändern, geht es auch darum, die Grundorientierung zu korrigieren. Die Orientierung auf die kurzfristige Perspektive – zum Beispiel Bonuszahlungen – müssen wir in den Griff bekommen. Den Menschen kommt doch wie mir die Galle hoch, wenn sie lesen, dass die UBS Milliardendefizite macht und zeitgleich immer noch Milliarden Boni zahlt. Das darf doch nicht so bleiben! Hier müssen wir in Deutschland und in Europa Strukturen verändern.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir stellen auch fest, dass die, die an dem Desaster beteiligt waren, nichts gelernt haben. Gucken wir doch auf Herrn Ackermann! Was sagt er uns diese Woche? Er sagt uns in einem Interview, dass er in den nächsten Jahren wieder Renditen von 25 % erwartet.

Meine Damen und Herren, wer heute noch nicht erkannt hat, was eigentlich eine Milchmädchenrechnung ist, dass hohe Renditen auch hohes Risiko bedingen, der hat nicht verstanden, was in dieser Finanzkrise schief gelaufen ist. Das sind die entscheidenden Positionen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das heißt für uns Sozialdemokraten auch: Wir müssen daran arbeiten, die Gier in den Griff zu bekommen. Gier ist ein menschlicher Zug. Aber die Gesellschaft hat den Auftrag – und wir als Politiker müssen das umsetzen –, diese überbordende Gier in den Griff zu bekommen. Damit sind wir beim Thema Managergehälter, und wir werden hierbei nicht locker lassen. Niemand will die Managergehälter nach oben sozusagen deckeln. Das geht nicht. Da gilt die Vertragsfreiheit.

Aber es geht um Fragen, die wir im Koalitionsausschuss schon gemeinsam anpacken. Dabei gibt es auch Gemeinsamkeiten über erste Schritte: Einlösung der Aktienoptionen erst nach vier statt nach zwei Jahren. Das ist vernünftig. Der Aufsichtsrat muss selbst über die Gehälter entscheiden und darf das nicht an einen Ausschuss delegieren. Auch das ist vernünftig. Viele kleine Schritte sind da gemeinsam möglich, Herr Ministerpräsident.

Aber die CDU – und das macht mir Sorgen – will keine Einschränkungen der steuerlichen Absetzbarkeit von Bezügen, Boni und nicht einmal von Abfindungen. Erklären Sie den Menschen da draußen,

dass wir das weiterhin steuerlich unterstützen wollen. Das darf doch nicht der Fall sein!

(Beifall von der SPD)

Sie als CDU sind auch nicht dabei, wenn wir fordern, dass der Shareholder-Value-Gedanke nicht mehr im Mittelpunkt stehen soll, was ja in unserer Verfassung verankert ist, dass es bei unternehmerischen Entscheidungen auch um das Allgemeinwohl gehen muss.

Sie sind auch nicht bei dem dabei, was wir in Bezug auf die Haftung von Managerinnen und Managern gefordert haben. Es kann doch nicht so bleiben, dass sich Managerinnen und Manager über eine Versicherung zu hundert Prozent aus der Haftung wegstehlen können. Das dürfen wir nicht zulassen, dann laufen wir in die nächste Katastrophe.

(Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, wo ist Ihr Wort dazu in Berlin? Wo ist der Druck, den Sie an dieser Stelle machen sollten?

(Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Dass Sie die Prämien gern kassieren, Herr Lindner, glaube ich unbesehen. Das ist für mich überhaupt keine Frage

(Beifall von der SPD – Christian Lindner [FDP]: Darum geht es gar nicht!)

– Dass Sie die auch steuerlich absetzen wollen, kann ich mir ebenfalls sehr gut vorstellen. Die Frage ist nur: Ist das gesellschaftlich sinnvoll? Soll man das über ein Steuersystem honorieren? – Da sagen wir ganz klar: Nein! Und bei dieser Position werden wir auch bleiben.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Aber wir reden nicht nur über die unanständig hohen Einkommen. Nein, wir reden zeitgleich – wenn wir über Strukturveränderung reden – auch über die unanständig niedrigen Einkommen.

(Beifall von der SPD)

Das gehört mit in diese Zeit, mit in diese Debatte.

Schauen wir einmal, was bei den Mindestlöhnen passiert. Wir kommen mit Ihnen ja nur Millimeter für Millimeter voran. Ich bin gespannt, wie das im Bundesrat laufen wird, wie sich die FDP dazu positionieren wird. Was machen wir denn bei der Zeitarbeit? – Sagen Sie doch einmal den Menschen, dass Sie nicht einmal bei der Zeitarbeit einen Mindestlohn einführen wollen, weil da irgendwelche kleinen Gewerkschaften, die Sie fälschlicherweise auch noch christlich nennen, mit Dumpinglöhnen am Markt unterwegs sind. Erklären Sie das den Menschen da oben auf der Tribüne!

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Herr Laumann greift diese Gewerkschaften an!)

Das zeigt sich doch gerade jetzt in der Krise. Die Leih- und Zeitarbeiter sind die Ersten, die herausfliegen, die Ersten, denen gekündigt wird. Das Risiko für die Verleiher – das zeigt sich jetzt auch –, ist in Wahrheit doch minimal. Die Risikoaufschläge werden in die Stundenlöhne eingepreist. Aber wenn es ernst wird, werden die Menschen vor die Tür gesetzt. Auch da müssen wir nachbessern. Es war damals gut gedacht, die Leih- und Zeitarbeit auszubauen. Aber wir müssen feststellen, wo Missbrauch ist, und müssen dort nachsteuern. Auch das gehört zu den notwendigen Strukturveränderungen unserer Zeit.

(Beifall von der SPD)

Aber Sie, Herr Kollege Lindner, und Sie, Herr Kollege Papke, haben gar nichts begriffen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ooh!)

Sie haben aus dieser Krise nichts gelernt.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Wenn Sie das sagen!)

Ich habe gedacht, mich tritt ein Pferd. Ihre FDP fordert nach dieser Finanzkrise, nach dem, was wir gerade in den USA sehen, die Abschaffung der gesetzlichen Krankenversicherung. Sie wollen alles auf private Risiken umstellen.

(Zustimmung von der SPD – Zurufe von der SPD: Unglaublich!)

Privat vor Staat! – Sie haben offenbar den Knall nicht gehört, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Anhaltender Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ja, wir brauchen Strukturveränderungen. Wir brauchen Sie nicht nur in Europa, nicht nur in den globalisierten Finanzströmen, sondern wir brauchen sie auch hier in Nordrhein-Westfalen.

Wenn wir Perspektiven aufzeigen wollen, wenn wir den Menschen Sicherheit geben wollen, dann müssen wir auch hier im Land Strukturen verändern.

(Christian Lindner [FDP]: Daher der Gesundheitsfonds, der gibt Sicherheit!)

– Wir reden gerade über Nordrhein-Westfalen. Sie haben jetzt den Anschluss verpasst, Herr Kollege. Vorsicht an der Bahnsteigkante!

(Beifall von der SPD – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Der ist immer ein bisschen langsamer!)

In Nordrhein-Westfalen müssen wir uns stärker an Mittelstand und Handwerk orientieren. Wir müssen hier stärker fördern und entlasten. Da sind wir uns alle in den Sonntagsreden einig.

(Zuruf von der FDP)

– Das können Sie ja gleich in Ihrem Beitrag machen.

Ich sage Ihnen: Fördern und Entlasten heißt für mich insbesondere, die EU-Mittel aus Ziel 2 zielgerichtet einzusetzen.

(Beifall von der SPD)

Was wir aber feststellen, ist, meine Damen und Herren, dass Sie sich in der Vielzahl von Programmen, von Wettbewerben verzetteln. Es werden Verfahren absolviert, die kosten- und arbeitsintensiv sind. Mir sagen die Mittelständler in meinem Wahlkreis, eine Beteiligung an einem solchen Förderprogramm komme für sie überhaupt nicht infrage.

Auch deshalb glaube ich, dass es Ihnen in zwei Jahren lediglich gelungen ist, weniger als 10 % der Mittel zu verausgaben. Das wären Mittel, die die Konjunktur in diesem Land jetzt dringend brauchen würde, meine Damen und Herren der Regierung.

(Beifall von der SPD)

Orientierung in Richtung Mittelstand und Handwerk heißt für uns auch Bürokratieabbau. War das eigentlich nicht immer das Thema, mit dem Sie hausieren gegangen sind? Sie wollten doch die Wirtschaft von den Fesseln der Bürokratie befreien, Europarecht nur 1:1 umsetzen.

Herr Ministerpräsident, ich empfehle Ihnen dringend einen Blick in die Infrastrukturrichtlinie zum regionalen Wirtschaftsförderprogramm des Landes, die Ihre Wirtschaftsministerin am 8. Januar dieses Jahres – also mitten in der Krise – veröffentlicht hat. Da wird europäisches Recht nicht 1:1 umgesetzt, sondern 1:1 plus XXL. Das ist die Wahrheit. Auf diese Richtlinie haben mich auch Mittelständler hingewiesen. Aus 96 Ziffern und Unterziffern in der alten Fassung sind jetzt 148 geworden.

(Ralf Jäger [SPD]: Sauber! – Weitere lebhaftes Zurufe von der SPD)

Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Mittelständler da durchsteigt. Ich werde es jetzt nicht vorlesen, weil man das sowieso nicht verstehen kann. Das muss man lesen, wenn man halbwegs versuchen will zu folgen. Gucken Sie sich nur die Ziffer 7.1.15.1 – allein schon die Tatsache, dass es so eine Nummerierung gibt, sagt einiges – oder den Punkt 6.8. an! Das ist für Sie Bürokratieabbau? Nein!

Wir brauchen einen wirklichen Bürokratieabbau für Unternehmen. Wir müssen es endlich schaffen, dass sie nicht mehr an Hinz und Kunz ihre Statistiken abliefern müssen. Wir müssen es als Politik schaffen, dass vorher gebündelt wird und dass damit die Unternehmen entlastet werden. Das ist die Aufgabe, an der Sie bisher grandios gescheitert sind, Frau Ministerin.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn wir über Bürokratieabbau reden, dann reden wir auch über das Umweltgesetzbuch. Das war schon ein Stück aus dem Tollhaus, was wir da erlebt haben. Die Wirtschaft will das, ganz dringend sogar, weil eine Vielzahl von Regelungen wegfallen soll, weil wir endlich einheitliche Verfahren in allen Bundesländern bekommen sollten. Jetzt droht das an der CSU zu scheitern. Die müssen sich im Moment ins Rampenlicht spielen. Herr Seehofer hat ja Profilierungsbedarf.

Aber was passiert hier in Nordrhein-Westfalen? Herr Minister Wolf kommentiert, dass er gut findet, dass das scheitert. Herr Minister Uhlenberg sagt zu Recht, das wäre ein Meilenstein in unserem System. Und der Ministerpräsident, meine Damen und Herren, schweigt zu einem so wichtigen Vorhaben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sprechen Sie doch einmal mit Ihren Kollegen in Bayern! Machen Sie denen doch einmal klar, dass die Wirtschaft in diesem Land das braucht.

Meine Damen und Herren, jetzt gilt es, Fehlentwicklungen gegenzusteuern. Strukturen müssen in Nordrhein-Westfalen verändert werden, und das muss man auch durch bzw. über den Haushalt tun. Damit sind wir bei einem Thema, bei dem Strukturveränderungen dringend erforderlich sind. Da reicht das Konjunkturpaket II nicht, um das ganz klar zu sagen. Das betrifft die Finanzierung der Kommunen, meine Damen und Herren. Sie haben diesen Kommunen – ich werde nicht müde, das zu sagen – 1,8 Milliarden € weggenommen oder sie damit mehr belastet. Sie haben immer noch nicht die strukturellen Probleme der Kommunen angepackt, die in der Vergleichenfalle stecken.

(Lachen von Ministerin Christa Thoben)

– Frau Ministerin Thoben, Sie brauchen gar nicht so hämisch zu lachen. Wenn Sie eine Runde mit den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern aus den Kohlerückzugsgebieten mit der Argumentation absagen, die Ruhrgebietsstädte bekämen genug aus dem Konjunkturpaket II, dann zeigt mir das, was Ihre Kommunalpolitik in diesem Land wirklich wert ist, Frau Ministerin.

(Lebhafter Beifall von der SPD – Zurufe von der SPD)

Ich sage es in diesem Zusammenhang noch einmal sehr deutlich: Wir werden beim Thema „strukturelle Veränderungen, Finanzierung der Kommunen“ nicht locker lassen. Wir haben den Stärkungspakt Stadtfinanzen vorgeschlagen. Wir wissen alle, dass diese Kommunen Luft brauchen, damit Investitionen freigesetzt werden. Reagieren Sie darauf, und nehmen Sie Vorschläge auf! So blöd, wie Sie immer tun, sind wir nun wirklich nicht mit unseren Vorschlägen. Ich glaube, das stände Ihnen als Regierung in diesen Zeiten gut an.

(Beifall von der SPD – Hendrik Wüst [CDU]:
Noch mehr Schulden?)

– Was sagten Sie gerade? Wenn Sie einmal gelesen hätten, was wir in dem Papier schreiben, lieber Herr Kollege Generalsekretär – aber Sie lesen ja nicht, Sie blaffen ja nur nach draußen –, würden Sie wissen, dass das ohne mehr Schulden funktioniert, indem man vorhandene Instrumente geschickter einsetzt. Das ist der Weg beim Stärkungspakt Stadtfinanzen.

(Beifall von der SPD – Hendrik Wüst [CDU]:
Sie als Ökonomin! – Weitere Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, da wir gerade konkret beim Haushalt sind, dann will ich Ihnen eines nicht ersparen: Das, was Sie an Schmierenkommödie um die Kürzung bei den Obdachlosen hier aufgeführt haben, spottet jeder Beschreibung.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie es mit Ihren Äußerungen zum Bereich Soziales ernst meinen, dann versteht niemand in diesem Land, dass Sie 1,1 Millionen € bei den Obdachlosen streichen und sich dann noch erdreisten, 100.000 € als Fraktion wieder draufzulegen. Das ist der Gipfel des Schabigen in diesem Landtag, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und das Schlimme daran ist, dass Sie gleichzeitig das Vermögen des sozialen Wohnungsbaus auf dem Altar der Bankenkrise opfern wollen. Meine Damen und Herren, das ist zynisch, auch im Zusammenhang mit Obdachlosenhilfe.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie haben alle unsere Vorschläge wie immer in der zweiten Lesung zum Haushalt abgelehnt. Das sind wir gewöhnt.

(Zuruf von Volkmar Klein [CDU])

Aber wir haben noch einmal einen Antrag mit Gegenfinanzierung heute vorgelegt, nur einen. Das ist dieser Antrag Obdachlosenhilfe. Herr Ministerpräsident, das ist Ihre Chance, in dieser Frage noch einmal umzudrehen. Drehen Sie um! Stimmen Sie unserem Antrag heute zu – das ist auch meine Aufforderung an die CDU-Fraktion –, wenn Sie es wirklich ernst meinen mit den sozial Schwachen in unserer Gesellschaft.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich füge noch eins hinzu, Herr Ministerpräsident, wenn Sie mir Ihr Ohr freundlicherweise einmal schenken könnten. Das können Sie nicht? Vielleicht hört jemand aus der Staatskanzlei zu. Wenn Sie es wirklich ernst meinen mit den sozial Schwachen, wenn Sie es wirklich ernst meinen mit dem Thema Kinderarmut, dann lassen Sie uns gemeinsam die unsägliche Debatte, die gerade um die richterliche

Entscheidung über die Höhe von Sätzen für Kinder bei Hartz IV entbrannt ist, beiseite räumen. Sie sind Vater, ich bin Mutter. Wir wissen, wie schnell Kinderfüße wachsen. Solche Pauschalen machen im Bereich Kinder keinen Sinn. Lassen Sie uns umdrehen in Richtung einmalige Beihilfen!

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Das habe ich doch gemacht!)

Das wäre ein vernünftiges System. Dafür könnten wir uns gemeinsam in Berlin einsetzen. Ich kämpfe dafür in meiner Partei. Wenn Sie das in der CDU durchbekommen, werden wir es schaffen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ja, Herr Ministerpräsident, wir sind damals von dem Prinzip der einmaligen Beihilfen weggegangen. Auch dahinter stand ein guter Gedanke. Der Gedanke war nämlich, dass die Menschen nicht länger Bittsteller beim Sozialamt sein sollten. Dieser Gedanke stand dahinter.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Und dann habt ihr so etwas produziert!)

– Das haben wir in der Tat produziert. Dazu stehe ich auch. Ich sage aber auch: Ein guter Politiker schaut sich an, wie es wirkt, und greift dann ein.

Ich erkläre bewusst: Nur für die Kinder wollen wir zu dem System zurück, das wir hatten. Einmalige Beihilfen sind der bessere Weg für unsere Kinder.

(Beifall von der SPD)

Damit bin ich wieder bei den strukturellen Änderungen, die in unserem Land und in unserem Haushalt notwendig sind. Der wichtigste Punkt ist – auch da bleiben wir in unseren Anträgen, die abgeschmettert wurden, bei der klaren Linie –: Wir wollen und brauchen in Nordrhein-Westfalen einen klaren Schwerpunkt „Kinder und Bildung“. So etwas schafft Perspektiven, Vertrauen und eine gute Zukunft für unser Land.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

– Ich komme gleich darauf zu sprechen. Lachen Sie noch nicht!

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, es lohnt sich, ab und zu einmal zuzuhören.

(Volkmar Klein [CDU]: Also stimmen Sie jetzt zu?)

– Herr Kollege Klein, Sie sind ja sogar der Haushälter Ihrer Fraktion. Ich habe von einem wirklichen Schwerpunkt gesprochen.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Oh!)

Von daher kann ich es Ihnen nicht ersparen, hier einige Zahlen zu nennen. Hören Sie gut zu, Herr Klein.

(Helmut Stahl [CDU]: Bei Ihnen gab es überall Kürzungen, weniger Lehrerstellen usw.! – Gegenruf von Rainer Schmelzer [SPD]: In welcher Welt leben Sie denn? – Weitere Gegenrufe von der SPD)

– Herr Stahl, darf ich jetzt über Ihren Haushalt reden? Geht das? Wir sprechen hier über Ihren Haushalt. – Ich habe mir einmal die Zahlen herausgesucht, weil Sie stets so tun – diese Aussage treffen Sie ja immer –, als würden Sie im Bereich Bildung wer weiß wie stark zulegen.

(Minister Armin Laschet: Ja, tun wir!)

– Sie sollten sich auf der Regierungsbank mit solchen Äußerungen zurückhalten. Wenn Sie kommentieren wollen, gehen Sie bitte in die Reihen der Abgeordneten. So ist es in diesem Haus vorgesehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Ralf Jäger [SPD]: Er kann nach Hause gehen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich kann Ihnen einige Zahlen nicht ersparen. Beginnen werde ich mit dem Anteil des Bildungsetats am Gesamthaushalt. Ich nehme jetzt die Jahre 2006 – weil Sie die Strukturen verändert haben, wäre 2005 nicht richtig; deshalb 2006 – und 2008.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

2006 betrug der Anteil des Bildungsetats am Gesamthaushalt 26 %. 2008 ist dieser Anteil auf 24,5 % gesunken. Die endgültige Version 2009 liegt ja noch nicht vor.

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

– Ich kann Ihnen sogar die Seite im Haushaltsentwurf nennen, auf der Sie das nachlesen können, Herr Finanzminister. Ich kann Ihnen die Seite mitteilen. Das haben wir in schriftlicher Form dabei.

(Markus Töns [SPD]: Lesen kann er nicht, und rechnen kann er auch nicht!)

Beim Anteil der Bildungsausgaben an den Steuereinnahmen wird es ganz besonders interessant. 2006 waren es 33,6 % und 2008 30,1 %. Hier bietet sich auch der Vergleich mit 2005 an. Damals waren es noch 37,8 %. Diese Zahlen kann ich Ihnen leider nicht ersparen.

Schauen wir uns jetzt den Gesamtetat von Frau Ministerin Sommer an! 2006 betrug er 12,58 Milliarden € und 2008 12,68 Milliarden €. Das ist eine Steigerung von 101 Millionen €, die Sie verzeichnen, Frau Ministerin.

(Helmut Stahl [CDU]: Vorher waren doch durchgeleitete Mittel darin enthalten!)

– Heute sind doch mehr durchgeleitete Mittel darin enthalten als damals, Herr Kollege. Sie müssen einmal genau hingucken.

Bei einer Steigerung von 101 Millionen € könnte man sagen: Okay; Sie geben sich Mühe. – Wir alle wissen aber, dass Sie alleine in Ihrem personalintensiven Etat in diesem Zeitraum rund 200 Millionen € mehr für Versorgungsleistungen aufbringen mussten.

Meine Damen und Herren, das zeigt, wie die wahre Schwerpunktsetzung hier aussieht. Eine Schwerpunktsetzung findet nämlich gar nicht statt.

Es finden auch keine wirklichen Stellenvermehrungen statt. Sie können den Menschen im Land erzählen, Sie hätten 4.000, 5.000, 8.000 oder 12.000 Stellen geschaffen. Die Betroffenen merken doch, dass es sich dabei um virtuelle Stellen handelt, auf denen gar keine Menschen sitzen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Alles Schaumschlägerei!)

Da meldet sich Herr Kollege Bollermann zu Recht zu Wort. Er kommt aus Dortmund. Herr Ministerpräsident, ich empfehle Ihnen einmal die Presseberichterstattung aus Dortmund zur Lektüre. Dort hat eine Elterninitiative den Unterrichtsausfall erhoben. Jetzt halten Sie sich einmal alle hier in diesem Saal fest! Die Stadt Eltern Dortmund kommen aufgrund von Befragungen der Rektorinnen und Rektoren nur an Gymnasien, Gesamt- und Realschulen auf einen Unterrichtsausfall von 1.200 Stunden pro Woche.

Wenn ich diese Zahl hochrechne, fallen allein in Dortmund rund 50.000 Stunden jährlich aus. Einschließlich der anderen Schulen dürfte man dort bei einer sechsstelligen Zahl liegen. Das macht die Dimension deutlich, die Sie zu verantworten haben – und nicht die geschönten Zahlen, die Sie uns in diesem Haus immer verkaufen wollen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir reden hier aber über die Perspektiven für Nordrhein-Westfalen.

(Zurufe von der CDU – Gegenruf von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das trifft Sie jetzt! – Weitere Zurufe und Gegenrufe)

Es wäre schön, wenn das nicht von meiner Zeit abginge, Herr Präsident.

(Anhaltende Unruhe – Glocke – Reinhard Jung [SPD]: Ruhe!)

Meine Damen und Herren, wir sprechen hier darüber, wie die Strukturen verändert werden müssen, damit unser Land in eine gute Zukunft geht und wir den Menschen Zuversicht vermitteln können. In diesem Zusammenhang ist der Bildungsbereich wichtig.

Frau Ministerin, dafür brauchen wir keine Kopfnote-Debatte, keine zentralen Prüfungen, keine Diskussion, ob gebetet werden darf oder nicht, und auch keine künstliche Beatmung mehr für die

Hauptschulen. Nein, wir brauchen klare Perspektiven. Wir müssen den Menschen zeigen, dass wir es mit der Chancengleichheit ernst meinen. An diesem Punkt messen die Menschen vor Ort uns, wenn es um Bildung geht.

(Beifall von der SPD)

Erklären Sie den Kindern und den Eltern doch einmal, was es mit Chancengleichheit zu tun hat, dass Sie verbindliche Grundschulgutachten einführen, die den Effekt haben, dass die betuchteren Eltern ihren Kindern schon in der zweiten Klasse Nachhilfe geben lassen, während die anderen sich das schlicht und einfach nicht leisten können.

Das ist keine Chancengleichheit, wie wir sie als SPD verstehen. Deshalb werden wir die Strukturen in diesem Land verändern. Wir müssen ernst machen mit der Chancengleichheit. Das ist die Aufgabe von Politik für eine gute Zukunft unseres Landes. Das ist Ihre Aufgabe, Frau Ministerin.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Auch ansonsten müssen wir es ernst meinen; denn die Menschen merken, wenn wir nur Überschriften produzieren. Es reicht nicht, einen Integrationsminister zu installieren, Herr Ministerpräsident, wenn dieser dann im Regen stehen gelassen wird, wenn es um die echte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten geht, nämlich um Wahlrecht und um Mitgestalten auf der kommunalen Ebene. Das ist keine vernünftige Integrationspolitik für unser Land. Auch dort müssen wir es ernst meinen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Krise wird vorbeigehen. NRW ist stark. NRW hat auch starke Menschen. Im Übrigen ist unsere Offenheit auch anderen gegenüber mit das größte Kapital, das wir haben.

Politik muss in dieser Zeit in Bezug auf Bildung, Integration, aber auch auf Wirtschaft und Industriestrukturen vorausschauend und visionär sein. Welche Wirtschaftsstruktur wollen wir? Politik muss zeigen, dass wir es gemeinsam schaffen, den Rücken für industrielle Großprojekte breitzumachen. Wir müssen diesen Dialog aufnehmen und uns nicht vor Ort wegducken. Das ist für eine gute industriepolitische Zukunft unseres Landes erforderlich.

(Beifall von der SPD)

Wir müssen auch im infrastrukturellen Bereich vorankommen. Ich meine damit nicht nur den Verkehr. Wenn Sie den Stau so schnell beseitigen würden, wie Sie auf das Gaspedal treten, Herr Minister, dann kämen wir ein Stück weit schneller voran in diesem Land.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich meine nicht nur die klassische Infrastruktur, sondern wir müssen auch dringend bei dem vorankommen, was im digitalen Zeitalter von der Politik

erwartet wird: die Breitbandversorgung, aber auch mobile Universaldienste. Dazu brauchen wir Initiativen. Die kommende Generation erwartet von uns, dass wir diese Strukturen schaffen. Das halte ich für dringend erforderlich.

Wir müssen die Ressourcen im Energiebereich sichern – darüber haben wir uns heute Morgen schon reichlich ausgetauscht –, den Bereich Wasser dringend nach vorne bringen und die Potenziale nutzen, und wir müssen unsere Rohstoffe sichern. Frau Ministerin, warum haben Sie in diesen Zeiten nicht längst schon ein Rohstoffscreening durchgeführt, die Unternehmen im Land befragt, welche Rohstoffe sie einsetzen, festgestellt, wo in den nächsten Jahrzehnten Engpässe entstehen werden, und dann mit Herrn Minister Pinkwart angeregt, dass die entsprechende Forschung für Ersatzprodukte anläuft? Das braucht die Industrie in diesem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Ja, wir sind immer noch Energieland Nummer eins. Aber es muss uns Sorgen bereiten, dass wir Ende 2008 im Bundesländervergleich der erneuerbaren Energien ein so blamables Zeugnis ausgestellt bekommen haben. NRW liegt im Ranking der Bundesländer nur auf Platz 12. – Ich weiß nicht, was Sie dabei noch zum Lachen bringt, Frau Ministerin? Das ist eine Schande, wie Sie da die Zukunft verspielen.

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie kann nicht anders!)

Bei den Erfolgen beim technologischen und wirtschaftlichen Wandel im Bereich der erneuerbaren Energien nehmen wir sogar nur den vorletzten Platz ein. Das macht es nicht gerade besser.

Gestern haben Sie bei der Eröffnung der Messe gesagt: Das ist ein wichtiger Bereich mit 21.000 Arbeitsplätzen und 5,5 Milliarden € Umsatz. – Ja, das ist richtig. Aber welches Investitionsklima haben Sie mit Ihrem Koalitionspartner FDP in diesem Feld im Land geschaffen? Die Investoren gehen doch lieber nach Brandenburg, die an der Spitze des Rankings stehen, weil sie hier nicht erwünscht sind, weil hier kein Repowering stattfindet. Hier werden sie nicht nur in der Windenergie behindert. Das ist die Wahrheit über die Zukunft unseres Energielandes. Hier müssen Sie die Strukturen verändern.

(Beifall von der SPD)

Sie haben eines immer noch nicht begriffen; das hat mir die Debatte heute Vormittag mit dem faden-scheinigen Versuch, die Atomenergie jetzt zur Klimaschutzenergie hochzustilisieren – das ist das Allerbeste – auch wieder gezeigt:

(Sören Link [SPD]: Machen Sie es doch wie Herr Glos!)

Sie erkennen immer noch nicht, dass der Klimaschutz der Wachstumsmotor für unser Land ist. Dort liegen die Arbeitsplätze der Zukunft, auch im industriellen Bereich und angehängt im Dienstleistungsbereich. Das ist das eigentlich Fatale. Hier verspielen Sie die Zukunft von Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Da ist nichts mit Innovationsminister!)

Meine Damen und Herren, wir wissen: Nordrhein-Westfalen braucht neue Impulse. – Sie, Herr Ministerpräsident, verwalten, statt zu gestalten.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Hat er bei Kohl gelernt!)

Das schafft keine neuen Perspektiven, das schafft kein Vertrauen in eine gute Zukunft, das schadet insbesondere in solch schwieriger wirtschaftlicher Lage. Nein, die Koalition entscheidet sich zunehmend für Alleingänge. Sie entscheiden einsam statt gemeinsam. Nicht einmal in der Koalition ziehen Sie an einem Strang. Schulstruktur, Weihnachtserlass, Umweltgesetzbuch, Energiepolitik, Konjunkturprogramm – die Liste wächst und wächst.

(Gisela Walsken [SPD]: WestLB!)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, diese Krise ist so massiv, dass jetzt nicht die Zeit für parteipolitisches Klein-Klein ist.

(Helmut Stahl [CDU]: Das habe ich mir gedacht!)

Wir müssen gemeinsam neue Chancen für NRW schaffen. Das ist unsere Aufgabe. Fangen Sie endlich an!

(Lang anhaltender Beifall von der SPD – Anhaltender Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Kraft. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Fraktionsvorsitzende Helmut Stahl das Wort.

Helmut Stahl (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Kraft, Ihre Rede soeben hat bewiesen,

(Gisela Walsken [SPD]: Jetzt kommt wieder erst die Beleidigungsphase!)

dass Sie landespolitisch nichts draufhaben, denn Sie bogen in die Bundespolitik ab. Als Sie in der Landespolitik landeten, haben Sie substanzlos und falsch argumentiert.

(Beifall von CDU und FDP – Heike Gebhard [SPD]: Wo waren Sie vorhin? – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Ist das Thema Obdachlosigkeit substanzlos? – Rainer Schmeltzer [SPD]: Unterrichtsausfall!)

Was das Thema Kinderkosten und Hartz IV angeht, kenne ich niemanden in Nordrhein-Westfalen, der sich für dieses Thema massiver eingesetzt und geschlagen hat als unser Sozialminister Karl-Josef Laumann

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Auch damals vor dem Bundestag? – Weitere Zurufe von der SPD)

mit Unterstützung des Ministerpräsidenten. Können Sie mir einen Grund nennen, warum wir dem wild gewordenen Gabriel auf den Leim gehen sollten? Der soll seine Pflicht tun und das Umweltgesetzbuch mit allen, die daran zu beteiligen sind, durchverhandeln. Wir lassen uns in Nordrhein-Westfalen doch von solch einem Kerl nicht treiben.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Was sagt denn Herr Uhlenberg dazu?)

Wenn man all das, was Sie hier vorgetragen haben, zusammenpackt und auf den Punkt bringt, haben Sie ein Programm – aber eben auch nur ein Programm –: Mehr Geld ausgeben, weniger einnehmen wollen durch weniger Steuern und weniger Schulden machen. – Um Himmels willen, wie geht das denn?

(Beifall von CDU und FDP)

Sie sind maßlos unseriös mit Ihren Forderungen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Haben Sie noch mehr solche populistischen Aussagen, oder kommen auch noch ehrliche?)

Wenn ich mir die Landespolitik, die Sie hier beispielhaft herangezogen haben, anschau, erschließt sich niemandem von uns, was die notwendige Verlagerung des Wohnungsbauförderungsvermögens in die NRW.BANK mit Obdachlosen zu tun hat. Das bleibt Ihr Geheimnis.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Schon einmal etwas von sozialem Wohnungsbau gehört?)

Das ist purer Populismus, Frau Kollegin Kraft. Das sollte man in solch einer Debatte unterlassen.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie führen Dortmund, Schulen, Unterrichtsversorgung an. Ich mache Sie auf die Antwort der Landesregierung in Drucksache 14/8516 aufmerksam. Dort wird Schule für Schule genau das Gegenteil dessen nachgewiesen, was Sie hier behauptet haben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nach Ihren Statistiken! – Lebhafter Widerspruch von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD])

Sie erzählen hier die Mär, bei Schule und Bildung sei nichts hinzugekommen. Vergleichen Sie doch einmal die Haushaltsansätze der Jahre 2005 und

2009. Sie werden feststellen, dass alleine für die Schule 1,5 Milliarden € dazukommen. Sie werden – wenn Sie das KiBiz einbeziehen – feststellen, dass wir für den Bereich Kinder, Schule, Bildung mehr als 2,3 Milliarden € zusätzlich ausgeben.

(Beifall von CDU und FDP)

Hätten Sie so etwas während Ihrer Regierungszeit tun können, hätten Sie die Glocken läuten lassen.

Manchmal scheint es mir, Sie leiden an politisch-partieller Amnesie. Unter „Amnesie“ versteht man den Mangel an der Fähigkeit, sich an etwas zu erinnern, klare Gedanken zu fassen. Das ist ein Schicksal, das die meisten nicht gewählt haben. Aber mir scheint, dass Sie politisch froh darüber sind, dass Sie über diese Eigenschaft verfügen. Man braucht nur einmal nach dem zu schauen, was Sie über die Verschuldung sagen. Von den 120 Millionen €, die Sie der Regierung und uns anbinden wollen, stammen zwischen 113 und 114 Millionen € ganz alleine von Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: 120 Milliarden €!)

Sie klagen über die Heuschrecken. In der Analyse sind wir uns gar nicht so fern, aber Sie vergessen, darauf hinzuweisen, dass es wohlgerne die rot-grüne Bundesregierung war, die im Jahr 2004 den Einstieg der Hedgefonds in Deutschland überhaupt erst ermöglicht hat. Das vergessen Sie. Das sagen Sie nicht. Das ist unseriös.

(Beifall von CDU und FDP)

Das interessiert die Menschen aber weniger, sondern sie interessiert, was jetzt mit der Wirtschaft, mit Arbeitsplätzen und unserem Wohlstand geschieht, wenn alleine im Dezember 2008 gegenüber dem Dezember 2007 die Auftragseingänge in der Industrie um 12,6 % zurückgehen und im gleichen Zeitraum der Maschinenbau, sozusagen das Herzstück unserer Wirtschaft, Auftragseinbrüche von um die 40 % hinnehmen muss. Das treibt die Leute um, die wissen und ein Gespür dafür haben, dass sich das, was sich im Moment anbahnt, durch die Arbeitsplätze, die Wachstumsoptionen in den Unternehmen, auf der Einnahmenseite des Staates, bei den Sozialversicherungen durchfressen wird. Wir müssen verdammt alles gemeinsam daran setzen, die Folgen dieser Krise, die erst jetzt an den Arbeitsmärkten und in der Wirtschaft anzukommen beginnt, miteinander zu beherrschen.

Ich habe hohen Respekt vor den Menschen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen. Wer am Wochenende oder unter der Woche durch die Innenstädte und in die Autohäuser geht, stellt fest: Die Leute sind gefasst und wissen, dass es auf sie ankommt. Die lassen sich nicht verrückt machen. Mit den Menschen haben wir ein großes Pfund, diese Krise gemeinsam in unserem Land zu überwinden.

(Beifall von CDU und FDP)

Staat und Politik haben Gott sei Dank Tatkraft gezeigt. Wir haben in Berlin als Bund, als Europa in der Europäischen Union und natürlich auch in Nordrhein-Westfalen Tatkraft gezeigt. Nicht alles, was jetzt zu tun ist, ist etwas, von dem wir vor zwei oder drei Jahren geglaubt hätten, dass es gut, richtig und normal sei. Extreme Situationen verlangen extreme Antworten, sagt Sanio, der Präsident der BaFin. Auch das muss man sehen und ins Kalkül einbeziehen.

Wir in Nordrhein-Westfalen und wir als Koalition der Erneuerung und als Landesregierung haben Tatkraft gezeigt. So ist die Risikoabschirmung der WestLB von vor einem Jahr jetzt beispielgebend für andere Landesbanken und darüber hinaus. Was sind wir damals dafür von Ihnen „verprügelt worden“, dass wir das Richtige getan haben. Damals waren Sie weder im Kopf noch politisch so weit.

(Beifall von CDU und FDP)

Nordrhein-Westfalen hat für das Finanzmarktpaket 1,7 Milliarden € zurückgestellt. Wir waren am Konjunkturpaket I mit 1,3 Milliarden € beteiligt. Wir sind beim Konjunkturpaket II insbesondere dadurch beteiligt, dass wir gemeinsam mit den Kommunen den Zukunftspakt kofinanzieren und gemeinsam mit dem Bund etwas für die Hochschulen leisten. Der Ministerpräsident hat es mehrfach dargelegt: Es sind, wenn man es zusammenzählt, 7,3 Milliarden €, die wir als unseren Beitrag zur Abfederung der Krise einsetzen. Diese hohe Summe ist für einen Haushalt wie den unseren ein verdammt großes Gewicht. Wer immer noch etwas draufpacken möchte, muss erklären, wie er das finanziert und welche Option er für uns alle hat, aus den Schulden, die dafür macht werden müssten, herauszukommen.

Ich bin dankbar und froh, dass wir jetzt gemeinsam mit dem Bund für die Kommunen etwas tun wollen, ja tun zu müssen, nämlich investieren, damit die Nachfrage vor Ort in Bewegung bleibt, damit nichts einbricht. Und das tun wir gemeinsam mit den Kommunen.

Ich freue mich darüber, dass der Präsident des Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Ude, in Nürnberg erklärt hat, dass das, was wir hier in Nordrhein-Westfalen tun und wie wir es tun, für ganz Deutschland sowohl von der Menge her als auch von der Pauschalierung her vorbildlich ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Es war richtig, dass wir uns von Ihnen und Ihrem ständigen Alarmismus nicht haben treiben lassen, sondern dass wir solide und sorgfältig mit den Kommunen gearbeitet haben, die es umsetzen müssen. Es ist gut, dass es gelungen ist durchzusetzen, dass wir jetzt nicht komplizierte Antragsverfahren entwickeln müssen, sondern dass wir mit Pauschalen arbeiten können. Ich bin hoch dankbar, dass die Landesregierung, der Ministerpräsidenten

und auch der Chef der Staatskanzlei, der sonst nicht genannt wird, den ich aber an dieser Stelle mit seiner Beharrlichkeit und Durchsetzungskraft lobend erwähnen möchte, es ermöglicht haben, das zu erreichen.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist ebenfalls gut, dass wir das ganze Programm über einen Sonderfonds, der Transparenz schafft, gemeinsam mit den Kommunen abwickeln können. Das ist dreimal bedeutsamer, dreimal wichtiger für die Menschen in Nordrhein-Westfalen als dieser ewige Alarmismus, der Ihr Label als Opposition geworden ist.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wir haben doch gar nichts gesagt!)

Frau Kollegin Kraft, wenn man ein großes Bundesland wie Nordrhein-Westfalen verantwortlich führen und Politik gestalten will, dann brauchen wir vor allem ...

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

– Herr Jäger, da Sie dazwischenrufen: Ich würde an Ihrer Stelle in ein Mauseloch kriechen, wenn ich mir Ihre Presseerklärung vom 26. Januar vergegenwärtige, wo Sie von der Landesregierung, von uns verlangt haben: Verdammt noch mal, Ihr müsst mindestens 70 % den Kommunen geben. – Einen Tag später waren es dann 84 %, die wir den Kommunen gegeben haben. Um Himmels Willen: Verkriechen Sie sich, seien Sie ganz ruhig!

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wenn man für unser Bundesland verantwortlich handeln will, braucht vor allem man vier Kompetenzen. Das ist zum einen Finanzkompetenz, zum zweiten Wirtschaftskompetenz, zum dritten Bildungskompetenz und zum vierten Führungskompetenz.

(Ralf Jäger [SPD]: Ja!)

Was Ihre Finanzkompetenz angeht, so ist zunächst die Kollegin Walsken und Ihr Entschließungsantrag anzusprechen. Wenn ich mir allein vergegenwärtige, was Sie sich leisten: Sie legen uns heute einen sogenannten Entschließungsantrag vor, Datum 11. Februar,

(Ralf Jäger [SPD]: Nicht ein „sogenannter“, das ist einer!)

in dem zutreffend ausgeführt wird, dass im November 2008 der Finanzminister mit der Ergänzungsvorlage die zu erwartenden Steuereinnahmen – auf Seite 1 unten und umlaufend auf Seite 2 oben – für das Jahr 2009 nach unten korrigieren musste und Mitte dieses Jahres mit einer weiteren Korrektur der Steuereinnahmen nach unten rechnen muss. Wir alle wissen das: Wenn der Bund mit minus 2,2 % Wachstum rechnet, dann hat das auch Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen. Aber gleichzeitig liegt

uns ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 26. Januar, also einige Tage her, zum Einzelplan 20 vor, in dem gefordert wird, die Position Steuereinnahmen um 250 Millionen € anzuheben. Es entspreche nicht der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit, die zu erwartenden Steuereinnahmen nach unten zu korrigieren, weil sie damit letztlich der Entscheidungskompetenz des Hauses entzogen würden.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Also: Einerseits sagen Sie, Frau Kollegin Walsken – jetzt sind Sie ja da –,

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD]: Ich war die ganze Zeit da!)

es ginge mit den Steuereinnahmen immer weiter runter, und dann sagen Sie: Zur Deckung meiner Ausgabenwünsche, mein lieber Finanzminister, tu doch noch mal 250 Millionen € drauf. – Um Himmels willen!

(Gisela Walsken [SPD]: Umgekehrt! Genau umgekehrt!)

Frau Kollegin Walsken, man mag Ihnen vieles vorwerfen, aber was man Ihnen nicht vorwerfen kann, ist, dass Sie von dem etwas verstehen, worüber Sie hier reden. Das kann man Ihnen nicht vorwerfen.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Ah, ja!)

Wir würden uns mit Ihnen gerne sachpolitisch auseinandersetzen und duellieren, wir würden mit Ihnen gerne im Haushaltsausschuss und hier mit Argumenten fechten.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie doch nicht! – Gisela Walsken [SPD]: Da kommt gar nichts! Null!)

Wir stellen aber immer fest: Sie sind waffenlos. Da ist nichts. – Das ist Ihre Kompetenz.

Das zweite, Frau Kollegin Kraft, was man braucht, um Verantwortung für Nordrhein-Westfalen zu tragen, ist Wirtschaftskompetenz. Da ist Herr Kollege Römer sicherlich ein anderes Kaliber als die Kollegin Walsken und ganz sicher auch ein gestandener Mann.

(Gisela Walsken [SPD]: Es ist schwierig für mich, ein Mann zu sein!)

Was er aber auch ist: Er ist ein richtig armer Hund, wenn ich das einmal sprichwörtlich so sagen darf. Denn er ist einerseits dazu abgestellt, heute Morgen für grüne Wolkenkuckucksheime in der Energiepolitik noch ein paar Mieter zu finden, und andererseits dazu abgestellt, den Kontakt mit der Industriearbeitnehmerschaft in unserem Land zu halten. So etwas kann niemand leisten. Der Mann wird zerrissen, wird unglaublich werden, schlicht deswegen, weil das einfach nicht aufgeht. Denn die Industriearbeitnehmer, die gewerblichen Arbeitnehmer in unserem Land, ob sie in der Chemie, in der Energie

oder in anderen mittelständischen Unternehmen arbeiten, sind Realisten. Die wissen, dass man beispielsweise in grünen Wolkenkuckucksheimen keine Energie erzeugen kann.

(Beifall von CDU und FDP)

Die bekommen derweil auch mit, dass die „Ballonmützen“, die mal für die SPD sinnbildlich waren, inzwischen in den Chefetagen meist der kommunalen Unternehmen hängen, während die Arbeitsschutzhelme bei uns, bei der CDU, bei Jürgen Rüttgers als Repräsentant der Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen hängen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzer [SPD]: Holla, die Waldfee! CDU als Schützerpartei, welch eine Märchenstunde!)

Wenn man dieses Land gestalten will, dann braucht man Bildungskompetenz. Bildung ist eine der zentralen Fragen der Landespolitik. Insofern war es ein strategischer Fehler, Frau Kollegin Kraft, dass Sie die Frau Kollegin Schäfer mit der Aufgabe betraut haben, die Bildungspolitik für Ihre Fraktion zu repräsentieren. Denn Frau Kollegin Schäfer ist gerade diejenige, die eine verfehlte, eine abgewählte Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen verkörpert.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir können und werden es uns wahrscheinlich ganz leicht machen. Wir werden Sticker produzieren, auf denen steht „minus 16.000“. Schließlich hat Frau Schäfer im „dpa-kulturdienst“ unwidersprochen erklärt, dass sie bis 2013 16.000 Lehrerinnen- und Lehrerstellen in Nordrhein-Westfalen abbauen will.

(Zustimmung von der CDU)

Das ist aktenkundig. Ich frage mich: Wie kann man dann hergehen und kritisieren, dass diese Landesregierung zusätzliche Lehrerinnen- und Lehrerstellen schafft?

(Beifall von der CDU)

Wie kann man hergehen und kritisieren, dass hier über 5.000 Lehrerinnen- und Lehrerstellen geschaffen worden sind? Selbst wenn wir keine mehr schaffen würden, was unreal ist, wären es immer noch 16.000 mehr, als Sie in dieser Legislaturperiode vorgehabt hätten abzubauen.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Argumente, Frau Kollegin Schäfer, sprechen Ihrem Handeln in der Vergangenheit hohn.

Als Viertes braucht man Führungskompetenz, wenn man für dieses Land Verantwortung tragen, Verantwortung übernehmen will. Dazu hören wir von Ihnen, Frau Kollegin Kraft, von der SPD substanzvoll viel zu wenig. Ich kann mich erinnern – ich tue es manchmal gerne – an Debatten in der 13. Legislaturperiode zwischen Ministerpräsident Steinbrück und Jürgen Rüttgers: Da war was los, da war was drin, da war was dran. Das hat Spaß gemacht, da

waren Reibungen. Das fehlt heute völlig, Frau Kollegin Kraft. Wir interpretieren das ganz schlicht als Oppositionsverweigerung.

Stattdessen ziehen Sie durchs Land, schüren Ängste ohne realen Grund. Das war beim Sparkassenrecht so; da haben Sie Ängste geschürt ohne Unterlass. Ich sage Ihnen – jeder in diesem Land weiß es –: Das hat nichts befördert, nichts verhindert, nichts bewirkt. Kurz: Auch mit dieser Kritik haben Sie komplett versagt.

(Beifall von der CDU – Johannes Rimmel [GRÜNE]: Die Bürgermeister haben doch als Erste hier gestanden!)

Sie ziehen immer noch durchs Land und polemisieren, wettern noch heute Morgen gegen das Kinderbildungsgesetz. Die Realität draußen sieht doch inzwischen völlig anders aus. Es ist ein Erfolg und wird sich in den nächsten neun Monaten immer neu als Erfolg erweisen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das sehen die Eltern, das sehen die Kinder, das sehen die Erzieherinnen und Erzieher allmählich ein. Die werden nicht vergessen, mit welchen Argumenten sie in den Protest gejagt worden sind.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ich habe überhaupt nichts zum KiBiz gesagt, Herr Kollege! Sie haben nicht aufgepasst!)

Das Jahr 2008, Frau Kollegin Kraft, war für Sie ein Jahr der Pannen. Sie haben aktiv zum Siechtum Ihrer Partei beigetragen. Das fing an mit Frau Ypsilanti, an deren Seite Sie bis zuletzt gestanden haben. Die hessische SPD hat ja dafür auch die Quidung erhalten. Das war aktive Beihilfe zum Wortbruch.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben es an einem Tag fertiggebracht – am 8. September am Schwielowsee –, zunächst festzustellen: „Es geht nach vorn mit Kurt Beck“, um dann am Nachmittag zu sagen: „Es geht nach vorn mit Müntefering“. – Alles an einem Tag, ohne Unterbrechung, nahtlos!

Sie sind wirkungslos im Bund, Frau Kraft. Sie brauchen sich hier nicht an der Bundespolitik abzuarbeiten. Versuchen Sie das, was Sie in Berlin, in der Bundesregierung für richtig halten, auch für Nordrhein-Westfalen durchzusetzen! Dann würde uns eine Menge leichter fallen: von den kommunalen Interessen und deren Umsetzung bis hin zu einer soliden Haushaltspolitik.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Eben haben Sie noch gesagt, sie soll über das Land reden! Jetzt über Berlin? Sie wissen mal wieder nicht, was Sie wollen!)

Ich fände es spannend, wenn Sie sich einmal zum Thema Schuldenbremse einlassen würden. Dazu

gibt es in Ihrer Partei offenkundig die wildesten Debatten. Nahles und Böhrnsen sagen: Mit uns nie! – Andere wollen das mit Gewalt und richtigerweise mit uns gemeinsam in Berlin realisieren. Es wäre gut gewesen, wenn Sie sich heute Morgen dazu geäußert hätten. Wenn Sie schon in die Bundespolitik fliehen, weil Sie zur Landespolitik zu wenig zu sagen haben, wäre das eine Neuigkeit gewesen für die Medien, für die Menschen, für uns alle, die wir Ihnen heute Morgen haben zuhören müssen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Rede eben hat Sie aber doch sehr erregt!)

Kurz gesagt: Die SPD ist unter Ihrer Führung als Partei wie als Fraktion führungslos, orientierungslos, substanzlos und daher zu Recht chancenlos bei den Bürgerinnen und Bürgern. Das zeigt jede neue Umfrage.

(Beifall von der CDU)

Dass Sie chancenlos sind, das ist gut für Nordrhein-Westfalen. Denn in Nordrhein-Westfalen brauchen wir Seriosität, Kreativität, Stabilität, kurz: Wir brauchen eine solide Landesregierung, wie wir sie haben, mit Jürgen Rüttgers, mit einer Koalition, die sich natürlich ab und an miteinander verhakt, die aber im Großen und Ganzen sehr solide, sehr ruhig, sehr gefasst an der richtigen Stelle die Instrumente ansetzt, um das Beste für unser schönes Bundesland zu erreichen.

(Beifall von CDU und FDP – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Jetzt wollen Sie sich selbst Mut machen!)

Ich bin sicher, dass wir jetzt gemeinsam die Fundamente für die Zeit nach der Krise gießen werden, mit den Menschen in Nordrhein-Westfalen: für einen neuen Aufschwung, für gute Investitionen in die Zukunft. Wir sehen und erfahren es, dass die Menschen uns nicht nur diesbezüglich, aber auch diesbezüglich vertrauen. Das hat seinen Grund: Wir haben gehalten, was wir den Menschen 2005 versprochen. Wir haben beispielsweise über 44.000 Plätze für unter Dreijährige geschaffen, bisher über 5.000 Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich in unsere Schulen gebracht, über 200.000 Ganztagschulplätze eingerichtet. Ich könnte diese Latte noch ganz lange fortsetzen. Dazu kommen am Arbeitsmarkt 300.000 zusätzliche sozialversicherungsrechtliche Beschäftigungsverhältnisse.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dazu haben Sie doch nichts getan!)

Kurz: Wir haben gespart,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Bei Obdachlosen, bei Arbeitslosen!)

oftmals tat es weh, aber wir haben insbesondere auch gestaltet. Und das war die Schreckensnachricht für die Opposition – das verstehe ich auch –, die der Finanzminister mitteilen konnte: dass es

gelungen ist, im Jahre 2008 eine schwarze Null in den Haushalt zu bringen. Das heißt, wir haben im vergangenen Jahr miteinander de facto die schwarze Null – natürlich mit einem gelben Komma – erreicht.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Was? Wo steht die denn? Zeigen Sie mir mal die Seite im Haushaltsplan!)

– Das ist ein toller Erfolg. Frau Kollegin Walsken, Ihre Nachfrage zeigt, dass das, was ich vorhin sagte, völlig richtig war.

(Gisela Walsken [SPD]: Ich glaube, Sie sind nicht mehr richtig dabei! Eine schwarze Null! Unglaublich!)

Denn Sie haben überhaupt nicht realisiert und wollen es auch nicht realisieren, dass das, was uns zum numerischen Ausgleich des Haushaltes fehlte, längst an die Seite geschafft worden ist,

(Gisela Walsken [SPD]: An die Seite geschafft!)

und zwar für Zwecke, die Sie sich nie haben vorstellen können,

(Gisela Walsken [SPD]: Misswirtschaft bei der WestLB! – Rainer Schmeltzer [SPD]: An die Seite geschafft! Endlich spricht er es aus!)

nämlich um Vorsorge zu treffen für all das, was unser Bankensektor an Risiko in sich birgt, für all das, was wir bei Pensionen und anderswo an Risiken haben. Das heißt: Wir haben das getan, worauf Sie nicht einmal als Idee gekommen wären.

(Zuruf von der SPD: Die SPD ist nicht gut darin, Geld an die Seite zu schaffen!)

Wir haben in etwas besseren Zeiten Vorsorge getroffen für die Zukunft, und darauf sind wir stolz!

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Herr Stahl ist stolz, Geld an die Seite geschafft zu haben! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Natürlich müssen wir gemeinsam – im Bund, in Europa, in den Ländern und in den Kommunen – alles daransetzen, aus der Finanzkrise und aus den Wirkungen der Finanzkrise herauszukommen; ich sagte das eingangs.

Wir liegen gar nicht so weit auseinander, wenn wir miteinander analysieren, dass international eine Menge getan werden muss, damit es uns national nicht immer neu erwischt. Da sind wir als Nation – weder die Bundesbank oder die BaFin noch sonst jemand – allein in der Lage, die Probleme zu lösen. Deshalb begrüßen wir – das findet die Unterstützung von uns einschließlich der Landesregierung –, wenn die Bundeskanzlerin am 2. April die G-20 einladen wird.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Man soll und wird sich dann darauf verständigen, so hoffen wir alle, wie man die internationalen Finanzmärkte so regulieren kann, dass sich Zügellosigkeit und Regellosigkeit nicht weiter in der Zukunft fortsetzen.

Wir wissen, dass es der Strukturveränderungen bedarf. Wir fragen natürlich auch, wo der Kompass der anderen ist. Wir haben einen klaren Kompass, was die Strukturveränderungen angeht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Da spielt immer einer mit dem Magneten!)

Dieser Kompass ist: Wir sind Repräsentanten der sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft nicht nur bei uns. Wir wollen soziale Marktwirtschaft – zumindest meine Partei und meine Fraktion werden dafür im Europawahlkampf streiten – auch in Europa.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann nehmen Sie der FDP mal den Magneten weg! – Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Wir wollen möglichst international eine sozial orientierte Marktwirtschaft, in der die Chicago-Boys zu Grabe getragen sind

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ist Obama nicht auch aus Chicago?)

und in der sie ihre falschen Rezepte nicht mehr als Zunder für die Weltwirtschaft missbrauchen können, wie es in der Vergangenheit der Fall war. Wir wollen die ordnende Hand des Staates.

Wir werden die Krise lösen – gemeinsam mit der Arbeitnehmerschaft in unserem Land, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, gemeinsam mit den Unternehmerinnen und Unternehmern. Für sie breche ich heute Morgen eine Lanze.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ivanhoe lässt grüßen!)

Wir brauchen Unternehmerinnen und Unternehmer in allen Größenordnungen und in allen Klassen unserer Wirtschaft, unserer Industrie, unseres Mittelstandes und unserer großen Unternehmen, weil es schlicht darum geht, Produktionsfaktoren so zusammenzuführen, dass – ja, das ist wichtig – auch Gewinne erwirtschaftet werden können.

(Beifall von CDU und FDP)

Aber diese Gewinne haben nicht den Zweck – damit möchte ich eine Schieflage aus der Debatte nehmen –, Einzelne reich zu machen, sondern sie haben den sozialen Zweck, Vorsorge für Investitionen und für Krisen zu treffen, sodass die kleinen, mittelständischen und auch die großen Unternehmen konkurrenz- und wettbewerbsfähig bleiben, damit es Arbeitsplätze in Deutschland gibt und damit wir soziale Sicherheit in Deutschland haben! Das ist der Sinn sozialen Wirtschaftens. Dafür brauchen wir

eine effektive Ökonomie. Dafür brauchen wir soziale Gerechtigkeit!

(Beifall von CDU und FDP)

Dabei haben uns die Menschen in Nordrhein-Westfalen an ihrer Seite. Sie können darauf vertrauen, dass wir hinter dieser Landesregierung stehen – mit ihrem Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers. Wir wissen, dass uns die Menschen vertrauen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Stahl. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt deren Fraktionsvorsitzender, Dr. Papke, das Wort.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde hier vorne am Rednerpult einen Zeitungsausschnitt aus der „Kölnischen Rundschau“ vom 5. Februar 2009 mit der Überschrift „Forsa-Umfrage: Rüttgers stark, Kraft schwach“. – Haben Sie das liegen lassen, Frau Kollegin?

(Heiterkeit und Beifall von FDP und CDU – Achim Tüttenberg [SPD]: Was stand denn da über die FDP drin?)

Herr Kollege Stahl meldet sich. Sonst hätte ich es Ihnen gleich herübergereicht, Frau Kraft.

(Zuruf von der SPD: Billiger geht es nicht!)

Meine liebe Kolleginnen und Kollegen, die Generaldebatte zum Landeshaushalt ist traditionell die Gelegenheit für die Landtagsopposition, ihre Konzepte und Alternativkonzepte für die Gestaltung unseres Landes dem Parlament und der Öffentlichkeit vorzustellen. Das ist eine wichtige Debatte, gerade für die Opposition.

Wir, das Parlament und diejenigen, die der Debatte draußen gefolgt sind, müssen, Frau Kollegin Kraft – ich glaube, den Eindruck habe nicht nur ich gewonnen –, feststellen, dass wir heute von Ihnen als Oppositionsführerin keinerlei Hinweise bekommen haben, wie Ihre Vorstellungen für die Gestaltung Nordrhein-Westfalens alternativ zur Politik der Koalition und der Landesregierung aussehen. Dazu haben Sie gar nichts vorgetragen.

Sie haben sogar in Ihrer Rede erkennbar Schwierigkeiten gehabt, Themen zu finden, die Sie der Landesregierung entgegenhalten können.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Ja, das kann man wohl sagen! – Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Der Finanzminister ist aufgewacht!)

Es war ein Sammelsurium unterschiedlicher Details, die überwiegend aus der Bundespolitik zusammengekratzt wurden. Ich hatte den Eindruck, Frau Kollegin Kraft, Sie haben noch einmal Ihren gesamten

Zettelkasten leer geräumt. Alles, was drin war, musste in diese Debatte hinein.

(Heiterkeit von Minister Dr. Helmut Linssen)

Ich fürchte, jetzt wird endgültig nichts mehr drin sein.

(Heiterkeit von der Regierungsbank)

Ich bin in Sorge um das, was sie uns in der nächsten Generaldebatte im Landtag Nordrhein-Westfalen vortragen, Frau Kollegin.

(Heiterkeit und Beifall von CDU und FDP)

Aber ein bisschen etwas habe ich doch mitschreiben können.

(Zuruf: Mitschreiben müssen!)

– Ich war froh, dass ich ein bisschen habe aufnehmen können. Denn davon lebt die parlamentarische Debatte. Es geht ja nicht darum, vorgefertigte Reden vorzutragen, sondern wir wollen uns über den besten Weg für die Zukunft unseres Landes austauschen, darüber diskutieren und debattieren.

Ich fange mit Ihrem in der Tat bemerkenswerten Zitat an, Frau Kollegin Kraft: Wir brauchen für Nordrhein-Westfalen einen wirklichen Schwerpunkt für Kinder und Bildung. – Ich muss gestehen, mir ist fast mein Textmarker aus den Fingern gerutscht, als Sie das gefordert haben. Das können Sie nach der Bilanz, die Sie bis zum Jahr 2005 abgeliefert haben, doch nicht allen Ernstes vortragen,

(Beifall von FDP und CDU)

und nach der Bilanz, die die seit Mitte des Jahres 2005 in der Verantwortung befindliche Landesregierung – unterstützt von den beiden Koalitionsfraktionen – vorgelegt hat. Man könnte ganze Zahlenkolonnen vortragen. Ich will es einfach nur an zwei Beispiele deutlich machen.

Ich habe diesen Zettel auch bei meinen öffentlichen Veranstaltungen immer im Gepäck. Darauf findet sich ein Zitat der früheren Schulministerin Schäfer nach dem „dpa-kulturdienst“ Nr. 12/04: „Da die Schülerzahlen ab 2008/09 spürbar zurückgehen, sind keine neuen Planstellen nötig“, stellte Schäfer klar.“ Und weiter: „Mit dem Finanzminister ist aber Einvernehmen hergestellt worden, dass bis 2013 statt der von ihm vorgesehenen Einsparung von insgesamt 28.000 Lehrerstellen höchstens 16.000 Lehrerstellen gestrichen werden.“

(Beifall von FDP und CDU)

Das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen. Denn das heißt: Sie waren nicht nur verabredet, ab 2005 16.000 Lehrerstellen zu streichen, sondern sogar noch stolz darauf, dass es nur 16.000 und nicht 28.000 Lehrerstellen waren.

(Beifall von FDP und CDU)

Das hat die frühere Schulministerin, die an dieser Debatte nachvollziehbarerweise nicht teilnimmt, als Erfolg verkauft. So arrogant war damals die Landesregierung, Frau Kollegin Kraft, der Sie angehörten.

Dem halten wir entgegen, dass wir jetzt netto 6.915 – so viele sind es ganz genau – zusätzliche Lehrerstellen geschaffen haben. Das ist unsere Bilanz.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie waren stolz darauf, nur 16.000 Lehrerstellen zu streichen; wir haben knapp 7.000 zusätzlich geschaffen. Darauf sind wir wiederum stolz, Frau Kollegin Kraft. Das will ich Ihnen sagen.

(Beifall von FDP und CDU – Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Das ist eine fulminante Rede!)

Das zweite Beispiel sind die U3-Betreuungsplätze. Wir hatten die wirklich schlimme Situation vorgefunden, dass Nordrhein-Westfalen bei einer sozialdemokratisch geführten Regierung Betreuungsangebote für unter Dreijährige in Höhe von 2,8 % angeboten hat. Das war das schlechteste Angebot aller deutschen Bundesländer, nämlich 11.800 Betreuungsplätze!

(Beifall von der FDP)

Jetzt, Ende 2008/Anfang 2009, liegen wir bei 44.600. Darin sind die Plätze aus der Kindertagespflege noch gar nicht eingerechnet. Innerhalb von dreieinhalb Jahren haben wir die Zahl der Betreuungsplätze also annähernd vervierfacht. Wir werden bis zum Jahr 2010 bei 90.000 und bis zum Jahr 2012/13 bei 144.000 Plätzen liegen, meine Damen und Herren. Das ist eine alternative Bilanz, Frau Kollegin Kraft.

(Beifall von FDP und CDU)

2,8 % Betreuungsquote für unter Dreijährige in Ihrer Verantwortung – 2013 werden es 32 % unter unserer Verantwortung sein.

(Beifall von FDP und CDU)

Also kommen Sie uns bitte nicht mit solchen Sätzen, wie: „Wir brauchen für Nordrhein-Westfalen einen wirklichen Schwerpunkt für Kinder und Bildung.“ – Wir setzen einen solchen Schwerpunkt, meine Damen und Herren. Sie haben nach dieser Schreckensbilanz, für die Sie abgewählt worden sind, wirklich nicht die Legitimation, so etwas einzufordern.

(Beifall von FDP und CDU)

Darüber hinaus haben Sie – adressiert an die Regierung – gesagt: Sie haben den Kommunen 1,8 Milliarden € weggenommen.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Jawohl!)

– „Jawohl“ höre ich auch noch. – Ich will nur am Rande erwähnen, dass die Kommunen im Jahr 2008 und auch im Jahr 2009 die höchsten Zuwei-

sungen aus dem GFG bekommen, die es jemals gegeben hat, nämlich 8 Milliarden €

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wegen höherer Steuereinnahmen! – Hannelore Kraft [SPD]: Das steht ihnen doch zu! Das ist doch nicht Ihr Verdienst!)

Ich will natürlich umso lieber darauf hinweisen, welche Dankbarkeit wir von den Kommunen für die Verfahrensweise mit dem kommunalen Investitionsprogramm erfahren haben. Bundesweit wird Nordrhein-Westfalen von Kommunalpolitikern – im Übrigen auch von sozialdemokratischen – dafür gelobt,

(Beifall von der FDP)

dass wir so vorbildlich kommunale Interessen vertreten. Ich will nur einige ausgewählte Stimmen zitieren.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das hat der Kollege schon gemacht! Sie wiederholen sich!)

Ich beginne mit Herrn Bude, Oberbürgermeister der Stadt Mönchengladbach, von der SPD. In der „Rheinischen Post“ heißt es – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

Gestern Nachmittag, als Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) die Ergebnisse vorstellte, war Bude – er ist derzeit Vorsitzender des NRW-Städtetages – voll des Lobes. Das Land reiche von den insgesamt 2,8 Milliarden € 2,3 Milliarden € (mehr als 83 %) an die Kommunen weiter. Damit sei NRW im Vergleich zu anderen Bundesländern Spitzenreiter.

(Beifall von FDP und CDU)

An seiner Seite, Frau Kollegin Kraft, stand Roland Schäfer, Präsident des Städte- und Gemeindebundes, seines Zeichens sozialdemokratischer Kommunalpolitiker. Was hat er vor laufenden Fernsehkameras gesagt? – Nordrhein-Westfalen verwirklicht die „kommunalfreundlichste Lösung. Damit werden Maßstäbe gesetzt.“

(Beifall von FDP und CDU)

Herr Ude, Präsident des Deutschen Städtetages, sagt: Nordrhein-Westfalen ist „vorbildlich bei der Weiterleitung der Gelder“ – anders als Bayern.

Es hatte schon seine Gründe, Frau Kollegin Kraft, dass Sie den Tagesordnungspunkt zum kommunalen Investitionsprogramm in der letzten Plenarwoche ganz hastig von der Tagesordnung haben nehmen lassen.

(Beifall von FDP und CDU – Widerspruch von Carina Gödecke [SPD])

Das muss man einmal sagen dürfen. Sie hatten das beantragt. Wir haben uns gewundert, dass eine halbe Stunde vorher der lapidare Hinweis kam, die SPD-Fraktion ziehe diesen Tagesordnungspunkt zurück.

(Carina Gödecke [SPD]: Weil einen Tag vorher Gespräche stattgefunden haben und Tagesordnungspunkte früher beantragt werden müssen! Erzählen Sie den Leuten nicht etwas Falsches!)

Denn Ihnen war klar geworden, dass Ihre eigenen Kommunalpolitiker an der Seite des Ministerpräsidenten die vorbildliche Lösung für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen über den grünen Klee loben würden.

(Beifall von FDP und CDU)

Kommen Sie uns also nicht mit dem Vorwurf, diese Regierung tue den Kommunen irgendetwas Böses! – Der Punkt ist also abgeräumt.

(Thomas Trampe-Brinkmann [SPD]: Sie haben von parlamentarischen Abläufen auch keine Ahnung!)

Ich darf noch einen dritten Hinweis geben, weil Sie wiederholt ein internationales Regelwerk gegen die Finanzkrise eingefordert haben. Das Thema haben Sie auch schon am Wochenende gebracht: Wir brauchen ein internationales Regelwerk, um den Finanzmarkt zu regulieren.

Frau Kollegin Kraft, irre ich mich, oder sind die Sozialdemokraten in Berlin noch in der Regierungsverantwortung? Stellen die nicht auch seit zehn Jahren den Bundesfinanzminister? Kann das sein?

Kommen Sie uns also bitte nicht damit, wir benötigen eine Neuordnung der Finanzmärkte, und wir benötigten neue Regeln, wenn der Bundesfinanzminister nicht in der Lage ist – er ist in der entscheidenden Position, um solche Initiativen zu starten –, sie auch wirklich auf den Weg zu bringen! Frau Kollegin Kraft, dann ist das alles Schall und Rauch, was Sie uns hier als bundespolitischen Abklatsch vortragen.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, ich will hier selbstverständlich einige Bemerkungen zur aktuellen Haushaltspolitik machen: zur Bilanz sowie zur Perspektive für 2009 und die nächsten Jahre.

(Zurufe von der SPD)

In Anbetracht der neuen Herausforderungen, vor denen wir natürlich auch in Nordrhein-Westfalen in der Haushalts- und Finanzpolitik stehen, ist in den letzten Wochen in der Tat ein bisschen untergegangen, dass unser Finanzminister Helmut Linssen mit dem Jahresabschluss 2008 etwas geschafft hat, was er selbst gar nicht für möglich gehalten hätte.

(Zuruf von der SPD: Das glaube ich! – Gisela Walsken [SPD]: Das war jetzt daneben! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Wir haben das für möglich gehalten. – Hätten wir nicht 1,3 Milliarden € für die zusätzliche Risikoversorge bereitgestellt – Herr Finanzminister, wir hätten

diese Risikoversorge ja nicht vornehmen müssen –, hätte Nordrhein-Westfalen 2008 erstmals seit 30 Jahren wieder einen Überschuss erwirtschaftet.

(Beifall von FDP und CDU)

Das müssen wir noch einmal deutlich herausarbeiten. Wir hätten nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt, sondern sogar einen Überschuss erwirtschaftet!

Was haben wir uns – ich darf das nur noch einmal kurz erwähnen – hier nicht alles anhören müssen, als wir mit Blick auf die erfolgreichen Konsolidierungsbemühungen der Landesregierung, aber natürlich auch mit Blick auf die günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen und die Steuermehreinnahmen, die wir verbuchen konnten, gesagt haben, der Haushalt könne bis 2010 ausgeglichen werden! Darüber hatten wir eine intensive Debatte.

Auch der Finanzminister selbst hat noch im August vergangenen Jahres eher seiner Skepsis Ausdruck verliehen, mit dem Hinweis darauf, dann müsse es vermutlich schon Manna vom Himmel regnen. Herr Finanzminister, unter Ihrer Führung haben wir es auch ohne biblische Wunder geschafft. Dafür möchte ich Ihnen im Namen meiner Fraktion Dank und Anerkennung aussprechen.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie haben mit dieser Zwischenbilanz bis Ende 2008 mit unserer Unterstützung einen klaren Schlussstrich unter eine Jahrzehnte währende rot-grüne Verschuldungspolitik gezogen. Das darf auch jetzt, in den Beratungen über den Haushalt 2009, nicht einfach untergehen.

(Beifall von FDP und CDU)

Das entkräftet zugleich auch die heute nicht mehr so vehement vorgetragenen Versuche der Opposition, ein Bild zu zeichnen, wonach diese Regierung nicht in der Lage sei, Investitionen zu tätigen und gleichzeitig die Haushaltskonsolidierung voranzutreiben. Wir haben das mit der Abschlussbilanz 2008 wirklich unter Beweis gestellt. Das ist der Beweis dafür, dass wir investieren und konsolidieren.

Wir haben jetzt leider eine andere Situation. Das ist nicht von der Hand zu weisen. Auch Nordrhein-Westfalen wird selbstverständlich, ökonomisch gesehen, nicht außen vor bleiben – das gilt für den Arbeitsmarkt, aber auch für den Landeshaushalt –, wenn es jetzt darum geht, die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zu bekämpfen.

Aber die Kritik der Opposition, wir würden nicht konsolidieren, müsste sich mit dieser Bilanz erledigt haben.

(Zuruf von der SPD: Gucken Sie doch mal in den Haushalt 2009 hinein!)

Die eigentliche Botschaft aus dieser Zwischenbilanz lautet – das ist wichtig, wenn wir nach vorne schauen wollen, Herr Finanzminister; ich bin mir sicher, auch darin sind wir uns einig –: Wenn wir die Auswirkungen der Finanzkrise bewältigt haben, müssen wir schleunigst auf den Konsolidierungspfad zurückkehren. Dann werden wir das Ziel eines ausgeglichenen Landeshaushalts gemeinsam genauso entschlossen in den Blick nehmen, wie wir das bisher getan haben.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist eine wichtige Botschaft. Herr Finanzminister, wir haben schließlich gezeigt, dass es geht. Wir haben es gezeigt. Sie waren noch schneller, als wir vermutet haben.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, welchen Beitrag leistet die SPD in dieser Debatte? – Keinen.

(Zuruf von der SPD: Haben Sie Posten zu vergeben, Herr Linssen? – Weitere Zurufe von der SPD)

Das, was in den Haushaltsanträgen der SPD-Fraktion steht, summiert sich insgesamt auf Mehrausgaben von 425 Millionen €. Eine auch nur halbwegs seriöse Gegenfinanzierung gibt es nicht.

Meine Kolleginnen und Kollegen, die SPD macht in der Opposition in der Haushaltspolitik genau das, was sie auch in der Regierungsverantwortung bei den Haushaltsberatungen gemacht hat. Wir haben das in der letzten Wahlperiode erlebt: Sie schraubt im Zweifel einfach die Einnahmeerwartungen nach oben, nach der Devise: Was wollen wir uns denn mit konkreten Vorschlägen für eine Gegenfinanzierung herumquälen? Wir vermuten einfach mal, dass die Steuereinnahmen höher sind. Und wenn das noch nicht ganz ausreicht, vermuten wir mal, dass die Zinsausgaben für das Land ein bisschen niedriger sind. – Dann dreht man an den beiden Schrauben, muss nicht ernsthaft darüber nachdenken, wie man was finanziert, und dann passt es wieder.

Jetzt ist das ja Klamauk, weil Sie nicht regieren können. Aber so haben Sie die Haushaltspolitik des Landes leider auch gestaltet, als Sie noch in der Verantwortung waren. Ihre Landeshaushalte sind Ihnen dann immer um die Ohren geflogen, weil Ihre Einnahmeerwartungen mit den Ausgaben, die Sie schon verabschiedet hatten, nicht in Übereinstimmung zu bringen waren.

Das ist nicht seriös, auch kaum der Rede wert und schon gar kein Beitrag zu einer ernsthaften Debatte darüber, wie wir die schwierige Konsolidierung parallel zu dem Setzen der nötigen Investitionsimpulse in der Wirtschaftskrise wirklich gestalten können.

Ich will ein anderes Thema aufgreifen, das gerade mit Blick auf die Bewältigung der Wirtschaftskrise von großer Bedeutung ist: die Energiepolitik. Frau

Kollegin Kraft, Sie haben erstmals – da habe ich genau hingehört – nicht mehr Ihr altes Mantra vom Sockelbergbau präsentiert. Das finde ich sehr gut. Das war sehr weise.

Ich habe allerdings die herzliche Bitte, dass Sie das jetzt auch endgültig aus dem Verkehr ziehen. Oder kommt das wieder? – Bitte nicht, Frau Kollegin Kraft, bitte nicht. Aber ich darf Ihnen vielleicht einen Hinweis geben, wenn Sie allen Ernstes meinen, Sie könnten mit dem Thema noch punkten: Von Juli bis Dezember 2008 hat sich der Spotmarktpreis für Steinkohle von 195 € je Tonne auf 68 € je Tonne mehr als halbiert. Die Produktionskosten je Tonne Steinkohle liegen bei der Vollkostenrechnung der Landesregierung bei 340 €.

Es gibt bei solchen Zahlen weniger denn je eine auch nur halbwegs realistische Perspektive für einen leistungs- und wettbewerbsfähigen Steinkohlebergbau in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von FDP und CDU)

Deshalb appelliere ich noch einmal ausdrücklich an Sie, auch in Ihrer Verantwortung als Vorsitzende der Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen: Hören Sie endlich auf, den Bergleuten weiter Sand in die Augen zu streuen und

(Beifall von FDP und CDU)

dort Hoffnungen zu schüren, es könne weitergehen in den Zechen in Nordrhein-Westfalen! Damit werden Sie Ihrer Verantwortung nicht gerecht.

Ich will zum Thema Energiepolitik noch auf einen anderen Punkt hinweisen, der, glaube ich, sehr bedeutsam ist für die Frage: Wo steht die SPD in diesem Politikfeld? Da zirkuliert – wie ich weiß, auch bei den Betriebsräten vieler Unternehmen in Nordrhein-Westfalen – seit einiger Zeit ein Positionspapier der SPD mit dem Titel „Ökologische Industriepolitik für Nordrhein-Westfalen“. Als ich davon hörte, habe ich zunächst gedacht, das kommt bestimmt von Frau Höhn. Aber es ist von Herrn Römer.

Es ist sehr bemerkenswert, was der frühere Abgeordneterkollege Werner Bischoff, der in der letzten Wahlperiode noch wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD war und heute der Führung der IG BCE angehört, in aller Öffentlichkeit dazu sagt, was er als alter gestandener sozialdemokratischer Wirtschafts- und Energiepolitiker zu dieser neuen Perspektivierung der SPD sagt.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Passen Sie auf, dass Ihnen nicht die Tränen kommen!)

Was die SPD als Erfolg bezeichnet, nämlich die Vollauktionierung von CO₂-Zertifikaten, nennt Bischoff eine Blockade für die Erneuerung der Kohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von FDP und CDU)

Er warnt seine eigene Partei davor, dass in der Folge der Strom im Kohleland Nordrhein-Westfalen umweltschädlicher erzeugt und auf Dauer für die Verbraucher teurer würde.

Ein Teil des Dilemmas sind ja natürlich vor allem die zu hohen Energiekosten. In Neuss läuft derzeit eine Debatte über die Frage, ob eine Aluminiumhütte wirklich noch eine Zukunftsperspektive in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland besitzt. Die Ursache dafür sind doch die hohen Energiepreise gerade für Industriebetriebe,

(Beifall von FDP und CDU)

von denen wir Gott sei Dank in Nordrhein-Westfalen noch viele haben. Wer sich dieser Debatte verweigert, wie die SPD, wird seiner Verantwortung für Industriearbeitsplätze nicht gerecht.

Fazit von Werner Bischoff: Er könne der NRW-SPD nur von dem Versuch abraten – ich zitiere –, Gewerkschaften, Betriebsräte und Unternehmensvorstände in der Energiewirtschaft auseinander zu dividieren.

Das ist, glaube ich, ein wichtiger Punkt, Frau Kollegin Kraft, über den Sie noch einmal nachdenken sollten. Wir haben hier fraktions- und parteiübergreifend immer einen Konsens darüber gehabt, gemeinsam für die Existenzgrundlagen unserer Industrie in Nordrhein-Westfalen einzutreten.

(Beifall von Christian Weisbrich [CDU])

Diese Existenzgrundlagen werden nur dann gesichert werden können, wenn Energie, wenn insbesondere Strom, auch in Zukunft zu wettbewerbsfähigen Preisen verfügbar ist. Wenn das nicht sichergestellt werden kann, werden Industriearbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen in einem Maße wegbrechen, wie wir uns das momentan noch gar nicht vorstellen können.

(Beifall von FDP und CDU)

Deshalb sage ich Ihnen: Kehren Sie um auf diesem Weg, sich den Grünen energiepolitisch in einer Art und Weise anzubiedern und anzunähern, wie es Ihrer langjährigen Verantwortung

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

für die Industrie in Nordrhein-Westfalen nicht gerecht wird!

Im Übrigen ist es bei solchen Positionen auch nicht verwunderlich, dass die SPD – das will ich Ihnen nicht vorenthalten – bei den Umfragen immer weiter in den Keller rauscht und gerade bei den Arbeitnehmern in diesem Land so sehr an Akzeptanz verliert. Der „Stern“ hat vor zwei Wochen eine forsa-Umfrage vorgelegt, der zufolge in Nordrhein-Westfalen nur noch 12 % der Arbeiter Frau Kraft wählen würden. Selbst unter den SPD-Anhängern wären es nur 34 % gegenüber 43 % für unseren Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers.

(Zuruf von der SPD: Wie viele würden Sie denn wählen?)

Der Ministerpräsident hat unter den Arbeitnehmern in Nordrhein-Westfalen eine deutlich höhere Zustimmung als Frau Kraft.

Frau Kraft, bei solchen Umfragewerten sollten Sie vielleicht den Ministerpräsidenten auch nicht ständig kritisieren. Das drückt die SPD als Partei in den Umfragen dann nur weiter in den Keller.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist ja der zwingende Zusammenhang.

(Zurufe von der SPD)

Vielleicht sprechen Sie ja mit ihm und fragen ihn, ob er sich demnächst einmal mit Ihnen ablichten lässt, um so den Umfragewerten der SPD wieder etwas mehr Auftrieb zu verschaffen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Die aktuellen Umfragen, meine Damen und Herren, zeigen ja, welchen politischen Parteien die Wählerinnen und Wähler gerade in der Wirtschaftskrise die nötigen Weichenstellungen zutrauen. Ich will dabei gar nicht auf die erfreuliche Tatsache abstellen, dass das Forschungsinstitut forsa die FDP heute so zwischen 17 und 19 % gesehen hat.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Interessant für uns hier in Nordrhein-Westfalen ist, dass die von mir zitierte Umfrage, die zwei Wochen alt ist, 55 % der Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen bei den beiden Regierungsparteien sieht. Das heißt, nach einer Zeit, in der wir dem Land auch schwierige Reformen zugemutet haben, meine Damen und Herren, sagen 55 % der Wählerinnen und Wähler, sie wollen, dass diese Regierung bestätigt wird,

(Beifall von FDP und CDU)

dass diese Koalition aus CDU und FDP weitermacht.

Ich formuliere es einmal so, meine Kolleginnen und Kollegen von der Opposition: Eine schlimmere Klatsche kann es eigentlich gar nicht geben. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen bringen Ihnen überhaupt kein Vertrauen entgegen, dass Sie es besser machen könnten. Und Sie haben heute in der Debatte auch keine Punkte genannt, wo Sie es besser machen wollen.

Das ist eine ermutigende Zwischenbilanz für die Koalition.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Frau Kollegin Kraft, das ist so. Wenn die Umfragen so klar sind, dann liegt das entweder daran, dass die Regierung so gut ist, oder daran, dass die Opposition so schlecht ist.

(Zuruf von der FDP: Beides!)

Ich würde einmal vermuten, hier trifft beides zu.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist, glaube ich, in einer solchen Debatte nicht einfach wegzudiskutieren.

Ich will Sie um ein Weiteres noch einmal sehr herzlich bitten. Wir haben hier eine Debatte zur Linkspartei gehabt. Da haben Sie nicht gesprochen, aber Herr Kollege Moron hat angekündigt, Sie würden sich bis zum Wahlabend 2010 die Option offenhalten, auch mit der Linkspartei zusammenzuarbeiten. Das war letztlich die zentrale Botschaft.

Wir alle haben uns dieses sogenannte Strategiepapier jetzt einmal angeschaut, das die Linksextremisten in Nordrhein-Westfalen verteilen. Ich fand es sehr ermutigend, dass Ihr Generalsekretär Michael Groschek von einem stalinistischen Eintopf gesprochen hat. Wenn ich Sätze lese wie „Die politische Legitimationskrise ist noch keine Krise der kapitalistischen Klassenherrschaft. Wir müssen die Ersteren vertiefen, dass sie zur Letzteren wird.“, wenn ich solche Klassenkampfpapieren aus der Steinzeit des Kommunismus lese, dann erwarte ich, Frau Kollegin Kraft – und ich glaube, mit mir viele Menschen in unserem Land –, dass Sie endlich die Kraft finden zu sagen: Mit solchen Leuten werden wir als Sozialdemokraten niemals zusammenarbeiten!

(Beifall von FDP und CDU)

Das muss doch die Reaktion sein!

Wenn Ihr Generalsekretär von Stalinismus redet, ist das doch allemal ein Hinweis dafür, dass Sie endlich einmal klare Kante zeigen müssen und sich diese linksextremistischen Wirrköpfe nicht als strategische Machtreserve vorhalten dürfen. Um diese Debatte werden Sie auch in Zukunft nicht herumkommen.

Wir sind für die Krise, die wir jetzt gemeinsam bewältigen müssen, gut aufgestellt. Das ist eine Botschaft, die wir heute ...

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Heuschrecken!)

– Herr Kollege Sagel, ganz ruhig. – Wir sind zu Beginn des Jahres 2009, nachdem erste umfassende Maßnahmen zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise ergriffen worden sind, in Nordrhein-Westfalen deutlich besser für die Bewältigung dieser Krise gewappnet als vor dreieinhalb Jahren. Das lässt sich an allen Parametern klar ablesen, zum Beispiel beim Wirtschaftswachstum und bei der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. In Nordrhein-Westfalen sind seit Übernahme der Regierungsverantwortung durch FDP und CDU über 370.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist die klare Bilanz, die es uns ermöglicht hat, Rückschläge wie bei BenQ oder bei Nokia zu bewäl-

tigen. Diese neu gewonnene Stärke des Landes wird uns auch die Möglichkeit eröffnen, mit den Herausforderungen, die vor uns liegen, besser fertig zu werden.

Wir würden uns wünschen, dass auch die Bundesregierung die dazu nötigen Maßnahmen ergreift. Wir sind diesbezüglich nicht mit allem zufrieden, was uns vorgelegt worden ist. Wir sind mit dem kommunalen Investitionsprogramm zufrieden; das habe ich deutlich gemacht. Wir sind aber nicht damit zufrieden, Frau Kollegin Kraft – das habe ich vor einigen Wochen dargelegt; daran hat sich für die FDP nichts geändert –, dass von 50 Milliarden € Gesamtvolumen im Jahr der Krise, im Jahr 2009, gerade einmal 3 Milliarden € für steuerliche Entlastungen ausgegeben werden sollen. Das halten wir für nicht ausreichend. Wir befürchten, dass das Ziel des Konjunkturpakets, einen Beitrag zur Belebung der Binnenachfrage zu leisten, damit nicht erreicht werden kann.

Wir hoffen auch auf der Zielgeraden der Verabschiedung dieses Konjunkturpakets noch auf Verbesserungen in unserem Sinne. Das Paket ist im Deutschen Bundestag noch in der Beratung; danach geht es in den Bundesrat. Ich will noch einmal klar sagen: Damit das Konjunkturpaket für uns in Nordrhein-Westfalen zustimmungsfähig wird, müssen deutliche Verbesserungen her. Wir wollen, dass die Bürger endlich mehr von dem in der Tasche behalten, was sie mit ihrer Hände Arbeit erwirtschaftet haben.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist das zentrale Postulat!

Wir haben dazu Vorschläge unterbreitet, wie etwa die Abschaffung des Solidaritätszuschlages. Diese Debatte wird weiter auf der Tagesordnung bleiben. Wenn das jetzt nicht im Zuge des Konjunkturpakets umgesetzt wird, dann machen wir das nach der Bundestagswahl. Die Bundeskanzlerin hat ja freundlicherweise angekündigt, auch sie wolle jetzt Steuersenkungen. Wenn das nach der Bundestagswahl weiterhin ihr Wunsch ist – da bin ich mir ziemlich sicher –, werden wir als FDP dann dafür sorgen, dass es zu Steuersenkungen kommt.

Damit sind wir das erklärte Alternativprogramm zu dem, was die Grünen wollen.

(Beifall von der FDP)

Das sind wir auch in anderen Fällen, aber diesbezüglich trifft es in besonderem Maße zu. Herr Kollege Remmel, ich mache jetzt etwas, was ich, glaube ich, noch nie getan habe: Ich zitiere Herrn Trittin. Als er die eifertige Zustimmung der Grünen zum Konjunkturpaket stolz nach der Devise „Wozu braucht ihr denn die FDP? Wir Grüne stimmen auf jeden Fall zu – auch wenn es keine Veränderungen mehr gibt“ verkündet hat,

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das hatte auch einen guten Grund!)

hat Herr Trittin gesagt, ich zitiere: Dort, wo wir Einfluss haben, versuchen wir, Schlimmeres zu verhindern, wie etwa weitere Steuersenkungen.

Noch einmal: Dort, wo wir Einfluss haben, versuchen wir, Schlimmeres zu verhindern, wie etwa weitere Steuersenkungen. – Das, Frau Kollegin Löhrmann, was Sie, zusammen mit Herrn Trittin an der Spitze, wollen, und das, was wir als FDP wollen – Steuersenkungen für die Mitte, für diejenigen, die arbeiten in unserem Land –, sind die Alternativen, die wir gerne zur Abstimmung stellen. – Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU – Johannes Remmel [GRÜNE]: Schulden machen zum Steuernsenken, wo kommen wir denn da hin?)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Papke. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht deren Fraktionsvorsitzende, Sylvia Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Papke, ich finde es bezeichnend, dass Sie einen Großteil Ihrer Rede mit Zitaten von Sozialdemokraten und Grünen zu bringen müssen. Offensichtlich haben Sie keine anderen Quellen mehr, aus denen Sie Ihr Programm schöpfen können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Interessant ist ferner, dass Sie heute einen virtuellen Haushaltsüberschuss besprechen und bejubeln, während Sie real-faktisch heute einen Haushalt beschließen werden, der die höchsten Schulden in der Geschichte dieses Bundeslandes enthält.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

So viel Realitätsverweigerung gab es wirklich selten.

Herr Stahl, dass Sie Frau Kraft vorwerfen, sie hätte sich in ihrer Rede überwiegend mit der Bundespolitik beschäftigt, kann ich einerseits nicht nachvollziehen und es entbehrt andererseits nicht einer gewissen Ironie. Ich hatte den Eindruck, Sie haben Frau Kraft als Adressatin gewählt, meinten aber in Wirklichkeit den Ministerpräsidenten dieses Landes, der sich in eben dieser Rolle am liebsten übt, um dem ganz aktuellen landespolitischen Geschehen auszuweichen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich komme auch sehr gerne auf Ihre Versprechungen, Herr Stahl. Vor ziemlich genau 45 Monaten haben Sie die Landtagswahl mit drei zentralen Wahlversprechen gewonnen, Herr Ministerpräsi-

dent: Senkung der Neuverschuldung, Abbau der Arbeitslosigkeit, bessere Schulen durch eine Unterrichtsgarantie und kleinere Klassen. Heute, 15 Monate vor der nächsten Landtagswahl, müssen Sie feststellen:

(Minister Dr. Helmut Linssen: Alles erfüllt! – Heiterkeit)

– Ja, da müssen Sie selber lachen. Aber im Ernst: Keines Ihrer Wahlversprechen werden Sie halten können!

Sie haben den Mund zu voll genommen, und wir haben Sie vor der Wahl genau davor gewarnt – weil sich seriöse Politik gut überlegen sollte, was sie auch wirklich erzielen kann.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie reden sich die Wirklichkeit schön, weil Sie noch nicht erkannt haben, dass Sie mit Ihrer Finanzpolitik aus guten Zeiten nicht durch diese schweren Zeiten, durch diese raue See, kommen werden.

Herr Ministerpräsident, Sie können noch so teure Zukunftskommissionen einberufen: Das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sie für die Zukunft dieses Landes keinen eigenen Entwurf haben

(Beifall von der SPD)

und Ihre Regierung nach dieser langen Oppositionszeit nicht vernünftig arbeitet. Das, was Sie zum Teil betreiben, grenzt doch an Arbeitsverweigerung.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Frau Thoben hat eine Imagekampagne mit dem Leitspruch „We love the new“ gefördert.

(Heiterkeit von der SPD)

Für das Land und die Menschen stimmt das. Aber für diese Regierung gilt: We stick to the old. Wir machen weiter wie bisher.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es kann und darf aber nicht so weitergehen wie bisher. Denn die Welt steht an einer Zeitenwende, und die Landesregierung verschläft die Zukunftsgestaltung für dieses Land und verweigert sich ihr.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Die globale Wirtschaftskrise kommt am Arbeitsmarkt an: mit Kurzarbeit, mit der Beendigung von Zeitarbeit und mit steigenden Arbeitslosenzahlen. Doch Sie verweigern sich, eigene Schritte zur Unterstützung der Wirtschaft und der Beschäftigten zu unternehmen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Horst Becker [GRÜNE]: So ist das! Sehr gut!)

Die Finanzmarktkrise und damit die nachfolgende Wirtschaftskrise offenbarten in den vergangenen Monaten ein weltweites Marktversagen, dasselbe Marktversagen, das den Klimawandel vorantreibt,

die Welternährungskrise verursacht und sich in einer umfassenden Ressourcenkrise niederschlägt. Verantwortliche Politik muss diesen Entwicklungen auf allen Ebenen entschieden und konsequent entgegenzutreten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Globalisierung bedarf umfassender ökologischer, ökonomischer und sozialer Regelungen. Nur dann werden wir die Menschen dafür gewinnen, diese Globalisierung zu akzeptieren und weiter mitgestalten zu wollen. Das ist der entscheidende Punkt. Das müssen wir doch alle verstanden haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Angesichts dieser Herausforderungen versagen Sie, Herr Rüttgers, Herr Pinkwart, auf der ganzen Linie, weil Sie hier im eigenen Haus, im eigenen Land nicht vernünftig arbeiten und zunehmend parteitaktische Spielchen und Streitereien dazukommen.

Herr Stahl – er ist schon weg –, es reicht nicht, einen Kompass zu haben, sondern man muss den Kompass auch lesen können, um die Weichen in die Zukunft richtig zu stellen und den richtigen Weg in die Zukunft zu finden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Rüttgers, Sie haben schon in finanziell guten Zeiten schlecht regiert. Jetzt, da die See rauer wird, sind Sie überfordert und schieben die Ergebnisse Ihrer schlechten Politik auf die Krise. Dieses Muster versuchen Sie jetzt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die guten Nachrichten der letzten Zeit haben Sie als eigene Leistung abgefeiert, mit den jetzigen schlechten Nachrichten wollen Sie nichts zu tun haben. Eine gute Regierung erweist sich aber gerade in Krisenzeiten als eine solche.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich will das ganz konkret aufzeigen. Während sich der Regierungschef Mitte des letzten Jahres noch mit Vorschlägen wie der Absetzbarkeit von Steuerberatungskosten hervorgetan und sich dezidiert gegen ein Konjunkturprogramm ausgesprochen hat, haben wir Grüne seinerzeit schon konkret die Vorschläge auf den Tisch gelegt, die auch heute noch richtig sind:

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Und die Linke auch!)

weitsichtige, nachhaltige Investitionen in die kommunale Infrastruktur, in die energetische Gebäudesanierung, in unsere Hochschulen und Krankenhäuser, in unsere Schulen und Kitas. Damit schmücken Sie sich inzwischen auch, obwohl Sie selbst gar nichts damit zu tun haben. Im Gegenteil, wegen Ihrer Zauderei haben wir schon ein halbes Jahr verloren.

Ähnlich drückt sich unser Finanzminister vor seiner Verantwortung. Glauben Sie wirklich, Herr Dr. Linsen – ich nehme an, Sie glauben es eigentlich nicht –, dass Sie sich angesichts der Unübersichtlichkeit der Krise Ihre Politik der Ausflüchte, Ihre Politik des Hätte, Könnte, Würde, erlauben können – Herr Papke hat eben ein beredtes Beispiel davon gegeben – und sich zu der Aussage flüchten: „Das wäre alles gut, wenn das andere nicht gekommen wäre“? Sie verweigern sich der Einsicht und wollen nicht wahrhaben, dass es auch etwas mit Ihrer ganz konkreten Politik zu tun hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will Ihnen die Zahlen nicht ersparen und Ihnen sowie den Zuhörerinnen und Zuhörern Ihre außerordentlich schlechte finanzpolitische Bilanz aus guten Zeiten – wohl gemerkt! – noch einmal deutlich machen.

Blicken wir zurück! Im Jahr 2005 zu Wahlkampfzeiten haben Sie die Verschuldung des Landes skandalisiert, wo es nur ging. Wie unredlich das war, zeigen die Fakten. Damals, also 2004, hatte die rot-grüne Landesregierung Einnahmen in Höhe von 33,9 Milliarden €. Um alles Notwendige zu finanzieren, mussten damals trotz eines schmerzhaften Sparpakets 6,8 Milliarden € Schulden gemacht werden.

Sie haben jetzt, im Jahre 2009, Einnahmen in Höhe von 42,1 Milliarden €. Das sind rund 25 % höhere Einnahmen, in absoluten Zahlen 8,2 Milliarden € mehr.

(Zuruf von Volkmar Klein [CDU])

Diese Zahl muss man sich doch mal klarmachen. Trotzdem, Herr Klein, machen Sie heute rund 3 Milliarden € neue Schulden. Unter dem Strich gibt diese Landesregierung 4,4 Milliarden € mehr aus, als sie in die Reduzierung der Neuverschuldung steckt. Das ist die Wahrheit.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

110 Milliarden Schulden haben Sie skandalisiert und plakatiert. Wir sehen die Plakate noch. Jetzt sind Sie nicht bei 100 Milliarden, sondern bei 117 Milliarden Schulden. Wahlversprechen Nummer eins: gebrochen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Aber viel schlimmer ist etwas anderes. Sie feiern die Vergangenheit. Noch bei der zweiten Lesung des Haushalts haben Sie vom guten Abschluss des Jahres 2008 geschwärmt. Aber dieser Abschluss ist Ihnen buchstäblich in den Schoß gefallen. Sie haben auch hier einfach nur noch mehr eingenommen und den Kommunen Milliarden vorenthalten.

Die Struktur Ihres Haushalts ist schlecht. Das Volumen für Investitionsausgaben liegt 2009 gerade einmal bei rund 300 Millionen € oder 6,5 % über dem Niveau des Jahres 2004. Im gleichen Zeitraum

sind aber die Steuereinnahmen des Landes um fast 25 % angestiegen. Die Investitionsquote liegt heute nur bei 9,3 % und soll bis 2011 auf 8,6 % fallen. Die Investitionsquote ist entscheidend. Das können Sie sich auch nicht schönreden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie investieren trotz überproportional höherer Steuereinnahmen wesentlich weniger als Rot-Grün.

Es ist geradezu ein Witz, wenn die Landesregierung behauptet, sie habe im Haushaltsentwurf 2009, der – das muss man sich noch einmal vor Augen führen – im Frühjahr 2008 aufgestellt wurde und im Juni 2008 durchs Kabinett gegangen ist, Vorsorge für die Rezession getroffen. Dabei hat der Ministerpräsident gleichzeitig erklärt, man würde kein Konjunkturprogramm brauchen. Diese Volte ist so auffällig, die kann man nicht durchgehen lassen.

Diese Landesregierung hat bisher jede eigene Anstrengung zur Bekämpfung der Rezession unterlassen. Der Ministerpräsident bezeichnet stattdessen das normale Tagesgeschäft als Kraftanstrengung. – Ich glaube, das muss man nicht weiter kommentieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber, meine Damen und Herren, es ist ja auch kein Wunder, dass Sie das alles nicht mehr geregelt bekommen. Denn seit Jahresbeginn erlebt das CDU/FDP-geführte Koalitionstheater in Düsseldorf eine neue Aufführung. Bisher stand die Inszenierung „Koalition der Kuschtiere“ auf dem Spielplan, bei der mit viel Pomp und Kulissenschieberei von den inhaltlichen Unterschieden abgelenkt wurde.

Nun sind die Gemeinsamkeiten aufgebraucht, die Gemeinheiten nehmen zu: Pinkwart gegen Sommer, Papke gegen Laumann, Lindner gegen Latsch und ausnahmsweise einmal andersherum: Wüst gegen Wolf beim jüngsten Beispiel, der Videoüberwachung.

(Minister Karl-Josef Laumann: Wo waren wir gegeneinander?)

Jetzt also inszenieren CDU und FDP ihre Differenzen als inhaltliche Auseinandersetzung und wollen mit unterschiedlichen Botschaften unterschiedliche Zielgruppen ansprechen. Also, meine Damen und Herren, vom Show-Kuscheln zum Show-Kampf.

Bleiben wir auf der Bühne. Hauptdarsteller Rüttgers versucht sich in wechselnden Rollen: zu Beginn seines Engagements in NRW als Neoliberaler mit „Privat vor Staat“, dann als Möchtegern-Arbeiterführer, als Bankenretter, als CDU-Rebell und jetzt als Unternehmenverstaatlicher, immer in Abstimmung mit Co-Regisseur Pinkwart.

Aber, trotz anderer Rollen auf der Bundesbühne: Unterm Strich und im Kern bleibt es immer dasselbe Stück. Die für die weltweite Finanzkrise hauptverantwortliche marktradikale Ideologie ist und bleibt

Leitlinie der Regierung Rüttgers, meine Damen und Herren!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Von einem tatsächlichen Politikwechsel ist nichts zu spüren.

Was das Fatale ist: Dadurch geht wertvolle Zeit für die Lösung drängender Zukunftsfragen verloren. Damit schaden Sie dem Land. Unser Land braucht Veränderungen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir müssen Veränderungen in die Wege leiten, wenn wir diese Krise wirklich meistern wollen.

Was ist zu tun? – Jetzt muss durchdacht, schnell und nachhaltig gegengesteuert werden.

Was könnte Frau Thoben tun? Sie könnte Gelder aus dem Ziel-2-Programm nehmen, um damit antirezessive Maßnahmen im Handwerk, in der Gebäudewirtschaft und anderen Bereichen zu fördern. Sie könnte ein Programm zur Umstellung der 500.000 teuren und unsinnigen Nachtspeicherheizungen in die Wege leiten. Sie müsste offensiv – wir haben es heute Morgen gehört – auf Kraft-Wärme-Kopplung setzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das wären Maßnahmen, meine Damen und Herren, die sofort umzusetzen sind und dauerhaft wirken.

Was könnte der Bauminister tun? – Er könnte die energetische Sanierung auch im freifinanzierten Mietwohnungsbau vorantreiben – anstatt das Wohnbauvermögen zu verscherbeln.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Er könnte verstärkt dafür sorgen, dass angesichts der demografischen Entwicklung die Wohnungen barrierefrei und alterssicher ausgebaut werden. Das wären Initiativen, die nicht nur sozial vernünftig, sondern die auch für die Arbeitsplätze im Bauhandwerk vernünftig wären, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was könnte der Umweltminister tun? – Er könnte ein Umweltwirtschaftsprogramm initiieren, um im Bereich der Rohstoff- und Materialeffizienz, der nachhaltigen Wasserwirtschaft, der Entsorgungs- und Abfallwirtschaft durch grundsätzliche, richtige Weichenstellungen zukünftige Arbeitsplätze zu schaffen. Gleichzeitig könnten die entscheidenden Schritte mit ambitionierten Umweltstandards für mehr Arbeitsplätze und mehr Leistung für die Umwelt unternommen werden.

Das wäre zukunftsfähig, meine Damen und Herren. Das wäre „Ärmel-Aufkrempeln“, Herr Rüttgers. Sie sollten handeln und nicht nur wandeln, Herr Ministerpräsident!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Zukunft beginnt jetzt. Die Standbeine einer gesunden Zukunft heißen: nachhaltiges Wirtschaften, Bildung auf hohem Niveau und soziale Gerechtigkeit als Bedingung sozialen Friedens und wirklicher Freiheit. Mit Ihrer Politikverweigerung sägen Sie an diesem Standbein und damit auch an der Chance für eine gute Zukunft für die Menschen in unserem Land.

Wenn der Ministerpräsident gleich – Herr Stahl hat es ein wenig angedeutet – die gemeinsamen Anstrengungen und die Notwendigkeit des Zusammenhalts beschwören und uns wissen lassen wird, dass wir das alles gemeinsam mit den Menschen meistern werden, fragen wir uns: Warum, Herr Ministerpräsident, schlagen Sie dann in schöner Regelmäßigkeit die Gesprächsangebote der Opposition aus – bei der WestLB, bei der Gestaltung des Schulsystems, bei der schnellen Umsetzung des Investitionspakets für die Kommunen?

(Horst Becker [GRÜNE]: So ist das!)

Aber, meine Damen und Herren, wir wollen ja nicht ungerecht sein. Immerhin ist es Ihnen jetzt endlich gelungen, Ihren Plan zu verkünden, wie die Kommunen die ihnen zustehenden Finanzmittel erhalten sollen. Jetzt machen Sie in dem Zukunftspakt das, was wir Grüne hier im Plenum schon vor einigen Wochen gefordert haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das genau machen Sie jetzt. Die Kommunen bekommen Pauschalen, Eigenanteile werden zunächst erlassen.

Warum Sie dann unsere Anträge, mit denen wir genau das Gleiche gefordert haben, abgelehnt haben, mögen Sie selbst erklären und verstehen. Jetzt bleibt Ihnen im Grunde nichts anderes übrig, als genau unseren Vorschlägen zu folgen. – Geschenkt, der Druck war einfach zu groß.

Wenigstens behindern Sie also nicht auch noch den kleinen sinnvollen Teil der ansonsten eher orientierungslosen Reaktion der Bundesregierung auf die Krise.

Warum Sie dann aber – und das verstehe ich bis heute nicht – unser Angebot, das jetzt auch in diesem Haushalt direkt zu verankern, ausgeschlagen haben, bleibt Ihr Geheimnis. Ich frage Sie allen Ernstes, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren: Wie sollen die Menschen verstehen, dass in Berlin, im Grunde über Nacht, in einer Woche Rettungspakete für Banken geschnürt und beschlossen werden und Sie hier auf ein Nachtragshaushaltsverfahren setzen, was Monate dauert, statt dafür zu sorgen, dass die Investitionen in den Kommunen direkt ankommen können?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

So annehmbar die Einigung von vor zwei Wochen ist, kann sie nicht darüber hinwegtäuschen, dass

diese Landesregierung in ihrer Regierungszeit die Kommunen geradezu ausgenommen hat. Dieses Programm ist offenbar der Versuch, davon abzulenken.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mindestens 1,3 Milliarden € haben Sie den Städten und Gemeinden jährlich weggenommen. Und mitnichten kann man mit dem Konjunkturpaket des Bundes unsere Kommunen aus ihren Haushaltsnöten herausbringen.

Haben Sie eigentlich einmal berechnet, welche Einnahmeausfälle unseren Städten und Gemeinden ins Haus stehen? Hat der immer und überall planvoll handelnde Innenminister das im Blick? – Ich fürchte nicht. Ich habe auch nicht gehört, Herr Dr. Rüttgers, dass Sie sich gegen diese absurden weitergehenden Steuersenkungen ausgesprochen haben, die unsere Kommunen unmittelbar in der Abschwungphase teuer zu stehen kommen werden und die unsere Kinder und Kindeskinde bezahlen müssen. Sie haben nicht versucht, das zu verhindern, sondern Sie haben das einfach durchgetragen.

Ich bleibe dabei, Herr Papke – ich finde interessant, dass Sie das angesprochen haben –: Wenn es nach der FDP gegangen wäre, wäre alles noch schlimmer gekommen: noch mehr Steuersenkungen mit der Gießkanne auf Kosten der Kommunen und auf Kosten der Zukunft.

Vor diesem Hintergrund hat Herr Trittin recht, und vor diesem Hintergrund möchte ich mich auch noch einmal ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen in Hamburg und Bremen bedanken, die verhindert haben, dass Sie weiterhin die öffentliche Hand von Mitteln auszehren, die die Städte und Kommunen dringend für ihre Aufgaben brauchen, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Guido Westerwelle hatte sich aufgeplustert. Damit wurde ihm als Nebeneffekt sozusagen die Luft herausgelassen.

Eines wüsste ich auch gerne: Stimmt NRW im Bundesrat jetzt zu?

(Gisela Walsken [SPD]: Eine interessante Frage!)

Haben Sie darüber schon eine Entscheidung? Oder verteilen Sie im Moment nur virtuell Geld an die Städte und Gemeinden und lassen sich vor Ort dafür beklatschen, dass die Kommunen jetzt Geld bekommen? Wie sieht das aus? Das wüssten wir gerne.

Bleiben wir bei den Städten und Gemeinden. Herr Dr. Linssen, wo war das Engagement der Landesregierung bei der Föderalismusreform II, die Belange der Kommunen einzubeziehen? Wir haben dafür plädiert, dass in die Altschuldenhilfe auch die Kom-

munen von Nordrhein-Westfalen einbezogen werden. Ich habe nicht gehört, dass Sie das unterstützt hätten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nein, meine Damen und Herren, diese Landesregierung handelt nicht planvoll. Kein Wunder bei diesem Regierungschef! Denn an der Spitze steht ein Ministerpräsident, der offenbar nur in einem Feld planvoll agiert: der Pflege seines Images zur Sicherung seiner Macht. Sie stehen für eine Politik der Beliebigkeit, eine Politik im Krebsgang. Aus Gründen der persönlichen Profilierung vermeidet es Jürgen Rüttgers tunlichst bei seinen öffentlichen Auftritten, über wohlklingende Bekenntnisse und energische Ankündigungen hinauszugehen. Herr Rüttgers, können wir uns Ihren fehlenden Mut und Ihre Orientierungslosigkeit in der derzeitigen Krise leisten? Die Rezession wartet nicht, Herr Ministerpräsident. Worauf warten Sie?

(Beifall von den GRÜNEN)

Und dann war da noch Ihr Deutschlandfonds. War es wirklich Ihr Deutschlandfonds? Das Konzept von McKinsey, der Begriff von der SPD – da blieb für Sie nur noch die Vermarktung. Sie haben sich offenbar bis heute nicht gefragt, aus welchen Gründen eine Unternehmensberatung Verstaatlichungen empfehlen könnte – ein Rat, den Unternehmen ablehnen und den Wirtschaftsexperten für Unfug halten. Was bleibt davon? Ein erweiterter Bürgerschaftsrahmen, um eine Kreditklemme zu verhindern – mehr nicht. Und einmal mit Sahra Wagenknecht im Fernsehen. Herr Ministerpräsident, es ist Ihnen auch da nicht wirklich gelungen zu erklären, warum Ihre Verstaatlichung eine bessere Verstaatlichung ist als die von Frau Wagenknecht. Darum haben Sie in der Sendung wohl auch die Contenance verloren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von der CDU)

Ich kann Ihnen den Unterschied erklären: Bei Frau Wagenknecht ist die Ursache ideologische Verirrung, bei Ihnen ist die Ursache ordnungspolitische Verwirrung. Gut, dass der Quatsch vom Tisch ist; da bin ich ganz bei Ihrem Kollegen Wulff aus Niedersachsen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ja, meine Damen und Herren, wir brauchen angesichts der Krise Zuversicht, wir brauchen Zusammenarbeit. Aber wir brauchen eben nicht nur schöne Worte, sondern Mut für Neues, Mut für Veränderungen. Ja, meine Damen und Herren, es hat sich herumgesprochen: Barack Obama weiß es, Ban Ki-moon hat es verkündet: Die Welt braucht einen „green new deal“, alle Welt setzt auf Investitionen in eine grüne Wirtschaft. Nur an dieser Regierung ist das offenbar vorbeigegangen.

Während alle Welt anfängt, über die ökologische Modernisierung der Wirtschaft zu sprechen, arbeiten wir Grüne seit jeher an Konzepten, um Deutschland mit grüner Wirtschaftsweise auf die Zukunft auszurichten. Wir brauchen hier keine falsche Bescheidenheit zu üben. Wir haben unsere Kompetenz auf diesem Gebiet längst bewiesen: 1,8 Millionen Arbeitsplätze in der Umweltwirtschaft sprechen für sich. Das sind 1,8 Millionen grüne Arbeitsplätze in Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN – Lachen bei Ministerin Christa Thoben und Minister Dr. Helmut Linsen)

– Ja, an diesen Zahlen kommen Sie nicht vorbei. Wir sind davon überzeugt – und es muss Sie doch nachdenklich machen –, dass sich die ganze Welt auf diesen Weg macht. Nur eine ökologische Modernisierung der Wirtschaft schafft Arbeitsplätze und bringt das Land auf Kurs in eine gesunde Zukunft für Menschen und Umwelt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Während wir in Deutschland zum Weltmarktführer bei der Produktion grüner Technologien aufgestiegen sind, befinden wir uns in NRW leider eindeutig auf dem absteigenden Ast. Und das hat mit Ihrer Politik zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Das Wettrennen um ressourcenschonende Technologien hat längst begonnen. Nur die Entscheidungsträgerinnen und -träger in Deutschland haben den Schuss nicht gehört und sind dabei, stehen zu bleiben, weil sich leider in Berlin auch die Große Koalition blockiert.

Wie wollen Sie Ihren Kindern und Enkelkindern erzählen, dass Sie den Vorsprung, den wir mit Blick auf unsere wirtschaftliche Zukunft hatten, leichtfertig verspielt haben? Es ist nicht nachzuvollziehen, dass wir einen Vorsprung, den wir haben, aufgeben wollen. Ihre Politik von heute – das sind die Arbeitslosen von morgen, meine Damen und Herren, wenn wir hier die Weichen nicht anders stellen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Erfolgreiche Marktwirtschaft gibt es nur mit grüner Marktwirtschaft, und die ist ökologisch und sozial. Nur so, nur durch diesen Weg, durch dieses Umsteuern sichern wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Branchen auf den grünen Märkten der Zukunft.

Meine Damen und Herren, Krisenlagen, die unsere Zukunft bedrohen, dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Jemandem, der Herzprobleme und hohe Schulden hat, würden Sie doch auch nicht raten, jetzt erst einmal die Herzprobleme zu vergessen und nur noch Überstunden zu machen, damit die Schulden abbezahlt sind. Nein, Sie würden ihm raten, die eigene Lebensführung zu überdenken.

Und Sie würden ihm raten, die eigene Zukunft nachhaltig zu planen, nicht auf den kurzfristigen Erfolg zu setzen, sondern zu bedenken, dass man nur einen Körper hat und deshalb pfleglich mit ihm umgehen muss.

Auch wir haben nur eine Umwelt und nur ein Klima auf dieser Erde. Und deswegen ist der Spruch auch nach wie vor richtig: Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt.

Die Finanzmarktkrise zeigt und macht offenkundig, dass wir das Verhältnis von Markt und gesellschaftlicher Verantwortung neu definieren müssen. Nur politische Ansätze, die alle anliegenden Probleme berücksichtigen, können zukunftsfähige Lösungen bringen. Flickwerke, wie die Große Koalition sie macht – auch beim Scheitern des Umweltgesetzbuches – machen die Konzeptlosigkeit und Richtungslosigkeit der Politik deutlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ihre ganze Konzeptionslosigkeit, Herr Ministerpräsident, wird auch offenkundig, wenn man sich das politische Personal Ihrer Regierung anguckt. Die Blitzkarriere von Minister Wittke kann von seiner schlechten Politik nicht ablenken.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ministerin Sommer braucht teures Coaching, um schlechte Politik zu verkaufen. Innenminister Wolf hat eine Dauerkarte beim Verfassungsgericht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dass er in einer Zeit der größten Datenschutzskandale, die wir in diesem Land haben, den Datenschutz verringert und Stellen abbaut, ist ein Skandal, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ihre Fehlentscheidungen bei der Besetzung des Kabinetts werden immer offenkundiger. An dieser Stelle haben Sie endlich einmal eine richtige Gemeinsamkeit mit Ihrer Kanzlerin. Anders als Jogi Löw haben Sie beide große Personalprobleme.

Nehmen wir Wirtschaftsministerin Thoben und Umweltminister Uhlenberg.

(Christian Weisbrich [CDU]: Prima Leute!)

Beide haben im Angesicht ihrer jeweiligen Aufgaben schlicht versagt.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Eine Wirtschaftsministerin, die als Maßnahme kurzfristiger Investitionen den Bau von Kraftwerken vorschlägt, hat die Herausforderungen der dritten industriellen Revolution schlicht und ergreifend nicht verstanden; anders kann ich es nicht sagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein Umweltminister, der wie Herr Uhlenberg immer wieder – zum Beispiel bei der Kontrolle des Trinkwassers auf Giftstoffe – versagt, müsste auch einmal gecoachert werden.

(Zuruf von der CDU: Das müssen Sie gerade sagen!)

Über die absurden atomaren Wolkenkuckucksheime, die Herr Pinkwart in NRW bauen will, haben wir heute Morgen ja schon gesprochen.

Herr Ministerpräsident, wahrscheinlich erhalten Sie Mengenrabatt, wenn Sie gleich das ganze Kabinett ins Trainingslager schicken. Nötig wäre es.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Minister Karl-Josef Laumann: Was gibt es denn über mich?)

– Seien Sie doch froh, dass Sie bisher noch nicht vorgekommen sind, Herr Laumann.

Meine Damen und Herren, was ist denn von einem Schirmherrn der Obdachlosenorganisation „Gemeinsam gegen Kälte“ zu halten, der im Haushalt die Gelder für die ohnehin rudimentäre Obdachlosenhilfe kürzen will? Herr Ministerpräsident, was ist davon zu halten, wenn Sie einen Schirm für Banken und Unternehmen fordern und die Obdachlosen im Regen stehen lassen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Hier sehen wir den echten Rüttgers, den Showpolitiker, der den Glanz der Schirmherrschaft will, aber nicht die Größe hat, zuzugeben, dass er hier einen Riesenfehler gemacht hat, und ihn in Gänze zu korrigieren. Herr Ministerpräsident, indem Sie sich nun nur einen Baustein herausgreifen und diesen Punkt von den Koalitionsfraktionen korrigieren lassen, machen Sie das Ganze nur noch schlimmer. Ich finde das skandalös.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

So etwas wäre Johannes Rau nicht passiert.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

Apropos Johannes Rau:

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Jetzt kommt die Nachdenklichkeit!)

Auch in Sachen Bildung war Johannes Rau 1995 bereits wesentlich weiter, als Sie es heute sind.

(Ralf Witzel [FDP]: Mit dem Lehrstellenabbau!)

Die Denkschrift „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“ hat schon damals den Weg aufgezeigt, wie wir die Schule der Zukunft gestalten müssen: leistungsstark, vielfältig und gerecht. Leider waren wir Grünen seinerzeit die Einzigen, die diese Vorschläge umsetzen wollten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und heute? Alle anderen Parteien haben sich bewegt, selbst die FDP. Verbände, Gewerkschaften, Kirchen, Unternehmen; alle denken über eine Veränderung des Schulsystems nach. Die Kommunen wollen gestalten und mehr Verantwortung übernehmen – hin zu längerem gemeinsamen Lernen.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben sich und Ihre Landes-CDU – ich nehme die Kommunen ausdrücklich aus – in der Schulpolitik aber völlig eingemauert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Damit Sie in Ihren Schützengräben nicht ganz alleine bleiben, haben Sie Ihrer Zukunftskommission einen Maulkorb verpasst. Eine Zukunftskommission, die sich zur Zukunft des Schulsystems nicht äußert? Das mag verstehen, wer will. Ich finde so etwas absurd, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Schulpolitik ist und bleibt Ihre Achillesferse. Da nutzt es auch nichts, wenn Sie und Ihre Ministerin jede Woche neue Zahlen in die Welt setzen. Von Ihrer Unterrichtsgarantie sind Sie weit entfernt. Und die versprochenen kleineren Klassen hat Frau Sommer beim letzten Plenum abgeräumt und auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Wahlversprechen Nummer zwei – kleinere Klassen –: gebrochen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Stattdessen leiden unsere Schulen unter undurchdachtem, stümperhaftem Reformmurks und beklagen einen Erlassterror sondergleichen. Das ist Ihre verheerende Bilanz im wichtigsten Gestaltungsressort der Landespolitik, Herr Ministerpräsident. Damit verspielen Sie die Zukunft von Kindern und Jugendlichen – und auch die Zukunft des Landes.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ralf Witzel [FDP]: Sie waren doch am Ende!)

Bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie bei der wichtigen Elementarpädagogik bleiben Sie ebenfalls weit hinter den Erfordernissen zurück. Sie rühmen sich Ihrer vermeintlichen Wohltaten beim Ausbau der Kinderbetreuung. Auch hier ignorieren Sie aber die Forderung der kommunalen Spitzenverbände. Diese fordern nämlich 18.000 neue Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren, und Sie schaffen nur 11.000.

(Widerspruch von der CDU)

Unsere entsprechenden Haushaltsanträge haben Sie abgelehnt.

Weiterhin wollen Sie die Betriebskostenzuschüsse des Bundes zur Finanzierung der Plätze für Kinder unter drei Jahren nicht an die Kommunen weiterleiten. Das ist ein offenkundiger und im Ländervergleich einzigartiger Fall von Betrug an den Kommu-

nen und den auf bessere Betreuungsplätze angewiesenen Familien, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ralf Witzel [FDP]: Unverschämt!)

Übrigens habe ich den Bundesfinanzminister um eine Stellungnahme zu diesem Vorgang gebeten.

Dabei versprechen Investitionen in Bildung volkswirtschaftlich die höchsten Renditen.

Wir Grünen stehen für eine Bildungspolitik, die Kinder und junge Erwachsene als Individuen in den Mittelpunkt stellt – im Übrigen nicht nur in der Bildungspolitik, sondern auch insgesamt in der Verantwortung für das gesunde Aufwachsen unserer Kinder. Politik für Kinder ist auch Kommunalpolitik. Politik für Kinder ist auch Umwelt- und Verkehrspolitik.

Meine Damen und Herren, die Arbeitslosenzahlen steigen. Damit bin ich bei Ihrem dritten Wahlversprechen, Herr Rüttgers. Sie haben 2005 die hohen Arbeitslosenzahlen gegeißelt. Als die Zahlen später dank rot-grüner Reformen und guter Konjunktur zurückgegangen sind, haben Sie so getan, als habe das mit Ihrer Landespolitik zu tun.

(Zuruf von der CDU)

Dass die Zahlen jetzt wieder steigen, schieben Sie aber allein auf die Wirtschafts- und Finanzkrise. So einfach geht es nicht, Herr Ministerpräsident. Dort, wo Sie Verantwortung tragen, handeln Sie wieder einmal nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dass Sie – und auch Sie, Herr Laumann – in dieser Situation an der Schließung der Arbeitslosenzentren festhalten, ist ein Skandal. Die Kommunen können den Ausfall der Förderung nicht auffangen, und die Menschen brauchen gerade in dieser Zeit dringend die unabhängige Beratung durch die Arbeitslosenzentren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Da eben von dem Bemühen in unserem Land um die Veränderung der Regelsätze für Kinder die Rede war, will ich noch einmal Folgendes deutlich machen: Wir haben durchgesetzt, dass eine Entschließung des Bundesrates gefasst wurde.

(Minister Armin Laschet: Wer ist „wir“?)

– Auch der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, aber insbesondere auch Frau Steffens haben das durchgesetzt.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie sind im Bundesrat doch gar nicht vertreten! Völliger Realitätsverlust!)

– Hören Sie gut zu, Herr Witzel. – Unsere Bundestagsfraktion hat genau diese Entschließung des Bundesrates im Deutschen Bundestag zur Abstimmung gestellt. Außer uns haben alle Fraktionen sie

abgelehnt – einschließlich der SPD und auch der CDU. Sie haben sich hier hervorgetan, aber Ihre Leute in Berlin haben Sie nicht dazu gebracht, das auch umzusetzen, meine Damen und Herren. So sieht es aus.

(Beifall von den GRÜNEN – Minister Karl-Josef Laumann: Wir haben viel erreicht!)

Wenn Sie sagen, Herr Stahl, Sie kennen keinen Besseren als Herrn Laumann, der das vorangebracht hat, antworte ich Ihnen: Ich kenne eine Bessere, nämlich Frau Steffens, die sich in dieser Sache sehr engagiert.

(Beifall von den GRÜNEN – Lachen und Zurufe von CDU und FDP – Ralf Witzel [FDP]: Karneval ist doch erst später! Das ist Kabarett!)

Ich hätte jetzt fast gesagt: Herr Laumann, das Schlimme ist, dass Sie sich auch noch darüber freuen, dass Frau Steffens und Sie an mancher Stelle zumindest ganz ordentlich und gut zusammenarbeiten – im Sinne der Sache. Das will ich ausdrücklich sagen, und insofern ist das auch nicht wirklich schlimm.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Ach so! Aha!)

Meine Damen und Herren, für uns Grüne ist klar: Wir brauchen noch dringender Anstrengungen für mehr soziale Gerechtigkeit. Wir brauchen den Mindestlohn und armutsfeste Sicherungssysteme, während die FDP die sozialen Sicherungssysteme abschaffen will.

(Ralf Witzel [FDP]: Grüne brauchen wir nicht mehr! – Gegenruf von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Was haben Sie denn für ein Staatsverständnis?)

Erst wenn wir dem Menschen die größtmögliche und gleichberechtigte soziale Chance zur gesellschaftlichen Wahrnehmung seiner Freiheit einräumen, wird diese mehr sein als ein leeres Wort und blanker Schein. – Lieber Herr Witzel, da hätten Sie besser mal zugehört – ich wundere mich, dass Sie nicht applaudieren –, das ist nämlich aus den Freiburger Thesen der Liberalen. Die Liberalen klatschen diesen zentralen Grundelementen nicht mehr zu, meine Damen und Herren. Das ist bezeichnend.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Maihofer beschreibt hier eine Liberalität, die wir Grüne uns längst zu Eigen gemacht haben.

(Lachen von Ralf Witzel und Dietmar Brockes [FDP])

Er wusste: Ohne soziale Gerechtigkeit gibt es keine Freiheit,

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Herr Witzel hat das doch gar nicht gelesen!)

denn die Freiheit der Ellenbogen ist die Unfreiheit der Schwachen. Lassen Sie es mich an dieser Stelle ganz deutlich sagen, meine Damen und Herren: Die Ursache für sämtliche Krisen – für die Wirtschafts- und Finanzkrise, den Hunger in den Ländern des Südens, den Klimawandel – ist der verirrte Glaube an Deregulierung und die Ideologie des Marktradikalismus.

(Beifall von GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wo finden wir das alles? – Im Programm der FDP.

(Ralf Witzel [FDP]: Hilfe! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Genau, Herr Witzel!)

– Ja, das sage ich in allem Ernst. Es ist nur schwer auszuhalten, dass Sie, Herr Papke, und Sie, Herr Pinkwart,

(Dietmar Brockes [FDP]: Ihre Rede ist schwer auszuhalten!)

das alles immer noch ohne einen Anschein von Nachdenken und Selbstzweifel von sich geben, als wäre nichts passiert, als hätten wir nicht in der Zwischenzeit diese Krisen. Begreifen Sie es endlich: Sie sind nicht die Lösung, sondern das Problem, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der schwarz-gelben Landesregierung fehlt es an grundlegenden gemeinsamen Überzeugungen, an klaren Zielen für die Zukunft und an durchdachten Konzepten, wie diese Ziele auch erreicht werden können. Schon vor der Finanzkrise war es die Überzeugung der Grünen: Zukunft ist jetzt! Diese Einsicht wird in der gegenwärtigen Krise umso dringlicher.

Herr Ministerpräsident, wer wie Sie auf Ihrem Neujahrsempfang verlangt, dass der Staat in einer Systemkrise alles tut, um das System zu erhalten, der hat, mit Verlaub, das Wort Systemkrise nicht hinreichend erfasst.

„Wir können Probleme nicht mit demselben Denken lösen, das sie verursacht hat“, sagte ein kluger Mann namens Albert Einstein. Machen wir uns auf den Weg zu neuem Denken; denn wir müssen die Zukunft jetzt gestalten.

(Beifall von den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Unterirdisch!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. – Für die Landesregierung spricht der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Herr Dr. Rüttgers.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Unsere heu-

tige Debatte findet in einer äußerst kritischen Zeit statt. Wir haben gute Jahre hinter uns. Nordrhein-Westfalen hat aufgeholt. Wir sind gut vorangekommen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Aber nichts daraus gemacht! – Michael Groschek [SPD]: Beim Schuldenmachen!)

Die Krise auf den Finanzmärkten erreicht aber jetzt auch Deutschland und uns in Nordrhein-Westfalen, sie erreicht die Realwirtschaft.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Es täusche sich niemand: Das ist erst der Anfang der Krise.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Ihrer Krise!)

Im Januar waren bei uns in Nordrhein-Westfalen 55.000 Menschen mehr arbeitslos als im Dezember. Allein im Januar sind bei uns in Nordrhein-Westfalen 1.680 Unternehmen und 45.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kurzarbeit gegangen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Und warum tut die Landesregierung nichts?)

Die Krise hat die Mitte der Gesellschaft erreicht.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Ihre Krise!)

Die Unternehmen ringen inzwischen um jeden Auftrag. Im Dezember lagen die Auftragseingänge unserer Industrie um 28 % niedriger als noch vor Jahresfrist. Das war der stärkste Rückgang seit 1991.

Immer mehr Unternehmen stecken im Überlebenskampf. Ich nenne an dieser Stelle etwa die Zulieferer Edscha, TMD oder Tedrive, die Aluminiumhütte Rheinberg in Neuss und die Modeeinzelhandelskette Adessa aus Würselen, die Anfang dieser Woche Insolvenz angemeldet hat.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Das ist ja eine Grabrede, die Sie halten!)

Auch die Bankenkrise ist längst nicht überwunden.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das wissen wir alles längst! Tun Sie was!)

Das zeigen der Fall Hypo Real Estate, der Einstieg des Staates bei der Commerzbank und auch der Rekordverlust der Deutschen Bank im vergangenen Jahr. Das Ringen um die Zukunft der Landesbanken geht weiter.

Meine Damen und Herren, erst vor wenigen Tagen hat der Internationale Währungsfonds seine Schätzung für die weltweiten Verluste der Banken von 1.400 Milliarden Dollar auf nunmehr 2.200 Milliarden Dollar drastisch erhöht.

All das, werte Kolleginnen und Kollegen, macht deutlich: Wir müssen jetzt zusammenstehen! Wir müssen alle Kräfte bündeln und gemeinsam gegen die Krise kämpfen!

(Beifall von CDU und FDP)

Bereits im vergangenen Sommer habe ich gesagt: Deutschland braucht ein Antirezessionsprogramm! – Heute können wir sagen: Politik hat gehandelt. Wir haben jetzt ein Gesamtkonzept, mit dem wir Deutschland durch die Krise steuern können.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Das glaubt doch keiner!)

Ich meine damit das Rettungspaket für die Banken, also den Finanzmarktstabilisierungsfonds.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Was nicht greift, wo nachgebessert werden muss!)

Ich meine die Maßnahmenpakete I und II zur Stabilisierung der Konjunktur.

Ich meine den Zukunftspakt für die Kommunen mit Investitionen in Bildung und in Infrastruktur.

Ich meine die Entlastung der Arbeitgeber beim Kurzarbeitergeld.

Ich meine nicht zuletzt die Ausweitung des Bürgschaftsrahmens sowohl im Deutschlandfonds wie auch hier bei uns in Nordrhein-Westfalen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich bin zuversichtlich, dass diese Maßnahmen in den nächsten Wochen und Monaten Wirkung zeigen werden. Nordrhein-Westfalen leistet einen großen, eigenen Beitrag. Nordrhein-Westfalen leistet mit 7,5 Milliarden € einen Beitrag, wie es ihn in seiner Geschichte noch nie gegeben hat, und zwar sowohl für die Ausweitung des Bürgschaftsrahmens wie für Investitionen etwa in die Sanierung der Hochschulen, zum Bau der neu gegründeten Fachhochschulen und zur Erweiterung bestehender Fachhochschulen, zum Beispiel für energetische Sanierung, zum Beispiel für Investitionen in unser Schulsystem und andere Bereiche wie den Straßenbau, den Hochwasserschutz und viele, viele andere Maßnahmen.

Ich weiß auch, werte Kolleginnen und Kollegen, dass wir die Krise damit nicht verhindern können.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Mogelpackung!)

Aber wir können sie abfedern. Es ist wichtig, dass die Menschen im Land wissen: Wir sind bereit, alle Anstrengungen zu unternehmen, um als Land aus der Krise gestärkt hervorzugehen.

(Beifall von CDU und FDP)

In den vergangenen Tagen und Wochen, werte Kolleginnen und Kollegen, habe ich mich gemeinsam mit Wirtschaftsministerin Thoben wieder und wieder mit Unternehmern und Gewerkschaftlern getroffen: im Branchendialog Nordrhein-Westfalen sowie in zahlreichen Industriedialogen, zum Beispiel mit der Automobilindustrie, der chemischen Industrie und dem Maschinenbau. Es ist gut zu wissen: Die Sozialpartnerschaft in Nordrhein-Westfalen funktioniert.

(Beifall von CDU und FDP)

Das hat die gemeinsame Erklärung von Arbeitgebern und Gewerkschaften in Industrie, Handwerk und Handel zusammen mit der Landesregierung im Branchendialog gezeigt.

Lässt man den Eindruck dieser Gespräche auf sich wirken, ist die Feststellung klar: Die Situation fällt je nach Branche sehr, sehr unterschiedlich aus. Es ist nicht wahr, dass in allen Branchen die gleiche Krisensituation wie in anderen herrscht. Es gibt Branchen, denen es immer noch sehr, sehr gut geht. Es gibt Branchen, die noch Aufträge nicht nur für Wochen, sondern für Monate, ja sogar für Jahre haben. Es gibt andere Branchen, in denen der Auftragsbestand in einem Maße einbricht, wie wir es bisher noch nicht erlebt haben.

Keiner weiß, meine Damen und Herren, wie lange die Krise dauert.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das stand alles schon in der Zeitung!)

Keiner weiß, wie lange die Firmen aushalten. Aber eins ist auch in dem Zusammenhang wichtig: Alle wollen den Kampf aufnehmen und sagen uns: Wir schaffen es in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Rainer Schmelzer [SPD])

Ich glaube, wir sind uns einig: Diese Krise ist im Kern eine Krise des Vertrauens. Wir alle stehen gemeinsam in der Verantwortung, für neues Vertrauen einzutreten und mit diesem neuen Vertrauen den Glauben in eine positive wirtschaftliche Entwicklung anzuschieben.

Werte Kolleginnen und Kollegen, große Sorgen macht mir, wie es jetzt in der Automobilindustrie weitergeht. Dieses Thema steht auf der Tagesordnung, wenn ich in der kommenden Woche in die Vereinigten Staaten von Amerika reise.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Am 18. Februar werde ich in Detroit sein. Dort treffe den CEO von General Motors, Rick Wagoner, und den Finanzchef von Ford, Louis Booth. Ich will mir dort ein persönliches Bild von der Lage machen. Wir werden über die US-Hilfen für die amerikanische Automobilindustrie sprechen. Die Entscheidungen stehen in der kommenden Woche in Amerika auf der Tagesordnung. Wir werden natürlich – das ist das eigentliche Ziel – über die Zukunft von Opel hier bei uns in Deutschland sprechen.

Wie Sie wissen, befindet sich die Adam Opel AG mit der Bundesregierung und den Bundesländern, in denen Opel Industriestandorte hat, schon seit Ende 2008 in intensiven Gesprächen. Die Landesregierung steht zum Standort Bochum und ist bereit, sich zur Sicherung des Bochumer Werks an einer bundesdeutschen Hilfe für die Adam Opel AG angeschlossen und nachhaltig zu beteiligen.

Voraussetzung ist, dass die Hilfe nicht in die USA fließt. Voraussetzung ist auch, dass der Standort Bochum erhalten bleibt.

(Beifall von CDU, SPD und FDP)

Die Sicherung von Arbeitsplätzen und Unternehmensstandorten hat für die Landesregierung oberste Priorität. Dem dient auch, wer te Kolleginnen und Kollegen, das kommunale Investitionsprogramm. Wir haben uns bereits am 30. Januar, also nur drei Tage nach den Beschlüssen des Bundeskabinetts und parallel zur ersten Lesung im Bundestag, zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden auf die Einzelheiten des Umsetzungsprozesses für Nordrhein-Westfalen geeinigt. Auch hier hat die soziale Partnerschaft funktioniert, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Dazu gehören folgende Punkte:

Erstens. Nordrhein-Westfalen hat die höchste Kommunalquote im Bundesgebiet.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

2,844 Milliarden € an zusätzlichen Investitionsmitteln stehen zur Verfügung, 84 % werden an die Kommunen weitergereicht, 464 Millionen € werden, weil das rechtlich nicht anders lösbar war, für die Hochschulen zur Verfügung gestellt.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das ist eine Abgabenquote!)

Zweitens. Alle Kommunen können sich beteiligen, wie ich dies angekündigt habe. Gerade die finanzschwachen Kommunen profitieren besonders von dem gefundenen Schlüssel.

(Beifall von CDU und FDP)

Drittens. Die Kommunen entscheiden vor Ort. Auf Drängen Nordrhein-Westfalens wurde ein Verfahren zur pauschalierten Verteilung der Mittel ermöglicht.

Viertens. Wir setzen Investitionsschwerpunkte bei Bildung und Infrastruktur.

Fünftens. Wir sorgen für Transparenz durch die Einrichtung des Sondervermögens mit der Folge, dass für den kommunalen Anteil die Kommunen weniger als 2 % pro Jahr für Zins und Tilgung ab dem Jahr 2012 aufbringen müssen.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Meine Damen und Herren, diese Investition ist gut, sie ist richtig und sie ist vor allen Dingen konjunkturpolitisch wichtig. Aber genauso wichtig ist, dass es am vergangenen Donnerstag gelungen ist, zwischen Bund und Ländern in der Föderalismuskommission eine grundsätzliche Einigung über eine gesamtstaatliche Schuldenbremse zu erzielen. Ich halte das angesichts der hohen Schulden, die wir vor dem Hintergrund dieser Weltwirtschaftskrise machen müssen, für ein wichtiges Signal.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, dass die Schulden, die jetzt zur Bekämpfung der Krise gemacht werden, auch noch in dieser und von dieser Generation zurückgezahlt werden, dass wir unseren Kindern und Kindeskindern keine zusätzlichen Lasten aufbürden.

(Beifall von CDU und FDP)

Morgen wird die Föderalismuskommission erneut zusammentreten und die konkreten Gesetzestexte beraten. Ich hoffe sehr, dass dies genauso erfolgreich ist wie die grundsätzliche Einigung am vergangenen Donnerstag. Ich will heute keinen Zweifel daran lassen, meine Damen und Herren: Sollte es keine Einigung geben, wollen wir eine Schuldenbremse notfalls auch alleine in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wer in der Bevölkerung um Vertrauen wirbt, der muss nicht nur dafür sorgen, dass das, was geschieht, auch verstanden wird. Er muss auch dafür sorgen, dass das Vertrauen in die Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung und der Politik und zwischen den gesellschaftlichen Gruppen im Land funktioniert.

Seit einigen Tagen lesen die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land und auch wir in den Zeitungen, dass es zwischen Politikern und Sparkassen dubiose Beraterverträge gegeben hat. Ich erwähne dies an dieser Stelle, weil solche Vorgänge nicht hinnehmbar sind. So etwas darf nicht passieren.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, es darf auch vor allen Dingen nicht bei öffentlichen Unternehmen oder bei den Sparkassen passieren. Deshalb begrüße ich, dass dieses Thema auch hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen auf der politischen Tagesordnung steht. Wir müssen uns jetzt fragen: Reichen die Vorschriften, um Derartiges in Zukunft zu verhindern, und wenn nicht, was muss dann geändert werden? – Ich glaube, werte Kolleginnen und Kollegen, wir alle sind gefordert, hier für ein Maximum an Transparenz zu sorgen. Die Öffentlichkeit hat gerade bei öffentlichen Unternehmen wie den Sparkassen einen Anspruch auf umfassende Informationen. Das betrifft zum einen Beraterverträge zwischen öffentlichen Unternehmen und Kommunalpolitikern. Dazu haben die Fraktionen von CDU und FDP einen, wie ich finde, guten Antrag vorgelegt. Darin wird zum Beispiel angeregt, dass sich die Sparkassen und ihre Verbände auf verbindliche, öffentlich-rechtliche Grundsätze, vergleichbar dem Corporate Governance Kodex, verpflichten.

Zweitens. Der Antrag empfiehlt, dass sich die nordrhein-westfälischen Sparkassen darauf festlegen, Beraterverträge mit ehemaligen Vorstands- und Verwaltungsratsmitgliedern für einen bestimmten Zeitraum nach Ausscheiden zu unterlassen. Ich

begrüße es, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag vorgelegt hat, der in eine ähnliche Richtung zielt. Ich finde es gut, wenn wir zu gemeinsamen Lösungen kommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Drittens. Wir brauchen in öffentlichen Unternehmen mehr Transparenz bei der Vorstandsvergütung.

(Zustimmung von der CDU)

Gerade in öffentlichen Unternehmen spricht nichts gegen eine individualisierte Ausweisung der Vorstandsbezüge.

(Beifall von CDU und FDP)

Für die Sparkassen haben wir dies bereits mit dem neuen Sparkassengesetz geregelt. Jetzt müssen die anderen öffentlichen Unternehmen folgen.

(Zuruf von der SPD: Auch die Landesunternehmen?)

Auch hierzu liegt ein guter Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vor. Hier geht es erstens um die Ergänzung der Landeshaushaltsordnung, um eine Regelung, nach der das Land bei landeseigenen Unternehmen auf entsprechende Transparenz hinwirkt. Zweitens geht es um eine Ergänzung der Gemeindeordnung, und zwar um eine Regelung, wonach die Kommunen das Gleiche bei den kommunalen Unternehmen machen. Drittens stehen auch die Bonuszahlungen derjenigen Banken im Fokus, die sich in einer massiven Schieflage befinden und auf staatliche Hilfen angewiesen sind. Ich habe kein Verständnis dafür, werte Kolleginnen und Kollegen, wenn solche Institute trotz Krise und trotz Staatshilfen weiter Boni an ihre Mitarbeiter ausschütten.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb ist es gut und richtig, dass die HSH Nordbank jetzt beschlossen hat, auf die Auszahlung von Boni für das Jahr 2008 zu verzichten. Ich erwarte von der WestLB, dass sie eine ähnliche Regelung trifft.

(Beifall von CDU und Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Meine Damen und Herren, bei all diesen Regelungen muss klar sein: Es geht nicht nur um schärfere Gesetze. Hier ist jeder gefordert. Hier muss sich jeder, der Verantwortung trägt, fragen: Ist das, was ich hier tue, nicht nur legal, ist es auch legitim?

(Ewald Groth [GRÜNE]: Auch der Ministerpräsident!)

Und ist das vereinbar mit meiner öffentlichen Funktion?

(Horst Becker [GRÜNE]: Und?)

Auch hier gilt der alte Satz: Nicht alles, was nicht verboten ist, ist auch erlaubt. – Die Bürgerinnen und

Bürger haben recht, wenn sie hohe Maßstäbe in diesem Bereich anlegen.

(Beifall von CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich habe Ihnen aus den Gesprächen mit den Unternehmen berichtet, dass niemand weiß, wie lange die Krise dauert. Aber eines ist bei allen Sorgen wichtig zu wissen: dass wir in Nordrhein-Westfalen gut vorbereitet sind.

(Gisela Walsken [SPD]: Was?)

In den letzten Jahren haben sich die Unternehmen in unserem Land gleichsam neu erfunden.

(Horst Becker [GRÜNE]: Wahrscheinlich wegen Ihnen!)

Zusammen, in einer gemeinsamen Leistung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Managern und Unternehmern, Gewerkschaften und Betriebsräten, ist es gelungen, unsere Wirtschaft gut aufzustellen für die internationalen Märkte.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist keine Leistung der Regierung Rüttgers!)

Es gibt keinen Grund, jetzt in Furcht zu erstarren. Wir haben Kraft getankt in den letzten Jahren des Aufschwungs. Auch 2008 war ein gutes Jahr. Es sind neue Arbeitsplätze, und zwar gute Arbeitsplätze, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, bei uns entstanden, rund 352.000 seit Mai 2005. 2008 gab es im Jahresdurchschnitt 8,7 Millionen Erwerbstätige in Nordrhein-Westfalen, insgesamt 290.000 mehr als im Jahr 2005. Das ist übrigens, liebe Kolleginnen und Kollegen, nach den mir vorliegenden vorläufigen Berechnungen ein neuer Rekordstand.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben die Nettoneuverschuldung abgebaut. Wir haben eben schon gehört, dass wir einen schuldenfreien Haushalt 2008 gehabt hätten, wenn man die Vorsorgemaßnahmen außer Acht lassen würde.

Wir investieren gleichzeitig – ich glaube, das ist das Geheimnis der richtigen und guten Politik – in Zukunftsbereiche.

2009 wird es 269.300 Ganztagschulplätze geben. Es gibt 6.915 zusätzliche neue Lehrerstellen.

(Zuruf von der SPD: So ein Quatsch!)

Es gibt U3-Betreuungsplätze von dann 55.600.

Wir haben 16 neue große Forschungsinstitute in Aachen, Bielefeld, Bonn, Bochum, Duisburg, Düsseldorf, Dortmund, Jülich, Köln, Marl und Paderborn geschaffen. Wir haben drei neue Fachhochschulen gegründet, und acht werden erweitert. Die Zahl der Patentanmeldungen stieg von 2006 bis 2008 um 14 %.

(Zustimmung von der CDU)

Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist auch ein überaus hoffnungsvolles Signal, dass der große chinesische Baumaschinenhersteller Sany entschieden hat, bei uns in Nordrhein-Westfalen zu investieren und ein Werk mit einer Investition von 100 Millionen € hier bei uns in Nordrhein-Westfalen zu errichten. Das schafft 600 neue Arbeitsplätze in einem Werk, in dem Baumaschinen hergestellt werden, in dem eine Forschungseinrichtung gebaut wird. Das ist die bislang größte Investition eines chinesischen Unternehmens in Europa, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich finde, auch dieses Signal zeigt: Nordrhein-Westfalen ist stark. Es gibt keinen Grund für Furcht und Angst. Es gibt auch keinen Grund für übertriebene Schwarzmalerei. Wir schaffen das!

(Beifall von CDU und FDP)

Das setzt voraus, dass wir in dieser Krise zusammenstehen, dass wir die Ärmel aufkrempeln und anpacken.

(Dr. Karsten Rudolph [SPD]: Jetzt mal zum Haushalt!)

Wir können die Krise gemeinsam meistern.

Es geht jetzt darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu verhindern, dass massenhaft Männer und Frauen ihre Arbeit verlieren. Wir stehen jetzt vor der Wahl: Wollen wir Arbeitslose finanzieren oder Arbeit? Ich sage Arbeit, denn Arbeit gibt Sicherheit.

(Beifall von CDU und FDP)

Es geht darum, zu verhindern, dass reihenweise Unternehmen wegbrechen. Unsere Unternehmer geben den Menschen nicht nur Lohn und Brot, sie sorgen mit ihren Produkten und Innovationen nicht nur, aber auch für materiellen Wohlstand.

Viele Unternehmer engagieren sich heute stark sozial oder kulturell. Ich weiß, dass viele Unternehmer in diesen Tagen schlaflose Nächte haben, weil sie nicht wissen, ob die Aufträge reichen, und weil sie fürchten, ihren Mitarbeitern sagen zu müssen: Ich kann dich nicht mehr bezahlen. – Ich sage: Wir brauchen jeden einzelnen Unternehmer in unserem Land, wenn wir die Einheit unserer Gesellschaft bewahren wollen.

(Beifall von CDU und FDP)

Und es geht nicht zuletzt darum, dass wir das technologische Können sichern, dem wir maßgeblich unseren Wohlstand verdanken. Unser Land verfügt Gott sei Dank über ausgezeichnete Wissenschaftler, über Forscher und Entwickler von Weltruf, über Fachleute, die gern bei uns leben, arbeiten und unser Land voranbringen wollen. Wir brauchen sie; wir brauchen ihre Talente – gerade in der Krise.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesen Tagen musste ich häufig an Karl Schiller, den Wirtschafts-

minister der Großen Koalition von 1966 bis 1969, und an seine konzertierte Aktion von Politik, Arbeitgebern und Gewerkschaften zur Überwindung der damaligen Wirtschaftskrise denken.

(Zuruf von Dr. Karsten Rudolph [SPD])

Karl Schiller hat sich damals in eine Linie mit Ludwig Erhard gestellt, der bereits am 29. August 1948 sagte:

Ich habe nie einen Zweifel darüber gelassen, dass jedes Einzelinteresse seine Rechtfertigung nur dadurch finden kann, dass, es geeignet ist, auch dem Interesse des Ganzen zu dienen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin überzeugt: Ludwig Erhard und Karl Schiller sind auch heute gute Ratgeber.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Herr Glos nicht! – Heiterkeit von der SPD)

Wenn wir zusammenstehen und gemeinsam zum Wohl unseres Landes arbeiten, können wir Brücken durch die Krise bauen. Es geht jetzt darum, bei den Menschen im Land neues Vertrauen zu schaffen: neues Vertrauen in unsere Stärke, neues Vertrauen in unsere Fähigkeiten und neues Vertrauen in eine positive wirtschaftliche Entwicklung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jeder von uns hat Träume und Hoffnungen, aber auch Sorgen und Ängste. Ich sage jedem Mann, jeder Frau und jedem jungen Menschen in unserem Land: Wir tun alles in unserer Macht Stehende, damit deine Träume und Hoffnungen wahr werden.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD: Oh! – Gisela Walsken [SPD]: Mein Gott! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Es ist jetzt nicht die Stunde von Parteipolitik.

(Gisela Walsken [SPD]: Peinlich! – Weitere Zurufe)

Es ist jetzt Zeit für gemeinsames Handeln. Zusammen sind wir stark und zusammen können wir es schaffen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall von CDU und FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident! – Für die SPD-Fraktion erhält jetzt die Fraktionsvorsitzende, Frau Kraft, das Wort.

(Ralf Witzel [FDP]: Zweiter Versuch!)

Hannelore Kraft (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, zunächst einmal vorweg, weil das in diesen Tagen wichtig ist: Ich sichere Ihnen hiermit ausdrücklich die Unterstützung der SPD in dem Punkt zu, den Sie zu Opel geschildert

haben. Es ist richtig und gut, dass das Land Nordrhein-Westfalen initiativ wird.

(Beifall von der SPD – Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Herr Ministerpräsident, da können Sie ruhig lächeln!)

Wir freuen uns darüber – das sage ich auch deutlich –, dass die Abwrackprämie, die sich sowohl bei CDU und CSU als auch bei der FDP zu Beginn nur geringer Beliebtheit erfreut hat und die wir durchgesetzt haben, insbesondere bei Opel besonders wirkt, weil die Kleinwagen gefragt sind und das jetzt schon positive Auswirkungen auf den Bochumer Opel-Standort hat. Darüber freuen wir uns an dieser Stelle.

(Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich sage auch ausdrücklich: Ja, das Konjunkturpaket II ist hier in Nordrhein-Westfalen im Sinne der Kommunen gut umgesetzt. Das ist richtig.

(Helmut Stahl [CDU]: Sondersitzung! – Gegenruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Bei dieser Gelegenheit ist aber auch daran zu erinnern – das darf man, weil Sie versuchen, Geschichtsklitterung zu betreiben –: Die Forderungen, dass 50 % für die Kommunen reichten, kamen aus den Reihen von CDU und CSU – nicht aus den Reihen der SPD. Sie haben da noch Ihre eigenen Leute überzeugen müssen. Daran muss man ab und zu erinnern.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

Eines macht mir nach der Diskussion, die ich heute hier verfolgen durfte, noch Sorgen. Wenn das Konjunkturpaket so gut ist – darüber sind wir uns einig –, und wenn es auch für die Kommunen gut ist, frage ich mich, warum Sie nicht endlich Ihren Koalitionspartner in die Pflicht nehmen, damit er dem im Bundesrat zustimmt. Das, was da gerade passiert, ist das Gefährlichste; das kann das Ganze in eine andere Richtung bringen.

(Beifall von der SPD – Kopfschütteln von Dietmar Brockes [FDP])

Denn diese Politik, Herr Kollege Papke, die Sie aufzeigen und bei der Sie vollmundig ankündigen, die Schulden auf null reduzieren

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Und die Steuern senken!)

und gleichzeitig die Einnahmen abzusenken zu wollen, und bei der Sie den Staat auf lange Sicht zurückdrängen wollen, wird die SPD nicht mitmachen – weder hier noch im Bund. Das ist der falsche Weg für unser Land.

(Beifall von der SPD – Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Das funktioniert nicht!)

Herr Kollege Papke, Sie zitieren zum x-ten Mal irgendwelche Sätze aus den Reden der Kollegin Schäfer. Dieses Mal stammten sie aus März 2004.

(Ralf Witzel [FDP]: Ja!)

Wenn Sie das schon machen, sehen Sie sich doch einmal Ihre eigenen Reden an.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja, und die Anträge! Das ist ein Quell der Freude!)

Sehen Sie sich an, was Sie den Menschen für den Fall versprochen haben, dass Sie die Wahl gewinnen. Was ist davon übrig geblieben?

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Jetzt wird er ganz klein!)

Sie haben den Menschen versprochen, Sie würden ein Unterrichtssicherungsgesetz auf den Weg bringen. Die Wahrheit ist: Sie haben gar nichts geschafft: weder ein Gesetz noch eine Garantie noch eine ordentliche Befragung oder eine Feststellung der Unterrichtsausfallzeiten. Nichts haben Sie auf diesem Feld auf den Weg gebracht.

(Beifall von der SPD)

Damit sind wir beim Schwerpunkt Bildung. Ich bleibe dabei: Er besteht in Überschriften, in Stellen, die Sie schaffen. – Mit Verlaub: Einige von Ihnen kennen immer noch nicht den Unterschied zwischen Stellen, die man schafft, und Menschen, die vor Ort auf diesen Stellen arbeiten. Bei Ihnen gibt es einen Unterschied. Deshalb ist das Haushaltsvolumen auch nicht in dieser Weise angewachsen. In der Dortmunder Befragung kann man sehr gut nachlesen, wie sich das auswirkt.

Aber wenn Sie sich heute schon selbst bejubeln, Herr Kollege Stahl, stellen Sie das doch einmal in den richtigen Rahmen. Heute liest man zum Ganztagsprogramm über die Schulministerin in der Presse: 100-Millionen-Programm wird abgefeiert.

Die Stadt Köln, Herr Ministerpräsident, investiert in den gebundenen Ganztags an 16 Schulen und in die pädagogische Übermittagsbetreuung insgesamt alleine 180 Millionen €. Das ist die Relation, die man dabei sehen muss. Wenn es in diesem Land vorangeht, dann auch deshalb, weil die Kommunen das Thema erkannt haben und der Bund in diesen Fällen mit vielen Mitteln hilft.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Immer schön mit den Füßen auf dem Teppich bleiben!

Herr Ministerpräsident, interessant ist immer, was Sie nicht sagen und wozu Sie nicht Stellung beziehen. Sie stellen uns in großer Breite den Antrag zur Transparenz in öffentlichen Unternehmen vor, den wir morgen noch gemeinsam diskutieren werden. Er ist richtig. Ich bin weit davon entfernt, eine einseitige Schuldzuweisung an die CDU zu machen. Ich glaube, wir alle müssen über die Parteigrenzen hinweg

aufpassen, dass solche Dinge, wie Sie jetzt in Köln wieder offenkundig werden, nicht passieren.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Aufpassen schon!)

Aber Sie haben nichts zu dem gesagt, was in unserem Antrag steht und was ich heute in meiner Rede vorgetragen habe. Wie stehen Sie denn zu Managergehältern?

(Beifall von der SPD)

Wie stehen Sie zur steuerlichen Absetzbarkeit und ihrer Einschränkung? Wie stehen Sie zu all den weiteren Punkten, die ich heute Morgen genannt habe?

(Zuruf von Sören Link [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

Dazu haben Sie nichts gesagt, Herr Ministerpräsident. Das ist schon interessant.

(Beifall von der SPD)

Sie haben auch nichts zu den Obdachlosen gesagt.

(Markus Töns [SPD]: Das ist ihm peinlich!)

Sie haben heute Ihre letzte Chance vertan.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Sie hätten an der Stelle umkehren müssen.

(Beifall von der SPD)

Den Menschen draußen, den Menschen auf den Tribünen, den Bürgerinnen und Bürgern des Landes ist nicht begreiflich zu machen, wie man Hunderte von Milliarden € zur Stützung von Banken und der Realwirtschaft einsetzen, aber 1,1 Millionen € bei den Obdachlosen streichen kann, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Minister Armin Laschet: Das ist doch nicht so!)

Wir teilen die Analyse, dass es sich um eine Krise des Vertrauens handelt. Es geht um die Frage, wie wir in eine gute Zukunft kommen. Ich freue mich darüber, dass Sie sagen: Wir wollen alle gemeinsam zum Wohle unseres Landes anpacken. – Wir haben Ihnen die Hand dazu gereicht, wenn Sie es ehrlich meinen, wenn Sie unsere Ideen auch wirklich einmal aufnehmen und sie nicht dauernd abschmettern, wie wieder in den Haushaltsberatungen erlebt.

Neues Vertrauen in die Stärke unseres Landes müssen Sie uns nicht geben. Wir haben 39 Jahre lang regiert. Wir wissen, was in diesem Land steckt. Wichtig ist, dass wir es herausholen und die richtigen Wege für eine gute Zukunft aufzeigen. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Kraft. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Klein das Wort.

Volkmar Klein (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich fand es ein bisschen überraschend, die doch ziemlich an den Haaren herbeigezogene Behauptung zu hören,

(Sören Link [SPD]: Das ist ein Wort, das Sie nicht verwenden sollten!)

die Landesregierung, die Koalition, hätte die vergangenen drei guten Jahre für unser Land nicht genutzt, um jetzt auf einem festen Boden zu stehen, auf dem wir handeln können. – Sie wissen doch ganz genau, dass diese Zeit sehr erfolgreich genutzt worden ist.

(Beifall von der CDU)

Sie wissen doch noch sehr genau, dass in den Jahren 2003 bis 2005 stabil jedes Jahr 6,6 bis 6,7 Milliarden € Schulden hinzugekommen sind. Diese galoppierende Neuverschuldung konnte im letzten Jahr sehr wohl faktisch auf null reduziert werden. Wir wären nicht handlungsfähig, wenn dieser Kraftakt nicht gelungen wäre.

Sie können natürlich beklagen, dass nicht noch größere Konsolidierungserfolge eingefahren worden sind. Das ist in der Retrospektive ganz interessant, denn in den vergangenen drei Jahren haben Sie doch bei jeder uns auch nicht leicht fallenden Entscheidung dagegegehalten und überall gegen Kürzungen und Einschnitte opponiert.

Das ist in Ordnung und die Aufgabe der Opposition. Uns jetzt aber vorzuwerfen, dass nicht noch größere Konsolidierungserfolge eingefahren worden sind, ist ziemlicher Unfug.

(Beifall von der CDU)

Ich will das – auch wenn wir das natürlich in den Ausschusssitzungen intensiv beraten haben; vielleicht ist das nicht überall so deutlich angekommen – noch einmal untermauern, weil es eben Fragezeichen in den Gesichtern gab: Wenn gerade für die Risiken bei der WestLB keine Vorsorge nötig gewesen wäre, hätten wir im Jahr 2008 eine Nettoneuverschuldung von null gehabt. Dann hätten wir überhaupt keine neuen Schulden mehr aufgenommen.

Die Verantwortung dafür, dass für die WestLB eine Risikovorsorge betrieben werden musste, sollten wir alle gemeinsam übernehmen. Das gilt vor allem deshalb, weil diese Risiken in Zeiten entstanden sind, als der heutige Finanzminister nun wirklich nichts damit zu tun hatte. Ich will auch gar nicht den früheren Finanzministern die Schuld in die Schuhe schieben, die sich auf die Ratingagenturen usw. verlassen haben. Aber ich will zumindest betonen, dass das in deren Zeit passiert ist, nicht in der Zeit des heutigen Finanzministers.

(Beifall von der CDU)

Ich will darüber hinaus Folgendes unterstreichen: Als Frau Kraft mit ihrer Rede anfang, habe ich erwartet, dass sie zu dem Schluss kommen würde, die SPD-Fraktion werde diesem Haushaltsplanentwurf doch, wenn auch mit großen Bedenken, zustimmen. Sie hat nämlich so überzeugend untermauert, dass es richtig ist, den Schwerpunkt Bildung zu setzen, dass ich allen Ernstes angenommen habe, das muss ein Lob für diesen Haushalt sein, und der muss jetzt die Zustimmung der SPD-Fraktion finden!

(Beifall von der CDU)

Ich glaube, ich kann mir jetzt die Details sparen. Herr Kollege Papke hat das eben sehr deutlich gemacht. Es sind nicht Stellen, sondern es sind Menschen: Es sind Lehrer, die unsere Kinder unterrichten und die dafür gesorgt haben, dass der Unterrichtsausfall bei uns deutlich reduziert worden ist. Das ist richtig so. Es ist auch richtig, solche Entscheidungen für mehr Geld für mehr Bildung in Zeiten zu treffen, in denen insgesamt weniger Geld zur Verfügung steht.

Wenn ich sehe – ich rede jetzt nicht über die Vergangenheit –, wie die Opposition offensichtlich mit Geld umgeht, dann erinnert mich das allerdings an die Vergangenheit. Damit man noch ein bisschen mehr Geld ausgeben kann, haben Sie doch im Rahmen unserer Haushaltsberatungen beantragt, einfach mal so, aktuell für den Haushaltsplan 2009, den zugrunde gelegten Betrag der Steuereinnahmen zu erhöhen. Das ist ein Ausweis völlig fehlender Wahrnehmung der Realität.

(Beifall von der CDU)

Sie können doch nicht allen Ernstes noch so begründete Ausgabewünsche einfach mal so finanzieren wollen, indem Sie schnell die Steuereinnahmen nach oben setzen, wo wir doch alle wissen, es wird das Gegenteil zu erwarten sein! Genauso wenig können Sie seriös sagen: Wir wollen auch noch Grundstücke des Landes verkaufen und die Einnahmen für diese Zwecke ausgeben. – Das alles ist doch unseriös!

Leider, meine Damen und Herren, bestehen die Probleme Nordrhein-Westfalens, nämlich die finanziell schwierige Lage aufgrund der großen, von uns zu übernehmenden Schulden aus der Vergangenheit, genau darin, dass Sie in Ihrer Regierungszeit genauso unseriös gehandelt haben, wie Sie das für diesen Haushalt wiederum vorgeschlagen haben.

(Beifall von der CDU)

Ich glaube, dass wir wirklich vor großen Herausforderungen stehen und dass unser Haushalt 2009 plus angekündigter Nachträge – darüber haben wir im Haushalts- und Finanzausschuss ausführlich beraten – den Herausforderungen gerecht wird, und zwar den alten Herausforderungen, die wir schon lange kennen, nämlich dass Nordrhein-Westfalen

wesentlich mehr für die Bildung tun muss. Auch der Haushalt von 2009 ist wieder ein Ausweis dafür, dass diese alte Herausforderung erfolgreich angepackt wird.

Der Haushalt 2009 ist auch die richtige Grundlage dafür, die neuen Herausforderungen bestehen zu können. Wir können diese neuen Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen auch finanzpolitisch nur deshalb bestehen, weil wir durch eine vernünftige Konsolidierung in den letzten Jahren dafür die Grundlage geschaffen haben.

Deshalb können wir sagen, dass wir eine gute Chance haben, diese Herausforderungen wirklich erfolgreich zu bestehen, und dass der Herr Ministerpräsident mit seiner Prognose „Wir schaffen das“ hundertprozentig recht hat. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. – Jetzt hat der Abgeordnete Engel für die FDP-Fraktion das Wort.

(Zuruf von der SPD: Der Engel ist gut! Auf dessen Wort kann man sich verlassen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal kurz die Eckdaten des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2009 aufgreifen.

Erstens. Die Kommunen erhalten in diesem Jahr die Rekordsumme von fast 8 Milliarden € aus dem Steuerverbund, also 2,6 Milliarden € mehr als bei der Regierungsübernahme von CDU und FDP im Jahre 2005.

(Beifall von FDP und CDU – Heike Gebhard [SPD]: Denen steht sogar mehr zu!)

Zweitens. Die Aufstockung der Bildungspauschale um 60 Millionen € auf nunmehr 600 Millionen € belebt nicht nur die Wirtschaftskonjunktur, sondern wird auch zur Modernisierung unserer Bildungslandschaft vor Ort beitragen.

Drittens. Der größte Anteil, nämlich 6,8 Milliarden €, wird traditionell in Form von Schlüsselzuweisungen ausgeschüttet. Die Kommunen können darüber frei verfügen.

Viertens. Als Investitionspauschale erhalten die Kommunen 2009 einen Rekordbetrag von über 500 Millionen €, also eine halbe Milliarde Euro. Das ist mehr als doppelt so viel wie im Jahr 2003. Damals waren das nur 282 Millionen €. Das sind auch 66 Millionen € mehr als im Jahr 2005, dem Jahr mit dem letzten Gemeindefinanzierungsgesetz aus rot-grüner Feder.

(Beifall von der FDP)

Mit dem Konjunkturpaket II stehen NRW für die Jahre 2009 und 2010 2,844 Milliarden € zusätzliche Investitionsmittel zur Verfügung. Hiervon reicht das Land pauschal und unbürokratisch – Herr Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers hat das eben noch einmal herausgestellt – 83,68 %, also 2,38 Milliarden €, an die Kommunen weiter. Das ist bundesweit spitze.

(Beifall von der FDP)

Das haben wir hier schon gehört. Der Bund hat nur 70 % verlangt. Wir leiten aber 83,68 % der Summe weiter.

(Zuruf von der SPD: Das ist nur ein Bruchteil von dem, was sie bekommen sollten!)

Das ist nicht nur spitze, sondern – die Vorredner haben das ebenfalls schon herausgestellt – auch die kommunalen Spitzenverbände und jüngst sogar unsere Spitzen vor Ort, also in den Städten und Gemeinden, haben das in ihren Erklärungen lobend erwähnt. Das klang bereits an.

Es gab nur wenig Kritik, so zum Beispiel aus Oberhausen. Die möchte ich aufgreifen. In der „WAZ“ vom 4. Februar war zu lesen:

„Düsseldorf bekommt 50 Millionen, und wir,“

– Oberhausen –

„eine mit 1,3 Milliarden Euro verschuldete Stadt, gerade einmal 25 Millionen!“, moppert Martin Berger, der Sprecher der Stadt.

Den Oberhausenern rufe ich von dieser Stelle deshalb zu: Verlangen Sie von Ihrem Rat und Ihrer Verwaltung endlich einen Masterplan Haushaltskonsolidierung!

(Beifall von der FDP)

Der Mentalitätswechsel weg von der Verschuldenspolitik hin zu einem ausgeglichenen und generationengerechten Haushalt ist längst überfällig. Es geht. Das Land macht es vor. Das haben wir heute Morgen gehört, als wir über den Haushalt sprachen.

(Bodo Wißen [SPD]: Geberland, Herr Kollege!)

Ohne den Finanztsunami wäre uns das gelungen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Das kann man, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der Bürgerschaft über die Parteigrenzen hinweg verabreden. Übrigens: Das gilt im übertragenen Sinne auch für alle anderen Kommunen im Nothaushaltsrecht.

Ich erwähne das, weil das dazu gehört: Der erzielte Kompromiss bei der Schuldenbremse in der Föderalismuskommission – der Ministerpräsident hat es angesprochen – zeigt, dass die Forderung nach einem solchen Masterplan richtig ist.

(Beifall von der FDP)

Man muss es nur wollen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sowohl abundante als auch finanziell angeschlagene Haushaltssicherungskommunen bzw. Nothaushaltskommunen werden in die Lage versetzt, Ausgaben in den Investitionsschwerpunkten Bildung und Infrastruktur vorzunehmen. Das habe ich bereits gesagt.

Die pauschalen Zuweisungen nach den bewährten Schlüsseln für Bildungspauschale, Investitionspauschale und Schlüsselzuweisungen sind zweckmäßig und sind einfach alternativlos. Die Investitionsmittel für die Bildungsinfrastruktur werden nach Schülerzahlen an die Gemeinden verteilt. Die Mittel im Bereich Infrastruktur werden zur Hälfte in Anlehnung an die Kriterien der Investitionspauschale im Gemeindefinanzierungsgesetz vergeben, also zu 70 % nach Einwohnerzahl der Gemeinden und zu 30 % nach Gemeindefläche. Die andere Hälfte wird nach den Kriterien der Schlüsselzuweisungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes verteilt. Gerade mit der Einbeziehung der Schlüsselzuweisungen für die Verteilung der Investitionsmittel für die allgemeine Infrastruktur werden finanzschwache Kommunen begünstigt.

Lassen Sie mich abschließend zum Investitionsprogramm festhalten, dass ich persönlich und die FDP-Landtagsfraktion die Einrichtung eines Sondervermögens für die Finanzierung des Zukunftspaktes für die Jahre 2009 und 2010 begrüßen. Dieses Sondervermögen soll über einen langen Zeitraum von zehn Jahren getilgt werden. Ich halte es für richtig, dass sich die Kommunen an der Finanzierung dieses Fonds auf dem Wege der Abfinanzierung, die im Jahr 2012 beginnt und im Jahre 2022 enden soll, beteiligen. Dadurch wird nämlich – ich spreche immer gern vom sogenannten osmotischen Druck – eine kommunale Kofinanzierung in Höhe von 12,5 % auf behutsame Art und Weise sichergestellt. Diese Form der kommunalen Beteiligung ist aus meiner Sicht richtig, da sie dafür sorgt, dass vor Ort generationsgerecht, also verantwortungsbewusst, mit diesen Mitteln umgegangen wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – Für Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Groth das Wort.

Ewald Groth¹⁾ (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Predigt und Parole – mehr ist es heute nicht gewesen vom Ministerpräsidenten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das war eine Predigt, bei der man das Gefühl hat, er ist der erste Komaredner in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Der Saal schläft ein, meine Damen und Herren. Er ist kein Energiebündel, wie es diese Krise gebrauchen könnte, sondern er schläfert uns ein mit seinem Gesülze. Das konnten wir alles schon in den Zeitungen lesen, und zwar mehrfach, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Was tun Sie konkret, Herr Ministerpräsident? Kabinettsmitglieder, was tun Sie konkret? Koalition, was machen Sie in Nordrhein-Westfalen in dieser Krise?

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Nichts!)

Das Land hat ein Recht darauf zu erfahren, wie diese Koalition handeln will. Das sind Sie uns heute hier schuldig geblieben.

Wenn man sich diesen Haushalt anguckt – dazu komme ich gleich noch –, dann gibt es natürlich einige Antworten. Die Aufforderung „Wir können es schaffen“ gerät zur Aufforderung „Wir könnten es schaffen, wenn wir denn etwas täten.“ Ja, das stimmt, Herr Ministerpräsident. Wir haben der Koalition die Hand gereicht. Wir haben gesagt: Wir können etwas machen, auch gemeinsam. Lassen Sie es uns schnell machen, und lassen Sie es uns effizient machen! – Was kommt, sind nichts als Spruchblasen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie wirken handlungsunfähig und verängstigt. Ihre Lösungen, Herr Ministerpräsident, sollen immer andere finden. In Berlin sollen Lösungen gefunden werden. Da gibt es wohlfeile Ankündigungen von Ihnen, was da alles gemacht werden soll. Wenn es darum geht, die Verantwortung hier in Nordrhein-Westfalen zu übernehmen – und die haben Sie seit mehr als drei Jahren, seit fast vier Jahren –, dann müssen Sie die Lösungen und die Konzeptionen hier präsentieren. Die bleiben Sie uns bis zum heutigen Tage schuldig.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, machen Sie auf dieser Seite und auf der Seite erst einmal Ihre Arbeit! Bis jetzt: Konzeption jedenfalls negativ und Null.

Eine Schuldenbremse stellt er uns hier vor. Ja, meine Damen und Herren, hätten Sie einmal bei den Schulden gebremst in den letzten vier Jahren, als wir Einnahmen hatten!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Hätten Sie da einmal gebremst! Stattdessen haben Sie 4,4 Milliarden € Mehrausgaben zu verantworten, den höchsten Schuldenberg aller Zeiten für Nordrhein-Westfalen.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Da muss selbst der Minister lachen!)

Das sind die Tatsachen. Sie tun immer so, als ob Sie dieses Land gut regieren würden. Sie regieren es überhaupt nicht. Das ist der Unterschied.

Keine zusätzlichen Investitionen in 2009! In einer Krise, meine Damen und Herren,

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Das tut weh, Herr Weisbrich, oder?)

keine zusätzlichen Investitionen 2009! Die Einnahmen sind seit 2004 um fast 25 % gestiegen. Die Investitionen steigen bei Ihnen nur um 6,5 %, und das in einer Krise, in einer Konjunkturkrise, in der wir Investitionen brauchen. Wo bleiben die Investitionen, Herr Weisbrich? Sagen Sie einmal etwas dazu! Der MP hat schon das Weite gesucht. Ob der Finanzminister gleich noch da ist, weiß ich nicht. Wer regiert denn hier in Nordrhein-Westfalen?

(Christian Weisbrich [CDU]: Mäßigen Sie sich!)

Die Investitionen sind 2006 und 2007 noch geringer gewesen. Das heißt, sie kommen jetzt gerade erst auf 6,5 %. Sie sind keine Schuldenbremse. Sie sind eine Konjunkturbremse!

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist das Problem für Nordrhein-Westfalen.

Sie rühmen sich 500 Millionen € Investitionen bei den Krankenhäusern. Das sind minus 15 Millionen € im Übrigen. Sie rühmen sich 170 Millionen € Investitionen für Straßen und Radwege und 600 Millionen € für die Schulen. Die 600 Millionen € für die Schulen sind sowieso das kommunale Geld. Der Rest, den Sie da hineingeschrieben haben, 500 Millionen € für Krankenhäuser und Investitionen für Straßen – das ist das Geld, das Sie im Frühjahr 2008 schon etatisiert hatten, vor der Krise. Das heißt, es gibt für die Bewältigung dieser Krise keinen einzigen zusätzlichen Euro aus dem Landeshaushalt; das war alles schon etatisiert.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir hatten Ihnen im Oktober ein Konjunkturpaket in Höhe von 1,6 Milliarden € vorgelegt, das auch Sinn gemacht hätte. Es sah jeweils 400 Millionen € Investitionen für öffentliche Gebäude im Land, für öffentliche Gebäude in den Kommunen, für Krankenhäuser und für Hochschulen vor. Das alles war solide gegenfinanziert mit einem Tilgungsplan über 20 Jahre. Damals hat die Wirtschaftsministerin hier noch gesagt, man solle lieber die Atomkraftwerke länger laufen lassen. – Was soll das denn bringen? Erklären Sie das doch einmal den geneigten Bürgern in Nordrhein-Westfalen! Die Handwerker brauchen Aufträge, sie brauchen vor Ort kommunale, kleinteilige Investitionen. Das hätten wir im Oktober anschieben können.

Jetzt kommt auch einiges Gutes aus dem Konjunkturpaket II. Nicht gerade die Abwrackprämie, aber zumindest der Teil, der unserem Konjunkturpaket entspricht, ist ganz in Ordnung.

Jetzt müsste man nur noch dafür kämpfen, dass auch die Infrastruktur im Sport etwas davon abekommt,

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig, Herr Kollege! Völlige Zustimmung!)

und wir müssen auch gemeinsam dafür kämpfen, dass Geld in Einrichtungen wie Frauenhäusern, bei denen es dringenden Sanierungsbedarf gibt, tatsächlich ankommt.

Ich sage Ihnen voraus – die mittelfristige Finanzplanung ist sowieso schon Makulatur –, dass Sie schlechte Prognosen bekommen werden. Im Mai wird das noch schöneredet werden, nach der Bundestagswahl aber wird der Absturz kommen. Wir haben eine negative Entwicklung beim Bruttosozialprodukt, und es gibt höhere Steuern. Sie schaffen in dieser Krise nichts Positives, sondern verschlimmbessern sie nur und sitzen sie aus, genauso wie bei der WestLB. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Groth. – Jetzt hat der Abgeordnete Sagel – fraktionslos – das Wort.

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! NRW steckt tief in der Krise, in Ihrer Krise, der Krise von CDU und FDP. Ihre Durchhalteparolen, die wir heute hier vom Ministerpräsidenten gehört haben, helfen da nicht weiter. Es ist in keiner Weise erkennbar, wie Sie aus der Krise herauskommen wollen. Während Obama in den USA „Yes, we can!“ ruft und Milliarden in Zukunftstechnologien investiert, rufen Rüttgers und Pinkwart „We don't know!“ Sie sind die Krise, die Krise dieses Landes.

Während man sieht, dass NRW vom Geber- zum Nehmerland im Länderfinanzausgleich geworden ist, preis der Ministerpräsident hier, dass ein Betrieb aus dem kommunistischen China sich in Nordrhein-Westfalen ansiedelt. Es ist wirklich sehr interessant, dass das jetzt die neue Linie der Landesregierung ist. Es sollen 600 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Ich bin einmal gespannt, was Herr Minister Laumann dazu sagen wird, der hier im Landtag immer als größter Kommunistenhetzer aufgetreten ist.

In der Wirtschaftspolitik haben Sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Sie sind in der Krise und haben völlig versagt. „We are still sleeping“, das müsste man sagen. Ich bin sehr gespannt, wie die Reise des Ministerpräsidenten gewesen sein wird, wenn er aus den USA zurückkommt.

Herr Stahl kann vor Kraft kaum laufen. Bei einer Sache versagen Sie nicht, und zwar beim Abzocken der Bürger. Das ist die Realität. Das Abzocken der Bürger geht weiter. Für die Krise werden die steuerzahlenden Bürger aufkommen. Das werden wir noch erleben. 60 % der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sind noch in keiner Weise davon überzeugt, dass Ihre Kriseninterventionsmaßnahmen tatsächlich Wirkung zeigen.

Unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ wird Die Linke auf die Straße gehen. Wir werden gegen die Politik, die in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland gemacht wird, demonstrieren. Links wirkt – das hat man heute schon im Landtag erlebt. Die Rede von der SPD-Vorsitzenden Frau Kraft war, glaube ich, sehr stark von dem beeinflusst, was wir in den letzten anderthalb bis zwei Jahren in Deutschland gemacht haben.

(Allgemeine Heiterkeit)

Herzlichen Glückwunsch, Frau Kraft! Eine derartig linke Rede habe ich von Ihnen hier selten gehört. Das ist schon sehr interessant.

Interessant ist aber auch, was der Ministerpräsident heute von sich gegeben hat. Die Verstaatlichung von Banken ist offensichtlich kein Thema mehr. Statt die Zocker, die Nieten in Nadelstreifen in den Banken zur Verantwortung zu ziehen, werfen Sie der WestLB immer neue Milliarden hinterher; das ist Ihre Politik. Die Löcher werden immer größer. 80 Milliarden € stehen bei der WestLB mittlerweile zur Debatte. Doch „Privat vor Staat“ bleibt die Devise, und die Heuschreckenpartei FDP fordert jetzt sogar die vollständige Privatisierung des Gesundheitswesens.

Wenn Herr Stahl hier von Tatkraft redet, frage ich mich, wo diese Landesregierung denn Tatkraft gezeigt hat. Sie haben beim Konjunkturprogramm im Tiefschlaf gelegen. Sie sind „Schläfer“. Sie sind die Krise dieses Landes, denn das, was Sie jetzt als Konjunkturprogramm öffentlich machen, ist alles andere als ein Konjunkturprogramm. Die Menschen im Land spüren das, und sie werden weiter abgezockt. Ich bin sehr gespannt, wie uns der Finanzminister demnächst erklären will, dass wieder gespart werden muss. Der Finanzminister der Großen Koalition in Berlin, Herr Steinbrück, hat ja bereits erklärt: Es muss gespart werden, der Gürtel muss wieder enger geschnallt werden. – Die Leute im Land haben verstanden.

Ich wundere mich sehr, dass die Grünen hier beklagen, ein Politikwechsel habe nicht stattgefunden. Ich finde schon, dass hier in Nordrhein-Westfalen ein Politikwechsel stattgefunden hat. Es gibt massive Kürzungen in vielen Bereichen. Die Sozialpolitik in Nordrhein-Westfalen wird mit diesem Haushalt endgültig zu Grabe getragen. Die Arbeitslosen und die in prekären Arbeitsverhältnissen Beschäftigten, die nicht einmal existenzsichernde Löhne erhalten,

sondern auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen sind – das sind mehr als eine Million Menschen in Nordrhein-Westfalen –, spüren schon, wie dieser Politikwechsel, der hier stattgefunden hat, wirkt.

Das Ende der Arbeitslosenberatung ist nur ein Beispiel. Das ist natürlich eine Folge der völlig verfehlten Hartz-Politik von SPD, Grünen und CDU. Die CDU bringt es jetzt hier in Nordrhein-Westfalen auf den Punkt. Sie will nicht fördern, was ihr schadet. Daher will sie die Hartz-IV-Empfängerinnen und -empfänger möglichst uninformatiert lassen und lässt deshalb die Arbeitslosenberatungsstellen wegfallen.

Auch in NRW hat Hartz zu einem Flächenbrand geführt. Mittlerweile sind weit über eine Million Menschen von Hartz betroffen. Über 500.000 Kinder werden unter solchen Verhältnissen groß. Gemäß ihrem neoliberalen Motto „Privat vor Staat“ setzen CDU und FDP auch im Landeshaushalt 2009 diese völlig unsoziale Politik der Kälte fort.

Die Haushalts- und Finanzpolitik geht in die völlig falsche Richtung. In Kürze werden wir wieder neue Debatten über die WestLB und die Milliarden, die da investiert werden müssen, haben. Eigentlich ist dieser Haushalt eine Katastrophe, er ist eine Bilanz des Scheiterns mit ungedeckten Schecks, denn der Finanzminister hat schon angekündigt, dass in Kürze – vielleicht dauert es auch noch ein bisschen länger – ein Nachtragshaushalt verabschiedet werden muss. Deswegen ist es aus meiner Sicht völlig unseriös, heute einen Haushalt zu verabschieden.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel¹⁾ (fraktionslos): Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Das ist eine Katastrophe. Es müsste eigentlich eine vorläufige Haushaltsführung stattfinden. Dieser Haushalt ist zur jetzigen Zeit überhaupt nicht zur Verabschiedung reif; es gibt Milliardenlöcher. Ich gehe davon aus – Sie selber haben es ja auch schon gesagt –, dass diese Milliardenlöcher in keiner Weise gedeckt sind. Ich bin sehr gespannt, ob Sie unter der Verfassungsgrenze bleiben können.

Mit anderen Worten: Das, was Sie machen, ist eine Katastrophe. Die Menschen im Lande frieren – das ist die reale Situation –, und Millionen in Nordrhein-Westfalen sind von Ihrer unsozialen Politik der Kälte betroffen. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Walsken das Wort.

(Zuruf)

– Es kann sich nicht jeder wünschen, am Schluss zu reden. Als Nächster steht Herr Becker auf der Rednerliste.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Finanzminister!)

– Wollen Sie reden, Herr Finanzminister? Der Reihenfolge nach wären Sie jetzt dran.

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

– Doch, leider schon. Bitte schön.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Wir freuen uns!)

Ich weiß, jeder möchte das letzte Wort haben. Aber ganz so einfach ist das nicht. – Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will gerne zu ein paar Punkten der Debatte Stellung nehmen. Eigentlich müsste man Ihnen, Frau Oppositionsführerin, zu solchen Partnern wie Herrn Sagel gratulieren,

(Beifall von CDU und FDP)

von dem Sie, wie er sagt, abgeschrieben haben.

(Beifall von CDU und FDP – Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Da hat er eine Steilvorlage geliefert!)

Das kommt davon, wenn man gegenüber solchen Leuten immer offen ist, Frau Kraft.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich würde gerne zu ein paar Bemerkungen von Ihnen, Frau Kraft, Stellung nehmen. Sie hatten angemahnt, dass wir kein eigenes Konjunkturprogramm haben. Der Ministerpräsident hat Ihnen die Zahl von 7,5 Milliarden genannt, die in diesem Haushalt konjunkturwirksam etatisiert sind. Sie wissen genau, dass Ihr Programm, das Sie vorgeschlagen hatten, nämlich ein kommunales Hilfsprogramm, innerhalb von fünf Jahren 5,5 Milliarden gekostet hätte, also 1,1 Milliarden jedes Jahr. Wie Sie das mit Ihren Tiraden gegen die höchste Verschuldung irgendwie in Einklang bringen wollen, weiß keiner hier im Saal, und auch keiner von den Zuhörern wird das verstanden haben.

Sie haben weiterhin die Kohlehilfe angemahnt, die glücklicherweise im Jahre 2008 auf 110 Millionen abgesenkt wurde – dank der guten Preise, die sich im Jahr 2009 offensichtlich verflüchtigen. Dazu ist auch vorgetragen worden, vor allen Dingen von Herrn Papke.

Sie vergessen, dass in die Kommunen 35 % der 2,84 Milliarden geleitet werden. Das heißt, die Kommunen erhalten 825 und zusätzlich 170 Millionen € für Krankenhäuser, die hinzugerechnet werden, also insgesamt 995 Millionen €. Dass darin auch Bundesgeld enthalten ist, bemerke ich ausdrücklich. Es ist eine gemeinsame Anstrengung von Bund und Ländern.

Zu Ihrer Bemerkung zu Wfa und Obdachlosen, die an Geschmacklosigkeit nicht zu übertreffen war, Frau Kraft,

(Beifall von CDU und FDP – Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Das Problem ist da!)

nur so viel: Wie bei der LEG versuchen Sie, die Leute mit falschen Fakten aufzuhetzen. Gerade als Mitglied des Verwaltungsrats der NRW.BANK kennen Sie sehr genau die Fakten, und Sie wissen ganz genau, dass die Aufhebung der Zweckbindung in dem Gesetz stehen wird. Sie wissen auch: Es ist ein altes Anliegen der Sozialdemokratie gewesen, endlich die 18 Milliarden, die das Wohnungsbauvermögen darstellen, besser zu nutzen als bisher, nicht nur für die 840 Millionen bzw. jetzt 950 Millionen Wohnungsbauprogramm, sondern auch für andere Zwecke oder zur weiteren Verstärkung des Wohnungsbaus. Dagegen können Sie überhaupt nicht argumentieren: Man kann aus den 18 Milliarden sehr viel mehr machen, auch für den Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen. Dafür werden wir nachfragegerecht sorgen.

(Beifall von CDU und FDP)

Dann haben Sie über Schuldenstand und Steuermehreinnahmen referiert – genau wie Herr Sagel. Bei Herrn Sagel kann man eigentlich ein Tonband ablaufen lassen: Egal, zu welchem Thema wir sprechen, er trägt hier immer dieselben Tiraden vor.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Da hat er mal recht!)

Ich darf Ihnen das eben noch einmal vortragen. Am 31.12.2005 hatten wir 112,2 Milliarden € Schulden, die Sie uns überlassen haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Schon wieder! Immer dieselben Tiraden!)

Das ist die Erblast,

(Beifall von CDU und FDP)

an der dieses Land noch Jahre und Jahrzehnte zu tragen haben wird. Am 31.12.2008 haben wir 116,5 Milliarden. Das sind 4,3 Milliarden mehr. So eine Verschuldung haben Sie früher – in den Jahren 2003, 2004 und 2005 – in einem Dreivierteljahr gemacht.

(Beifall von CDU und FDP – Hannelore Kraft [SPD]: Immer dasselbe!)

Zu den Steuermehreinnahmen habe ich schon oft vorgetragen; das wird immer wieder kommen. Die Steuermehreinnahmen von 2005 bis 2008 betragen 7,417 Milliarden €. Davon müssten Sie das, was in den kommunalen Steuerverbund fließt, abziehen.

(Gisela Walsken [SPD]: Ach so!)

Das vergessen Sie immer, Frau Kraft, weil es Ihnen bei der Geschichtsklitterung nicht ganz passt. Das sind 1,383 Milliarden mehr für die Kommunen, die

wir in diesen drei Haushaltsjahren eingestellt haben. Es bleiben 6,03 Milliarden über, von denen wir 91,7 % in die Rückführung der Nettoneuverschuldung gesteckt haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Das gibt es nirgendwo in Deutschland; das wissen Sie ganz genau!

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Herr Minister, warum sind die Schulden gestiegen?)

Wir haben von allen Bundesländern am meisten konsolidiert, obwohl andere Bundesländer noch stärker gestiegene Steuereinnahmen gehabt haben.

Darüber hinaus – um das Fass voll zu machen – haben wir 925 Millionen in die Versorgungsrücklage für Pensionen geleistet. All das haben Sie während Ihrer Regierungszeit versäumt. Als Vorsorge haben wir den Risikofonds der WestLB mit 931 Millionen € und den Abrechnungsfonds „Finanzmarktstabilisierungsgesetz“ mit 358 Millionen € gestärkt. – Das ist die Leistung dieser Regierung in den Jahren 2006, 2007 und 2008.

Wir stehen – da gebe ich Frau Löhrmann recht – tatsächlich vor einer Zeitenwende, die wohl in den Ausführungen des Ministerpräsidenten auch sehr deutlich geworden ist. Herr Groth, ich glaube, Sie verheben sich und überschätzen sich, wenn Sie den Ministerpräsidenten so klassifizieren, wie Sie das vorhin getan haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Bevor ich zu dieser Zeitenwende ein paar Bemerkungen verliere, würde ich gerne Ihnen, Frau Kraft, etwas zu den Bildungsausgaben sagen: Alle Zahlen, die Sie vorgetragen haben, waren falsch.

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist immer so! Sie haben auch eine schwarze Null genannt!)

– Ich sage sie Ihnen ja. Wir fangen mit dem Einzelplan 05 an. Ich kann sie Ihnen bereinigt um das GTK, um das KiBiz und um die Bundesmittel, ich kann sie aber auch mit den Mitteln nennen.

Also: Ohne Bundesmittel mit GTK haben Sie mit dem Haushalt des Jahres 2005 – Sie haben ja nicht umsonst das Jahr 2006, das Jahr unseres ersten Haushalts, in dem wir natürlich besondere bildungspolitische Akzente gesetzt haben, gewählt und dann 2006 mit 2008, also unsere Zeit, verglichen;

(Hannelore Kraft [SPD]: Nehmen Sie doch 2005!)

ich vergleiche mit Ihrer Zeit 2005 – genau 12,79 Milliarden € für den Einzelplan 05 ausgegeben. Wir haben jetzt für den Einzelplan 05 plus KiBiz im Jahre 2009 14,51 Milliarden € veranschlagt. Das ist eine Steigerung um 1,72 Milliarden €.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Rechnen Sie bitte alles nach, was ich Ihnen hier vortrage. Wenn ich das auf das Haushaltsvolumen beziehe, ist das ein Anteil, der bei Ihnen bei 25,8 % lag, der jetzt 27,5 % beträgt.

Ich kann Ihnen das Ganze auch noch vorrechnen, indem ich die Zahlen um das GTK und um die Bundesmittel bereinige. Sie kommen auf die gleichen Relationen. Bei Ihnen lag der Anteil in 2005 bei 24%, und jetzt liegt er bei 25,4 %.

Lassen Sie mich ein paar Bemerkungen zu dem Thema Schule machen, weil Sie das als Ihren neuen Schwerpunkt kreierte haben. Wer so wie Sie nach Ihrer Regierungszeit in diesem Haus im Glashaus sitzt, der sollte wirklich dann, wenn er vorträgt, mit Zahlen vorsichtig sein.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, Sie haben den Bereich Schule 2005 mit 11,9 Milliarden € verlassen. Das sind nur die Ausgaben für den Bereich Schule. In 2009 werden 13,3 Milliarden € nur für die Schule ausgegeben. Sie selber sprechen ja Gott sei Dank in dem von Ihnen heute vorgelegten Antrag davon, dass 330 Millionen € für neue Lehrerstellen seien. Wenn Sie diesen Betrag durch 50.000 € teilen, die ein Lehrer normalerweise kostet, sind Sie bei einem Plus von 6.600 Lehrerstellen. Das heißt: Selbst konzedieren Sie schon 6.600 Lehrer. Es sind genau 6.915, die wir in diesen Jahren mehr eingestellt haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Zeitenwende – dem Begriff von Frau Löhrmann – möchte ich ein paar Bemerkungen zufügen. – Ich glaube, es ist gut, dass wir als Nordrhein-Westfalen in der Diskussion um die Föderalismusreform so gekämpft haben, wie wir das getan haben. Das werden Ihnen von SPD und Grünen Ihre Kollegen aus der Föderalismuskommission sicherlich berichten haben.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Es steht die schwarze Null für 2019 für die Bundesländer. Für den Bund soll die weitere prozentuale Verschuldung maximal 0,35 % vom Bundesinlandsprodukt betragen. Die Bundesregierung, die das durch Herrn Struck schon angedeutet hat, kann sich vielleicht bis 2020 auf das bessere Niveau der Bundesländer hinbewegen.

Wir sind noch nicht, wie man im Rheinland sagt, an Schmitz Backes vorbei. Das heißt, wir haben morgen noch eine dicke Sitzung, bei der sicherlich vor allen Dingen die Länder, die sich als arm bezeichnen, noch einmal pokern werden, um mehr Geld zu erhalten. Deshalb ist das Ganze noch nicht in trockenen Tüchern. Ich sage Ihnen: Wenn's klappt, ist das sicherlich das wichtigste Ereignis der ersten Monate dieses Jahres.

Es muss uns gelingen, gleichzeitig Gas zu geben – so, wie Keynes es immer vorgeschrieben hat – und

(Thomas Stotko [SPD]: Sie sind ein Keynesianer! Das ist ja interessant!)

dessen zweiter Forderung nachzukommen, die wir in den öffentlichen Haushalten immer verkannt haben, nämlich uns zurückzunehmen und in guten Zeiten zu konsolidieren. Das muss jetzt festgeschrieben werden. Wir haben dann ein klares Korsett, dass wir diese Schulden zurückführen müssen.

Dies machen wir natürlich auch bei dem Tilgungsfonds, den wir hier im Land kreieren werden. Das heißt, wir werden 711 Millionen € aus diesem Fonds nehmen und dann gemeinsam mit den Kommunen über zehn Jahre tilgen. Ich glaube, dass das eine sehr gute Einrichtung werden wird.

Ich würde Ihnen gerne zum Länderfinanzausgleich nur noch sagen, meine Damen und Herren: Sie vergessen in Ihren Tiraden immer, dass in den Umsatzsteuerausgleich – Frau Löhrmann, ich fände es nett, wenn Sie mir genau an diesem Punkt noch einmal zuhörten –

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich höre meistens zu! Verteilen Sie mal Ihre Noten!)

für „arme Länder in der Bundesrepublik“ von Ihnen in 2003 1,998 Milliarden € gezahlt worden sind. Er ist 2004 unter Steinbrück – Sie erinnern sich – leider sehr zulasten des Landes Nordrhein-Westfalen geändert worden. Von 2004 auf 2005 gab es einen Sprung um 20 % mehr beim Umsatzsteuerausgleich. Im Jahr 2008 haben wir dann 2,812 Milliarden € in den Umsatzsteuerausgleich gezahlt.

Zusammen mit dem sogenannten Länderfinanzausgleich – Sie wissen, dass der zweistufig ist; Sie tragen bewusst immer nur die letzte Zahl vor –, sind wir bei 99,8 % der durchschnittlichen Finanzkraft gelandet.

Wir zahlen in den letzten Jahren praktisch immer zwischen 2,7 und 2,8 Milliarden € ein. Das heißt, wir sind nach wie vor das fünftbeste Land in der Bundesrepublik Deutschland.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Ich gehe davon aus – das darf ich Ihnen jetzt schon ankündigen –, dass wir sehr wahrscheinlich den Länderfinanzausgleich, den wir für das Haushaltsjahr 2009 auf Null gestellt hatten, nach den neusten Meldungen, die ich aus Hessen bekomme, wohl für das Jahr 2009 wieder dotieren müssen, weil Hessen mit seinen Steuereinnahmen aufgrund des Bankenplatzes Frankfurt ganz stark „abschmiert“. Sie waren diejenigen, die uns im letzten und vorletzten Jahr heruntergedrückt haben. Denn es geht ja um die relative Finanzkraft gegenüber dem Durchschnitt der Länder.

Die Grünen hatten beantragt, die Verabschiedung des Haushalts zu verschieben, damit das Konjunk-

turpaket II dann eingestellt wird. – Sie wissen, dass ein Nachtrag durchaus der Vorbereitung bedarf. Ich gehe davon aus, dass wir alle gemeinsam – an die Gemeinsamkeit hat der Ministerpräsident zu Recht appelliert, und das wurde von Frau Kraft zumindest auch aufgenommen – versuchen, diesen Nachtrag so schnell wie möglich umzusetzen. Dazu werden wir auf Sie zukommen. Sicherlich werden die Fraktionen untereinander ein Verfahren besprechen können.

Ich kündige Ihnen aber jetzt schon an, dass diese Verschuldung, so wie ich es Ihnen vor wenigen Wochen vorgetragen habe, höher liegen wird als 2,9 Milliarden €, dass sie beträchtlich höher liegen wird. Sie wissen, dass der Bund die Störungslage erklärt hat, dass der Bund seine Verschuldung des Jahres 2008 von 10 Milliarden € zunächst auf 18 Milliarden €, jetzt auf 36 Milliarden € hochgeschraubt hat, dass er daneben 16,4 Milliarden € in seinen Tilgungsfonds finanziert. Das heißt, er hat zusammen 52 Milliarden € neue Schulden im Jahre 2009.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Löhrmann?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ja, bitte.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte, Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Minister, der Ministerpräsident ist ja eben auf die aktuellen Debatten so gut wie gar nicht eingegangen. Wir hatten gefragt, ob denn das Land NRW im Bundesrat zustimmt. Vielleicht können Sie uns diese Frage beantworten.

(Zuruf von der SPD: Das wäre ja gut.)

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Uns liegt ein Ergebnis der FöKo überhaupt noch nicht vor. Oder meinen Sie jetzt das Konjunkturpaket?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ja!)

– Sie meinen das Konjunkturpaket. Das ist in der Abstimmung. Wir haben auf jeden Fall noch bis zum 20. Zeit. Dann ist die Bundesratssitzung.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Die Tendenz?)

Ich darf zu den Bemerkungen, die ich Ihnen zum Haushalt 2009 und zum Nachtrag, der in Arbeit ist, vorgetragen habe, zurückkommen. – Wir werden das Konjunkturpaket im Wesentlichen über den Tilgungsfonds schultern, aber sicherlich auch noch

mit 160 Millionen € zusätzlichen Belastungen für den Landeshaushalt. Wir werden nur Kleinigkeiten verändern, sodass die Anhörung vielleicht nicht ein solches Ausmaß haben muss, wie das in anderen Fällen praktiziert wird. Aber das entscheidet natürlich das Parlament.

Aber wir werden die Ansätze für die Steuereinnahmen nach meiner jetzigen Kenntnis gewaltig herunternehmen müssen. Jetzt bewegen sie sich auf dem Niveau des Jahres 2008. Sie wissen, dass die Wachstumsschätzungen von plus 0,2 von der Bundesregierung auf minus 2,25 zurückgefahren worden sind. Interne Berechnungen, die der Bundesfinanzminister seinen katastrophalen Haushaltszahlen zugrunde gelegt hat, erfordern auch bei uns erhebliche Abstimmungen, weil wir die Regionalisierung jetzt ohne eine amtliche Steuerschätzung im Mai vornehmen müssen, aber natürlich möglichst nah an diese herankommen wollen.

Deshalb kann es auch sein, dass wir – genauso wie im Bund geschehen – die Störungslage werden erklären müssen, um das zu schultern, was aus konjunkturellen Gründen notwendig ist. Das heißt: Wir müssen gegensteuern. Wir können an anderer Stelle nichts einsparen. Und weil wir in den Jahren 2009 und 2010, nachdem wir praktisch die Nullverschuldung erreicht hatten, mit dieser rasant ansteigenden Verschuldung leben müssen, ist es so wichtig, uns ins Wort zu begeben, ab 2011 bis spätestens zum Jahre 2019 – ich hoffe, dieses Land wird es früher können – wieder den Pfad der Degression der Schulden, der Degression der Neuverschuldung zu beschreiten. Das ist dem Ernst der Lage geschuldet. Ich denke mir, dass Sie das auch verstanden haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Linssen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Becker das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Becker.

Horst Becker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Finanzminister, zunächst einmal: Wir hatten es Ihnen zu den Zeiten, als die Steuereinnahmen ausgesprochen gut waren und als Sie und die Redner und Rednerinnen der Koalition sich dafür gelobt haben, vorhergesagt, dass sie in Kürze in die Situation kommen werden, die Verantwortung für schlechte Steuereinnahmen übernehmen zu müssen. Ich stelle fest, Sie wollen hier das Spiel spielen: Für die guten Zeiten waren wir zuständig, aber mit den schlechten Zeiten haben wir nichts zu tun. – Das ist zutiefst unglaublich, und das wirft auch im Nachhinein ein bezeichnendes Licht auf Ihre Tiraden, die Sie früher in der Opposition und auch im Wahlkampf gehalten haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, die Wahrheit ist sehr klar: Sie haben 8 Milliarden € mehr Steuereinnahmen, haben aber die Schulden nur so abgebaut, dass eine Differenz von 4 Milliarden € bleibt. Sie haben obendrein den Kommunen strukturell 1,3 Milliarden € entzogen. Deshalb ist es ebenfalls scheinheilig, wenn Sie sich für das loben, was Sie den Kommunen im Rahmen des Konjunkturprogramms geben, nämlich ausnahmsweise das, was ihnen zusteht. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich möchte zu einem anderen Punkt kommen, von dem ich glaube, dass er auch dazu geeignet ist, Ihnen nachzuweisen, dass die Kriterien Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit, deren Einhaltung man von Ihnen fordern muss, mit diesem Haushalt nicht realisiert werden.

Ich beziehe mich dafür auf die Wfa und darauf, dass Minister Wittke in der letzten Plenardebatte, ziemlich genau heute vor 14 Tagen, zu dem Wfa-Überschuss Folgendes gesagt hat:

Wir werden in diesem Jahr keinen einzigen Euro, auch nicht aus den Überschüssen aus dem Wohnungsbauvermögen herausholen. Wir werden den Überschuss nicht abschöpfen.

Im Haushalt finden sich aber nach wie vor 80 Millionen € Einnahmen mit einem Vermerk, dass die 80 Millionen € bei den Städtebauförderungsmaßnahmen immer zur Hälfte zu Einnahmeausfällen führen, wenn die 80 Millionen € nicht fließen.

Nun würde ich gerne von Ihnen wissen, nachdem Herr Wittke am Donnerstag im Ausschuss erklärt hat, dass es einen Veränderungsnachweis in dieser Sache geben würde – das Originalzitat habe ich hier; wenn es gewünscht wird, kann ich es vorlesen –, ob wir heute noch von Ihnen hören, dass die 80 Millionen € zu streichen sind oder ob die 80 Millionen als Einnahmeansatz im Haushalt bleiben und wir insofern mindestens ein Defizit von 40 Millionen haben werden, weil sie als Gegenposition nur die Hälfte an Streichungen bei den Städtebauförderungsmaßnahmen haben; übrigens wäre auch das ein Desaster für Wittke, aber dann bliebe immer noch eine Lücke von 40 Millionen € – Darauf hätte ich heute gerne von Ihnen eine Antwort.

Ich möchte wissen: Wird das gestrichen, wird das nicht gestrichen? Bleibt es dabei? Denn dann hat Herr Wittke dem Ausschuss an dieser Stelle die Unwahrheit gesagt. Ich finde, das Parlament hat einen Anspruch darauf, das hier heute zu erfahren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD Frau Kollegin Walsken das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gisela Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gerne unmittelbar an die Ausführungen des Kollegen Becker anschließen und die Landesregierung von dieser Stelle aus auffordern, uns zu erklären, wie diese Deckungslücke im Haushalt denn zu verstehen ist; denn offensichtlich gibt es zwischen dem Haushaltsansatz des Finanzministers und den vollmundigen Erklärungen von Minister Wittke Differenzen. Sie wissen, dass das Parlament nicht in der Lage ist, Ihren Haushalt zu verabschieden, solange diese Differenzen nicht aufgeklärt sind. Deshalb fordere ich Sie auf, das jetzt hier zu tun.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zur Debatte: Es ist schon unterirdisch, wie Herr Kollege Stahl argumentiert hat. Noch mehr erstaunt mich allerdings, dass auch Sie als Finanzminister hier ernsthaft diesen Ansatz verfolgen, den wir heute Morgen schon einmal gehört haben – nach dem Motto: In diesem Land ist eigentlich alles wunderbar. Wenn wir uns den Haushalt schönrechnen, haben wir eine schwarze Null, wie Kollege Stahl gesagt hat. Wo leben Sie eigentlich, Herr Kollege Stahl?

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Horst Becker [GRÜNE]: Er ist die schwarze Null!)

Wo leben Sie bloß? Am Ende der Debatte werden Sie uns auch noch erzählen, dass die Erde eine Scheibe ist.

Schauen Sie doch einmal in den Haushalt, in den Einzelplan 20. Früher waren Sie ja Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss. Wenn Sie da geblieben wären, hätten Sie vielleicht eher durchgeblickt. Im Kapitel 20 650 steht auf Seite 70, dass wir den Haushalt mit 2,97 Milliarden € mehr Schulden verabschieden. Wenn das eine schwarze Null sein soll, Herr Stahl, dann erklären Sie mir bitte einmal, wie Sie Haushaltspolitik verstehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zurufe von der CDU: 2008!)

Meine Damen und Herren, Herr Finanzminister, gerne führe ich die Auseinandersetzungen zum Thema „Steuereinnahmen und Schuldenabbau“ mit Ihnen. Wie ich hier schon mehrfach gesagt habe, bereuen Sie immer noch, dass Sie seinerzeit von diesem Pult aus in der Debatte um den Nachtragshaushalt 2005 gesagt haben: Wir haben 106,8 Milliarden € Schulden von Rot-Grün übernommen. – Ja, das ist richtig. In großem Maße war das erheblichen Steuermindereinnahmen aufgrund großer Steuereinbrüche geschuldet.

(Widerspruch von der CDU)

– Das können Sie nachlesen, meine Damen und Herren. Bevor Sie sich aufregen, machen wir aber weiter. Jetzt haben wir 120,5 Milliarden € Schulden. Das bedeutet einen Zuwachs – Sie brauchen nur

diese Zahlen in den Taschenrechner einzugeben, liebe Kolleginnen und Kollegen –

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Das kann ich auch so ausrechnen!)

von 13,7 Milliarden €. Wenn das in dieser Landesregierung Schuldenabbau ist und Einhaltung des Versprechens „Alles, was wir mehr haben, verwenden wir für den Schuldenabbau“ bedeutet, dann haben Sie dieses Parlament hier belogen, Herr Finanzminister.

(Beifall von der SPD)

Letzter Punkt: Steuermehreinnahmen. Ich bin dankbar, dass die Kollegen aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diesen Punkt auch noch einmal angesprochen haben. Wir haben 7,5 Milliarden € mehr Steuereinnahmen. Zusammen mit Ihren zusätzlichen Schulden von 13,7 Milliarden € sind das über 21 Milliarden € Mehrausgaben.

Ich fand es hochinteressant, dass Herr Stahl für die CDU-Fraktion heute die Auffassung vertreten hat, dass dieses Geld „auf die Seite geschafft“ worden ist. Herr Stahl, ich fordere Sie hier vor diesem Parlament auf: Sagen Sie uns bitte, wo Sie das Geld gelassen haben!

(Dr. Wilhelm Droste [CDU]: Er hat es mit nach Hause genommen! Es ist bei ihm zu Hause!)

Denn offensichtlich sind 21 Milliarden € in diesem Haushalt versickert. ohne eigenes Konjunkturpaket und ohne Sparkonzept.

Sie haben deshalb ein Problem, Herr Kollege Stahl, weil Sie Ihr wichtigstes Ziel, nämlich den Schuldenabbau, absolut in den Teich gesetzt haben. Das ist ein Armutszeugnis für Ihre Landesregierung.

Herr Kollege Stahl, ich glaube, hier vor dem Parlament hat noch niemand so die Unwahrheit gesagt, wie Sie das heute Morgen getan haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Unruhe bei der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Meine Damen und Herren, in dieser Debatte liegt mir jetzt noch eine Wortmeldung vor. Für die Landesregierung hat Herr Minister Dr. Linssen um das Wort gebeten, das ich ihm hiermit auch erteile.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Becker hatte mich gebeten, mich zu den 80 Millionen € zu äußern, die als Wfa-Ausschüttung geplant waren und in diesem Haushalt stehen. Das tue ich sehr gerne.

Wir bereiten derzeit den Nachtrag vor und müssen dabei natürlich berücksichtigen, wie sich der Gewinn der NRW.BANK entwickelt. Frau Kraft wird ja bei der Feststellung des Ergebnisses der NRW.BANK mit anwesend sein. Es ist aber noch nicht festgestellt, sondern man befindet sich in der Vorbereitung, wie es Anfang Februar auch überhaupt nicht anders sein kann.

Wir gehen davon aus, dass wir die 80 Millionen € Wfa-Mittel zur Stärkung in der NRW.BANK belassen. Da diese Bank ein positives Ergebnis vorweisen wird, kann man wirklich stolz auf sie sein.

Wenn es dazu kommt, dass diese 80 Millionen € nicht abzuführen sind, werden wir sie im Nachtragshaushalt decken, und zwar als Mehrausgabe durch Minderausgaben oder Mehreinnahmen an anderer Stelle.

(Zuruf von der SPD: Was denn nun? – Edgar Moron [SPD]: Höhere Kreditaufnahme!)

Das heißt, dass diese Position die Verschuldung nicht erhöhen wird. Insofern hat Herr Kollege Wittke Ihnen aus einem Gespräch, das wir gemeinsam über unsere Erwartungen in Bezug auf das Ergebnis der NRW.BANK geführt haben, völlig korrekt vorgetragen.

Lassen Sie mich nun zu Frau Walsken kommen. – Frau Walsken, manchmal hat man wirklich den Eindruck, dass Sie es einfach nicht verstehen.

(Beifall von der CDU)

Denn man kann zwar böse sein; eine derartige Bösartigkeit unterstelle ich Ihnen aber gar nicht.

(Gisela Walsken [SPD]: Machen Sie das, wie Sie es möchten!)

Sie bezweifeln, dass wir die schwarze Null – Sie haben gesagt, in 2009; hier ist aber von 2008 gesprochen worden – eigentlich erreicht haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Was heißt denn „eigentlich“?)

Das ist eine ganz einfache Rechnung. Der Haushalt 2008 schließt mit einer Nettoneuverschuldung von 1,1 Milliarden € ab, wie Sie wissen. Geplant waren 1,6 Milliarden € – ganz genau 1,67 Milliarden €. Damit schließt er schon einmal um über 500 Millionen € besser ab. Da wir bekanntlich gleichzeitig 1,3 Milliarden € in die Vorsorge sowohl für WestLB-Risiken als auch für Risiken des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes gesteckt haben,

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist doch kreditfinanziert!)

haben wir nach Adam Riese, wenn wir die 1,3 Milliarden € von den 1,1 Milliarden € abziehen, genau 164 Millionen € Plus gemacht.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie es andersherum haben wollen: Selbst die 1,1 Milliarden € Nettoneuverschuldung sind das beste Ergebnis seit 30 Jahren im Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzter [SPD]: 1,1 Milliarden € Neuverschuldung sind eine schwarze Null?)

Frau Walsken, Ihr letzter Einwand war töricht und nicht mehr zu übertreffen.

(Edgar Moron [SPD]: Darüber muss er selber lachen!)

Sie sagen: Der Finanzminister hat von diesem Podium aus im Jahre 2005 106,8 Milliarden € Verschuldung erklärt. – Ja, ich habe seinerzeit – das können Sie auch dem Protokoll entnehmen, ich nehme an, Sie lesen die Protokolle – den Verschuldungsstand des 30. Juni 2005 vorgetragen.

(Gisela Walsken [SPD]: Genau, zitiere ich immer!)

Dies ist immer eine Momentaufnahme, weil es sehr darauf ankommt, ob man gerade Kassenkredite in Anspruch genommen hat.

(Gisela Walsken [SPD]: Regierungsübernahme!)

Entscheidend sind die Jahresendschulden. Die lagen nun einmal bei 112,2 Milliarden €. Das war das Ergebnis Ihrer segensreichen Politik über 39 Jahre im Land Nordrhein-Westfalen, unter dem jetzt Generationen zu leiden haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eine weitere Wortmeldung des Kollegen Becker für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat auch noch ganz reguläre Redezeit. Ich weise im Übrigen darauf hin, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 5 Minuten und 24 Sekunden überzogen hat.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Jetzt hat der Kollege Becker das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Finanzminister, ich fand Ihre Antwort aufschlussreich, allerdings nicht so, wie ich es mir in der Sache erhofft hätte, sondern eher zum Verfahren. Ich will das gerne kurz erläutern:

Zunächst einmal bekommen wir mit Selbstbeweihräucherung des Wohnungsbauministers, der jetzt nicht da ist,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Der musste mal schnell weg!)

und auch anderer Teile der Regierung den Hinweis, dass die Wohnungsbauförderung wieder auf über 900 Millionen € erhöht würde – ein Betrag, mit dem Sie bei Regierungsübernahme begonnen haben. Sie sind dann auf rund 850 Millionen € heruntergegangen und rühmen sich jetzt – es ist kein Zufall, dass das jetzt passiert, wo Sie die Vollintegration der Wfa in die NRW.BANK anstreben –, dass Sie den Fördersatz in diesem Jahr wieder nach oben setzen wollen. Genau das hat mit dem eben angesprochenen Umstand zu tun.

(Gisela Walsken [SPD]: Ganz genau!)

Da wird es spannend. Der Bau- und Verkehrsminister hat dem Parlament vor 14 Tagen, als es um die Wfa-Debatte ging, erklärt, dass im Jahr 2009 – das wird man brauchen, sonst kann man das Versprechen bei der Wohnungsbauförderung nicht einhalten – kein einziger Cent aus dem Wohnungsbauvermögen entnommen werden soll. Sie legen dem Parlament einen Haushalt vor, in dem nicht Cent, sondern 80 Millionen € als Einnahme im Einzelplan 14 stehen.

(Gisela Walsken [SPD]: Exakt!)

Ich halte Ihnen zugute, dass Sie unten einen Haushaltsvermerk hineingeschrieben haben, der besagt: Für jeden Euro, der dort weniger eingenommen wird, wird die Städtebauförderung um 50 % minimiert. Das heißt, wenn Sie die 80 Millionen € weniger im EP 14 einnehmen würden – also die volle Summe –, dann fehlen Ihnen immer noch 40 Millionen € im Haushalt, weil Sie den Kommunen bei der Städtebauförderung „nur“ 40 Millionen € abziehen.

Dann sagen Sie dem Parlament, das alles ließe sich erklären, denn man würde es vielleicht mit Minderausgaben, vielleicht mit Mehreinnahmen, vielleicht auch mit mehr Schulden ausgleichen.

(Gisela Walsken [SPD]: Vielleicht auch gar nicht!)

Das entspricht jedenfalls nicht meiner Vorstellung von ordentlicher Haushaltsführung.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das entspricht nicht meiner Kenntnis über den Umgang mit den Zahlen und deren Transparenz, die Sie für sich immer in Anspruch genommen haben und wozu wir manches gesagt haben. Ich kann Sie nur auffordern, dem Parlament heute zu sagen, was das bedeutet, wo zumindest die Deckungslücke von 40 Millionen € herkommen soll. Ansonsten hat das nicht das Geringste mit seriöser Haushaltsführung zu tun.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die Landesregierung hat noch einmal Herr Minister Dr. Linssen um das Wort gebeten, das er hiermit bekommt.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Becker, wenn ich Ihnen das so präzise erkläre, wie ich es getan habe, mag es Ihnen nicht passen, aber mehr Transparenz können Sie überhaupt nicht haben. Ich lege großen Wert darauf, dass wir dem Parlament zu allen Positionen jede Transparenz bieten, die überhaupt menschenmöglich ist.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Sie haben jetzt erklärt, nach Ihrem Verständnis sei das nicht ordentlich. Es kann sein – so habe ich Ihnen erläutert –, dass wir die 80 Millionen € aus der Wfa nicht nehmen können.

(Horst Becker [GRÜNE]: Sie haben gesagt, Sie nehmen sie nicht!)

Für den Fall ist es meine Absicht – das muss aber alles durch das Kabinett und die Fraktionen –, dass die Städtebauförderung nicht darunter leiden wird, sondern dass wir eine Gelegenheit finden werden, das aus Positionen zu decken, die zu keiner höheren Verschuldung – jedenfalls für diese Position – im Haushalt des Landes 2009 führen.

Dass wir darüber vorbereitende Gespräche führen, ist doch selbstverständlich, aber das hat mit dem Ihnen vorliegenden Haushalt überhaupt nichts zu tun.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Ja, sicher!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe eine Wortmeldung der Fraktion der SPD. Das Wort hat Frau Kollegin Hannelore Kraft. Bitte schön.

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was ich hier erlebe, ist ein Stück aus dem Tollhaus.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Der Haushalt stimmt offensichtlich vorne und hinten nicht. Ich habe ihn heute als Makulatur bezeichnet. Dass es so weit geht wie das, was wir hier und jetzt erleben, ist dann noch einmal der Gipfel.

Herr Finanzminister, kommen Sie zu einer redlichen Haushaltsführung, zu einer vernünftigen Debatte zurück.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Unruhe bei CDU und FDP)

Es ist bezeichnend, dass Sie bei dem, was Sie uns an Milchmädchenrechnung vorlegen, selber lachen

müssen, wie Sie mit minus, minus und noch einmal minus irgendwann einmal bei einer schwarzen Null ankommen. Die einzige schwarze Null in diesem Raum sitzt auf Ihrem Platz.

(Lebhafter Beifall von der SPD – Beifall von Horst Becker [GRÜNE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich das Wort zur Geschäftsordnung erteile, frage ich, ob es noch Wortmeldungen zur Sache gibt. – Das ist nicht der Fall.

Es hat sich der Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Abgeordnete Rimmel, zur Geschäftsordnung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Rimmel.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss leider feststellen, dass uns zwei unterschiedliche Aussagen der Landesregierung vorliegen. Der Wohnungsbauminister hat in der letzten Sitzung – ich zitiere aus dem Plenarprotokoll – definitiv erklärt:

Wir werden in diesem Jahr keinen einzigen Euro, auch nicht aus den Überschüssen, aus dem Wohnungsbauvermögen herausholen. Wir werden den Überschuss nicht abschöpfen.

Der Finanzminister hat heute erklärt, es könnte sein, dass die 80 Millionen € nicht zustande kommen.

Wir als Parlament möchten gerne und müssen sogar vor der Verabschiedung des Haushaltes wissen, was stimmt. Der Haushalt wäre ansonsten mit mindestens 40 Millionen € unterfinanziert. Gegebenenfalls müsste ein Änderungsantrag eingereicht werden.

Deshalb beantrage ich nach § 37 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung, die Sitzung zu unterbrechen und den Ältestenrat einzuberufen,

(Lachen von CDU und FDP)

damit, Herr Finanzminister, der Ministerpräsident dem Landtag erklären kann, welches die Haltung der Landesregierung ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vernommen. Für die Fraktion der CDU hat sich der Abgeordnete Biesenbach ebenfalls zur Geschäftsordnung gemeldet. – Bitte schön, Herr Kollege Biesenbach.

Peter Biesenbach (CDU): Frau Präsidentin, wir bitten darum, darüber abstimmen zu lassen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Meine sehr verehrten Damen und Herren! § 37 unserer Geschäftsordnung besagt in Absatz 1:

Wenn eine Sitzung nicht mehr ordnungsgemäß durchgeführt werden kann, kann die Präsidentin bzw. der Präsident die Sitzung unterbrechen ...

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Absatz 2!)

In Absatz 2 heißt es:

Auf Antrag einer Fraktion

– das ist hier die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

kann die Sitzung mit Mehrheitsbeschluss unterbrochen werden.

Sie haben dazu eine Wortmeldung im Sinne einer Gegenrede gehört.

Ich lasse abstimmen: Wer dem Antrag auf Unterbrechung der Plenarsitzung folgen möchte, der möge jetzt bitte mit der Hand aufzeigen. – Das sind die Mitglieder der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Wer ist gegen diesen Antrag? – Das sind die Mitglieder der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gibt es Enthaltungen? – Damit ist der **Antrag auf Unterbrechung der Sitzung** nach § 37 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung mit der Mehrheit des Hauses **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur **Abstimmung über das GFG**, also das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2009, vorgelegt mit den Drucksachen 14/7002 und 14/7900. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8552**, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung der Beschlüsse nach der zweiten Lesung unverändert zur dritten Lesung anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, möge bitte jetzt mit der Hand aufzeigen. – Das sind die Mitglieder der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gegenstimmen? – Das sind die Mitglieder der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie des fraktionslosen Abgeordneten Sagel **angenommen** und das **Gemeindefinanzierungsgesetz in dritter Lesung verabschiedet**.

Wir kommen jetzt zur **Abstimmung** über die Änderungsanträge **zum Haushaltsgesetz**.

Wir haben zunächst den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8591** als den weitergehenden Antrag zum Einzelplan 11. Wer diesem Änderungsantrag der Frak-